

# Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und  
Katastrophenschutz



Staatliche Prävention  
auf drei Säulen  
Neue Technik der  
Waldbrandbekämpfung



# Advent, Advent = Die Wohnung brennt

In der Weihnachtszeit sind besonders Kinder gefährdet



So nicht! Aus kindlichem Spiel kann schnell tödlicher Ernst werden.

(Foto: Ömark)

So scherzhaft, wie es auf den ersten Blick scheint, ist die Überschrift tatsächlich nicht. Denn – allen Mahnungen und Hinweisen zum Trotz – steigt die Zahl der Wohnungs- und Zimmerbrände in der Weihnachtszeit stets an. So weist die Statistik eine Zunahme dieser Brände im Dezember um durchschnittlich 35 Prozent aus.

Der Grund für diese Häufung der Schadensfälle liegt auf der Hand: Weihnachtszeit ist Kerzenzeit. Es liegt in der menschlichen Natur begründet, daß der Glanz eines Kerzenfeuers die Gemüter so richtig auf die festliche Zeit einstimmen vermag. Und so werden in der Vorweihnachtszeit in den Wohnzimmern, am Arbeitsplatz, in Krankenhäusern, Alten- und Kinderheimen wieder die Kerzen auf Adventskränzen und -gestecken entzündet. Im Grunde ein schöner

Brauch – wenn es dabei immer schadlos abginge.

Doch auch die erwartungsvolle und festliche Stimmung darf nicht von den Brandgefahren ablenken, die gerade in der Weihnachtszeit entstehen können. Diese Gefahren lassen sich weitgehend ausschließen, wenn zehn wichtige Punkte beherzigt werden, wobei die den Weihnachtsbaum betreffenden Aussagen natürlich sinngemäß auch für Adventskranz und -gesteck gelten:

- Achten Sie beim Kauf des Weihnachtsbaumes darauf, daß er nicht nadeln. Vor, während und besonders nach den Festtagen soll der Baum in einem Gefäß mit Wasser stehen.

- Sorgen Sie beim Aufstellen für Standfestigkeit des Baumes. Weihnachtsbäume gehören nicht in die Nähe von Fenstern und Türen.

- Achten Sie auf ausreichenden Sicherheitsabstand zu

leicht brennbaren Materialien wie Vorhänge und Gardinen. Schon ein leichter Durchzug kann Gardinen in die Nähe der Kerzen wehen.

- Befestigen Sie Wachskerzen nur so, daß Zweige nicht Feuer fangen können. Prüfen Sie das Temperaturumfeld jeder Kerze mit der Hand.

- Verwenden Sie nur Kerzenhalter aus feuerfestem Material. Verzichten Sie auf leicht entflammable Baumdekoration.

- Wunderkerzen sind bei leichtsinnigem Umgang sehr brandgefährlich. Sie gehören weder in den Tannenbaum noch in die Hände von Kindern. Brennen Sie Wunderkerzen nicht über brennbaren Gegenständen ab.

- Zünden Sie die Wachskerzen am Baum von oben nach unten an, löschen Sie sie in umgekehrter Reihenfolge.

- Lassen Sie brennende Kerzen niemals unbeaufsich-

tigt – schon gar nicht, wenn Kinder allein im Zimmer sind. Bewahren Sie Streichhölzer und Feuerzeuge an einem vor Kindern sicheren Ort auf.

- Nach Weihnachten sollte der ausgetrocknete Baum nicht mehr lange in der Wohnung stehen, sondern schnellstens entfernt werden.

- Für den Fall des Falles sollte schließlich stets ein Löschmittel griffbereit sein. Denn im Ernstfall kostet das Füllen eines Wassereimers kostbare Zeit.

Gerade in der Weihnachtszeit gilt es, das Augenmerk verstärkt auf den Brandschutz zu lenken. – Damit aus der Weihnachtsfeier kein Weihnachtsfeuer wird. -cl-

*Christbaumbrände haben eine besonders hohe Ausbreitungsgeschwindigkeit. Stichflammen, deren Charakter von brennenden Gasen bestimmt ist, schießen von Nadel zu Nadel und von Zweig zu Zweig – im Nu brennt der ganze Baum.*

*Im Inneren der Nadeln befinden sich zahlreiche Harznester und -kanäle, die von festem pflanzlichen Gewebe umschlossen sind. Wird das Harz erhitzt, so verwandelt es sich in Dämpfe und Gase, die durch ihr vielfach größeres Volumen das umgebende Gewebe explosionsartig zerreißen. Der Gasdruck ist so hoch, daß er Streichhölzer und Kerzen ausblasen kann. In der Art einer Kettenreaktion setzt sich der Brand detonationsähnlich fort.*

**Anschrift der Redaktion:**  
53131 Bonn  
Postfach 200161, Ruf (0228) 940-0  
Telefax (0228) 9402702

**Impressum:**  
Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn

**Verlag:**  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint  
monatlich;  
zweimal im Jahr als Doppelnummer

**Chefredakteur:**  
Peter Eykmann

**Redaktion:**  
Sabine Matuszak-Faßbender  
Günter Sers, Paul Claes

**Layout:**  
Paul Claes

**Druck,  
Herstellung und Vertrieb:**  
Druckhaus Coburg  
Postfach 1525  
96405 Coburg  
Tel. 09561/8635-0, Telefax 8635-44

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für  
unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr.  
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur  
mit Quellenangabe und mit Genehmigung der  
Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung  
der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt  
mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,  
Abonnement jährlich DM 33,60  
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer ent-  
halten. Abonnements werden am Beginn des  
Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen  
bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich  
vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um  
den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht  
ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum ge-  
wünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart.  
Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer  
Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht  
kein Anspruch auf Haftung.

|  |     |
|--|-----|
| <b>Umschau</b>   | 2   |
| Aktuelles im Blickpunkt  |     |
| <b>Staatliche Prävention auf drei Säulen</b>   | 6   |
| Neue Strukturen für die Selbsthilfe im Gefahrenfall  |     |
| <b>Wenn Wasserschläuche explodieren</b>  | 11  |
| Neue Technik der Waldbrandbekämpfung   |     |
| <b>„Gasexplosion ‘94“</b>  | 14  |
| Katastrophenschutzübung des Malteser-Hilfsdienstes   |     |
| <b>Arbeitssicherheit im Rettungsdienst</b>   | 17  |
| Ein wichtiges Thema im Blickpunkt  |     |
| <b>Beispielhafte Kooperation</b>   | 21  |
| Werkfeuerwehr und „Freiwillige“ ziehen an einem Strang   |     |
| <b>Jetzt wird's heiß</b>   | 25  |
| Neue Feuerlösch-Übungsanlage in Aachen   |     |
| <b>Bundesverband für den Selbstschutz</b>  | 28  |
| <b>Technisches Hilfswerk</b>   | 30  |
| <b>Warndienst</b>  | 34  |
| <b>Deutsches Rotes Kreuz</b>   | 36  |
| <b>Arbeiter-Samariter-Bund</b>   | 39  |
| <b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b>   | 41  |
| <b>Malteser-Hilfsdienst</b>  | 43  |
| <b>Deutscher Feuerwehrverband</b>  | 46  |
| <b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b>   | 49  |
| <b>Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den<br/>Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes<br/>in der Bundesrepublik Deutschland e.V.</b> | 51  |
| <b>Wissenschaft und Technik</b>  | 55  |
| <b>Bücher</b>  | 56  |
| <b>Termine</b>   | 5   |
| <b>Minimagazin</b>   | U 3 |



## Kritik an Europannorm für Feuerwehr- Schutzanzüge

Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein will alles unternehmen, damit der Entwurf einer vom Europäischen Normungsausschuß CEN beabsichtigten Qualitätsnorm nicht in Kraft tritt, die die Standards für Schutzanzüge von Feuerwehren drastisch nach oben schraubt und damit zu unverträglich hohen Kosten führt. Zwar erfordere der Schutz der Wehrmänner eine verbesserte Kleidung, die das Innenministerium derzeit mit dem Feuerwehrverband und den kostenträgenden Kommunen erörtere. Das europäische Konzept ginge aber an den täglichen Anforderungen völlig vorbei, so Beckstein. „80 Prozent der Einsätze sind technische Hilfeleistungen. Das hat mit wohlverstandener Schutz der Feuerwehrleute und Einsatztaktik nichts mehr zu tun.“

Deswegen sei er dafür, daß die Feuerwehren am besten gänzlich von den entsprechenden Vorschriften der Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz ausgenommen werden: „Zumindest müssen die Spielräume der europäischen Vorschriften voll ausgeschöpft werden. Dann wären die Feuerwehren bei der Ersatzbeschaffung von Schutzanzügen nicht verpflichtet, nur auf das eine unhandliche und extrem teure Modell eines Schutzpanzers in Anzugform zurückzugreifen.“

## Erstmals Brandschutztage im Bundestag

Ungewohnte Aktivitäten erlebte das „Alte Wasserwerk“ im Bonner Regierungsviertel. Wo sich noch vor einigen Mo-

naten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu ihren Plenarsitzungen trafen, übten Bundestagsmitarbeiter praktische Brandschutzmaßnahmen.

Zwei Tage ließen sie sich im Besucherzentrum und im Hof des ehemaligen Plenarsaales in die Handhabung von Feuerlöschern, Löschdecken und Wandhydranten einweisen.

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages hatte hierzu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeladen, um den Brandschutz am Arbeitsplatz zu fördern. So fanden dreimal täglich Übungen unter der fachkundigen Anleitung von Ausbildungskräften



Das Ablöschen brennender Kleidung mit Hilfe einer Decke ist eine der Übungsaufgaben.

des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) und der Berufsfeuerwehr Bonn statt. Darüber hinaus zeigte der BVS die Ausstellung „Was ist Bevölkerungsschutz?“.

Organisiert wurden diese ersten Brandschutztage vom Behördenselbstschutz des Deutschen Bundestages. Derzeit gehören 50 Mitarbeiter aus allen Referaten des Deutschen Bundestages dem Behördenselbstschutz an. Vor allem während des Weihnachtshochwassers im letzten Jahr haben die Selbstschutzkräfte einen großen Beitrag zur Sicherung der Bundestagsgebäude entlang des Rheins geleistet.

Sicherheit wird aus verständlichen Gründen beim Deutschen Bundestag groß geschrieben. Deshalb sollen die Brandschutztage für die Beschäftigten in Zukunft regelmäßig stattfinden.

## Großübung in Hannover

Routine und Einsatzwillen zeichneten die 5. Kreisfeuerwehrebereitschaft des Landkreises Hannover und den Sanitätszug der Johanniter-Unfall-Hilfe der Stadt Langenhagen bei einer Großübung im Werk Hannover-Leinhausen der Deutschen Bahn AG aus. Ausgangslage der Übung war zum einen ein Großbrand im Ausbildungszentrum mit verletzten und vermißten Personen sowie die Gefahr des Übergriffs des Feuers auf den angrenzenden Werkstattbereich, zum anderen waren vier Güterwagen in Brand geraten.

Bei der realistischen Übung mußte Löschwasser aus bis zu 500 Metern Entfernung herangeführt werden. Der schienengebundene Löschzug der Bahnfeuerwehr Hannover sorgte mit seinem Kesselwagen mit rund 12000 Liter Fassungsvermögen für eine zusätzliche Wasserversorgung.

Die rund 130 Einsatzkräfte von Feuerwehr und Sanitätsdienst lösten ihre Aufgaben mit Engagement und fachlichem Können. Die vierstündige Übung spiegelte den guten Ausbildungsstand wider.

## Bundespräsident Herzog neuer Schirmherr des Deutschen Roten Kreuzes

Bundespräsident Roman Herzog hat die Schirmherrschaft über das Deutsche Rote Kreuz übernommen. In einem Brief wünschte Herzog dem DRK gutes Gelingen bei der Bewältigung seiner vielfältigen humanitären Aufgaben. Das Rote Kreuz sei zum Inbegriff für das Helfen am Nächsten geworden und würde sowohl im Haupt- als auch im Ehrenamt vorbildliche Arbeit leisten.

Roman Herzog folgt mit diesem Schritt der Tradition seiner Vorgänger im Amt des Bundespräsidenten. Seit Theodor Heuss haben alle Bundespräsidenten durch die Übernahme der Schirmherrschaft ihre Verbundenheit mit dem Roten Kreuz zum Ausdruck gebracht.



Einer der Höhepunkte der Übung ist der reale Brand von Güterwagen. (Foto: Köhler)

## Neue Führungsspitze beim Deutschen Roten Kreuz

Das oberste Organ des Deutschen Roten Kreuzes, die Bundesversammlung, wählte am 11. November 1994 in Mекkenheim-Merl Prof. Dr. Dr. h.c. Knut Ipsen zum neuen Präsidenten des DRK. Ipsen löste den langjährigen DRK-Präsidenten Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein ab, der sich nach zwölfjähriger Amtszeit nicht mehr zur Wiederwahl stellte.

Der neue Mann an der Spitze der größten deutschen Hilfsorganisation wurde 1935 in Hamburg geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft von 1959 bis 1962 promovierte Ipsen 1967 zum Doktor der Rechte an der Universität Kiel. 1974 folgte er einem Ruf an die Ruhr-Universität Bochum, wo er zum ordentlichen Professor, Lehrstuhl Öffentliches Recht, ernannt wurde. Von 1975 bis 1977 war Ipsen Berater der deutschen Regierungsdelegation auf den Genfer Konferenzen in Fragen des Völkerrechts.

Seit 1976 ist Ipsen Mitglied des Arbeitskreises humanitäres Völkerrecht des DRK und seit 1986 Bundeskonventionsbeauftragter des DRK. Von 1979 bis 1989 war er Rektor der Ruhr-Universität Bochum. 1988 übernahm Ipsen das Amt des Direktors des Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum. Seit 1991 gehört er dem Ständigen Schiedsgerichtshof Den Haag als Mitglied an.

In einer Pressekonferenz nach seiner Wahl erklärte der neue DRK-Präsident: „Wir wollen eine starke und leistungsfähige Rotkreuzbewegung schaffen, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist.“ Der Werteverfall in unserer Gesellschaft, wachsende Gleichgültigkeit und zunehmende Vereinzelung der Menschen und eine ausufernde Bürokratie seien Alarmsignale, die das



Der neue Präsident des Deutschen Roten Kreuzes Prof. Dr. Dr. h.c. Knut Ipsen. (Foto: Matton)

DRK unmittelbar berührten. Das Rote Kreuz stütze sich in dieser materialistisch geprägten Welt wie kaum eine andere Bewegung auf freiwillige und ehrenamtliche Helfer.

Ipsen kündigte ein Maßnahmenpaket an, das Führungsgrundsätze und Aufgabenprioritäten beinhalten werde. Hierzu zähle auch, die Vielfalt des DRK mit seinem Bundesverband, 19 Landes-, 583 Kreis- und 5600 Ortsverbänden wieder auf einen Nenner zu bringen. Es käme darauf an, so Ipsen, die Identität des DRK deutlicher zu machen. Die Kurzformel, die jeder Mensch verstehen und erfahren könne, laute: „Bei Not von Menschen, Hilfe durch Menschen.“ Dieser Hauptakzent sei in den Gliederungen des DRK vor Ort zu setzen. Eine weitere Aufgabe sieht Ipsen darin, die neuen DRK-Landesverbände in Ostdeutschland in ihrer schwierigen Aufbauarbeit zu unterstützen.

Ein wesentlicher Träger des Zukunftsprogramms werde die neue DRK-Akademie sein, die voraussichtlich Mitte 1995 mit ihrem Programm beginnen werde. Darüber hinaus müsse das DRK auch seine Position im neuen Europäischen Binnenmarkt sichern. „Die EU muß erkennen, daß soziale Dienste und Einrichtungen sich grundlegend von anderen Waren und Dienstleistungen unterscheiden“, sagte Ipsen.

Einen weiteren Schwerpunkt sieht der neue DRK-Präsident in der klaren Profilie-

rung der DRK-Auslandshilfe insbesondere im Verhältnis zur Entwicklungshilfe. Dazu gehöre ein verstärktes Engagement für den Aufbau von Rotkreuz-Strukturen, vor allem in Spannungsgebieten.

In einem Schreiben an den scheidenden DRK-Präsidenten Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein würdigte Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang November dessen herausragende Leistungen für Staat und Gesellschaft. Mit viel Umsicht, Einfühlungsvermögen und Geduld seien während der Präsidentschaft Prinz Wittgensteins die Rotkreuzverbände zu einem gesamtdeutschen Verband vereint worden. Dies sei, so Kohl, ein wichtiger Beitrag zur Vollendung der Einheit Deutschlands.

Besonders hob Kohl das Engagement Prinz Wittgensteins zur Durchsetzung des humanitären Völkerrechts zum Schutz der Kriegsoffer hervor. „Sie haben verantwortlich an internationalen Resolutionen und Vereinbarungen zur Verbesserung der Situation notleidender Menschen mitgewirkt.“

Prinz Wittgenstein bleibt nach seinem Abschied vom Amt des DRK-Präsidenten Präsident der Ständigen Kommission vom Roten Kreuz und Roten Halbmond.

## Malteserorden erhält Beobachterstatus bei der UNO

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat dem Souveränen Malteser Ritterorden in Anerkennung seiner internationalen humanitären Hilfen den Beobachterstatus zuerkannt.

Der Malteserorden ist ein aus seiner 900jährigen Tradition heraus völkerrechtlich souverän agierender katholischer Laienorden mit Sitz in Rom. Er unterhält diplomatische Beziehungen zu weltweit 65 Staaten und ist humanitär in über 90 Ländern der Erde aktiv. Zu den Werken des Malteserordens in Deutschland zählen der Malteser-Hilfsdienst, Kran-

kenhäuser, Altenpflegeheime, Hospize und Betreuungseinrichtungen für Aussiedler und Asylbewerber.

## Schweiz: Der neue Zivilschutz ist startbereit

Am 19. Oktober 1994 hat der Schweizer Bundesrat das von den Eidgenössischen Räten verabschiedete totalrevidierte Zivilschutzgesetz und das teilrevidierte Schutzbautengesetz auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt. 13 Folgeerlasse – zwölf Verordnungen und eine Richtlinie – mußten an die revidierten Gesetze angepaßt oder neu abgefaßt werden. Diese Folgeerlasse sind ebenfalls auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt worden. Somit stehen sämtliche Rechtsgrundlagen für die Verwirklichung der Zivilschutzreform in der Schweiz bereit. Die größte Zivilschutzreform seit der Schaffung des modernen Zivilschutzes anfangs der 60er Jahre kann nun ab 1995 verwirklicht werden.

Unter den verabschiedeten Verordnungen stehen die totalrevidierte Zivilschutzverordnung sowie die teilrevidierte Schutzbautenverordnung im Vordergrund. Mit der Zivilschutzverordnung wird der Kompetenzabgrenzung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sowie zwischen dem Zivilschutz und seinen Partnerorganisationen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Ziel ist es, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und größtmögliche Synergiewirkungen zu erzielen. Künftig werden u. a. sowohl das Bundesamt für Zivilschutz wie auch die Kantone und Gemeinden einen verbindlichen Auftrag zur Information der Bevölkerung über Gefahren, Schutzmöglichkeiten und Schutzmaßnahmen haben. Die Alarmierung wird vereinfacht und in Friedenszeiten grundsätzlich auf das Zeichen „Allgemeiner Alarm“ (auf- und absteigender Heulton von einer Minute Dauer) reduziert.

Die Schutzbautenverordnung reduziert einerseits die Zahl der zu erstellenden Pflichtschutzplätze bei Neubauten, andererseits legt sie klare Bestimmungen für eine gezielte Steuerung der Schutzraumproduktion entsprechend den örtlichen Bedürfnissen fest, um eine Überproduktion zu vermeiden und bestehende Lücken zu schließen. Die Frist zur Ausrüstung der vor 1987 erstellten Schutzräume mit Liegestellen und Notaborten wurde neu auf den 31. Dezember 2000 fixiert.

Um dem zweiten gleichwertigen Hauptauftrag des Zivilschutzes, der Hilfeleistung bei Natur- und Zivilisationskatastrophen und in anderen Notlagen, konsequent Rechnung zu tragen, erhalten die Rettungsformationen, die mit 90.000 Schutzdienstpflichtigen rund ein Viertel des Gesamtbestandes des Zivilschutzes ausmachen, zusätzliches Rettungsmaterial. Die 3600 neu strukturierten Rettungszüge werden mit Notstromaggregaten, Scheinwerfern und Elektrowerkzeugen (Bohrhammer, Säbelsäge, Trennschleifer) ausgerüstet. Ein Drittel dieser Rettungszüge erhält zudem noch eine sog. Ergänzungsausrüstung, bestehend aus einem hydraulischen Rettungssatz (Speizer/Schere, Armierungseisen-Trenngerät), je einem Sortiment Hebekissen und Betonanker und – später – einer Stollenausrüstung. Damit werden die Rettungsformationen in die Lage versetzt, in jeder Schadenlage und zu jeder Tageszeit wirksam Hilfe zu leisten.

Die Rettungspioniere, die im neuen Zivilschutz als Rettungszüge formiert das eigentliche Einsetzelement bilden, erhalten eine neue, katastrophentaugliche Einsatzbekleidung. Sie besteht aus einer olivfarbenen Latzhose und einer gleichfarbigen Jacke mit einem orangen Schulterteil und abnehmbarem Schulter-Regenschutz, beides mit der in drei Sprachen (deutsch, französisch/rätoromanisch) gehaltenen Aufschrift „Zivilschutz“. Ferner bekommen sie eine gleichfarbige Regenbe-

kleidung (Regenjacke, Hose und Hut), ein oranges T-Shirt, einen Rettungsgurt, einen Einsatzhelm mit integriertem Gehör- und Gesichtsschutz sowie Arbeitshandschuhe. Die Ergänzung dieser Kleider mit Stiefeln und Kälteschutzartikeln wird den Gemeinden überlassen.

Das neue Material und die neue Ausrüstung werden aus finanziellen Gründen etappenweise von 1995 bis 1999 eingeführt. Erste Rettungsformationen des Zivilschutzes, die Rettungszüge der rund 120 Stützpunkt-Zivilschutzorganisationen, werden bereits 1995 ausgerüstet sein.

Die neue Einsatzbekleidung kostet den Bund rund 450,- Franken pro Person, das neu zu beschaffende Rettungsmateri-

al insgesamt rund 110 Millionen Franken. Trotz dieser für die Erfüllung seines Auftrages notwendigen Material- und Ausrüstungsergänzung bringt der neue Zivilschutz insgesamt große Einsparungen. Dank Reduzierung der Bestände, Verzichte, Neuverteilung der Aufgaben, insbesondere im Zusammenwirken zwischen dem Zivilschutz und der Feuerwehr, Regionalisierung usw. werden bis zum Jahre 2010 insgesamt Einsparungen von mehr als 2,8 Milliarden Franken erzielt. Die Einsparungen kommen sowohl Bund, Kantonen, Gemeinden wie auch Privaten zugute. Die Ausgabe für die „Kollektivversicherung“ Zivilschutz betragen heute gesamtschweizerisch pro Einwohner und Jahr

knapp 100,- Franken. Die Tendenz ist sinkend.

(Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, Informations- und Pressedienst)

## THW-Ehrenzeichen für Staatsministerin Ursula Seiler-Albring

Der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Prof. Dr. Kurt Schelter verlieh am 19. Oktober 1994 der Staatsministerin im Auswärtigen Amt Ursula Seiler-Albring das Ehrenzeichen in Gold der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. In einer kleinen Feierstunde würdigte Schelter in Vertretung von Bundesinnenminister Manfred Kanther die Verdienste von Frau Seiler-Albring um das THW. Er dankte der Staatsministerin insbesondere für ihr tatkräftiges Engagement zugunsten der Zivilschutzorganisation des Bundes in der Öffentlichkeit und im politischen Raum. Die Entwicklung des THW zu einer im In- und Ausland anerkannten leistungsfähigen Hilfsorganisation sei untrennbar mit ihrem Namen verbunden, sagte der Staatssekretär. Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages habe sie sich um den Aufbau des THW verdient gemacht. Als Parlamentarische Geschäftsführerin der F.D.P.-Fraktion habe sie die Beratungen des Deutschen Bundestages über das THW-Helferrechtsgesetz wesentlich gefördert. Als Staatsministerin im Auswärtigen Amt habe sie vor allem die zahlreichen Auslandseinsätze des THW unterstützt und gefördert.

Mit Frau Seiler-Albring werde, so Staatssekretär Prof. Dr. Schelter, eine Persönlichkeit ausgezeichnet, die sich dem Technischen Hilfswerk und seiner humanitären Idee in ihrer langjährigen politischen Laufbahn stets verbunden gefühlt und sich in ganz besonderem Maße um die Zivilschutzorganisation des Bundes verdient gemacht habe.



### Sechs Tote bei Zugunglück

Bei einem schweren Zugunglück im schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt sind am 29. September 1994 sechs Menschen getötet und 76 zum Teil lebensgefährlich verletzt worden. Zwei Personenzüge der privaten AKN Eisenbahn AG waren auf freier, eingleisiger Strecke frontal zusammengestoßen. Als Ursache wird menschliches Versagen vermutet. Der Zug nach Neumünster war in Bad Bramstedt abgefahren, ohne auf das Freigabesignal per Funk zu warten. Unser dpa-Foto zeigt Feuerwehrmänner vor den völlig ineinander verkeilten Triebwagen.

## Telefonkarte für Sammler

Aus Anlaß ihres 100jährigen Bestehens hat die Freiwillige Feuerwehr Wunstorf eine Telefonkarte (Auflage 1000 Exemplare) herausgebracht. Sie zeigt die 1965 erbaute Feuerwache mit dem umfangreichen Fahrzeugpark. Interessenten wenden sich an die Feuerwehr Wunstorf, Barnestraße 1, 31515 Wunstorf.

## ABC-Trupps im Kampf um Punkte

Seit zwei Jahren findet für die ABC-Trupps aller Fachdienste des Katastrophenschutzes des Landes Hessen ein „Wettkampf“ mit vier unterschiedlichen Aufgaben – entwickelt von der Katastro-

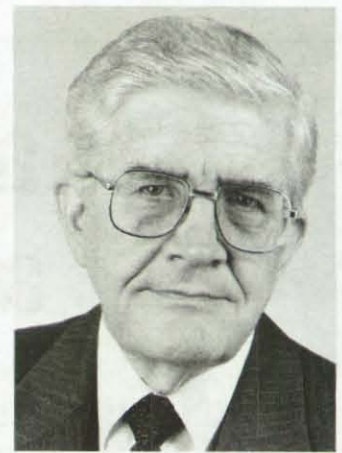
phenschutzschule Hessen in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Darmstadt – statt. Hervorgegangen ist dieser Leistungsvergleich von ABC-Trupps aus dem „Pilotprojekt Fachberater ABC“. In den Jahren 1990 bis 1993 wurde die Standortausbildung auf dem ABC-Sektor im Regierungsbezirk Darmstadt durch die Fachberater ABC mit besonderen Mitteln des Bundes gezielt gefördert. Den Nachweis über die hierdurch erzielte Leistungssteigerung sollte ein direkter „Vergleichstest“ erbringen. Der „Wettkampf“ hat den übenden Trupps so zugesagt, daß er nun jährlich mit anderen Teilnehmern wiederholt wird.

Gastgeber für die Veranstaltung war wie auch in den vergangenen Jahren das Warnamt VI (Usingen/Taunus). Nach bewährtem Muster waren hier die Übungsstationen „Vor-

führung der Funktionsprüfung an den Strahlenspür- und meßgeräten“, „Auffinden von radioaktiven Präparaten mit Bestimmen der Strahlenart an drei identischen Meßwänden“, „Praktische Aufgaben aus dem C-Bereich“ und „Schriftliche Beantwortung von Fachfragen aus den KatS-DV 120 und 140“ zu durchlaufen. An jeder Station waren für die zwanzig teilnehmenden Trupps maximal zehn Punkte zu erzielen.

Der Schiedsrichterdienst wurde von ABC-Fachberatern aus dem Regierungsbezirk Darmstadt wahrgenommen.

Die Veranstaltung fand wiederum große Resonanz bei den Helferinnen und Helfern. Die zeitlich gestaffelten Anfangszeit (kaum Wartezeiten) sowie der komprimierte Übungsbetrieb an den einzelnen Stationen sei die richtige Form des Leistungsvergleichs, so die Teilnehmer.



## Zum Vizepräsidenten gewählt

Das langjährige Vorstandsmitglied des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), der F.D.P.-Bundestagsabgeordnete Dr. Burkhard Hirsch, wurde in der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages zum Vizepräsidenten für die 13. Wahlperiode gewählt.

## Termine

**28. und 29. Januar 1995:** 8. Deutsche Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften (Ausweichtermine bei Schneemangel: 11./12. März 1995)

Schonach (Schwarzwald)

Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**22. bis 25. März 1995:** Internationale Sicherheits-, Feuer- und Brandschutz-Messe „Mips 95“

Moskau

Info: Gima GmbH, Hofweg 62, 22085 Hamburg

**15. bis 18. Mai 1995:** Ausstellung und Fachtagung „Firex 95“

Birmingham (GB)

Info: Nina Gardiner & Associates, 630 Chiswick High Road, GB London W 4 5 BG

**25. bis 28. Mai 1995:** XI. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt

Meppen (Emsland)

Info: Freiwillige Feuerwehr Meppen, Sternfahrtbüro, Postfach 1751, 49707 Meppen

**23. bis 25. Juni 1995:** Museumsfest Deutsches Feuerwehrmuseum Fulda

Info: Deutsches Feuerwehrmuseum, St.-Laurentius-Straße 3, 36041 Fulda

**23. bis 29. Juli 1995:** CTIF-Jugendfeuerwehrobewebe.

Trento (I)

Info: Deutsche Jugendfeuerwehr, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

**30. Juni bis 2. Juli 1995:** Landesfeuerwehrtage Vorarlberg mit Feuerwehr-Leistungsbewerb

Höchst (A)

Info: Landesfeuerwehrverband Vorarlberg, Florianistraße 1, A-6800 Feldkirch

**27. bis 30. September 1995:** Internationale Fachmesse für Sicherheit und Sicherheitstechnik „SiTech 95“

Berlin

Info: Messe Berlin GmbH, Messedamm 22, 14055 Berlin

**25. bis 28. Oktober 1995:** Fachmesse für Sicherheit „FASIT“

Sinsheim

Info: Messe Sinsheim GmbH, Postfach 1451, 74874 Sinsheim

**28. November bis 1. Dezember 1995:** Fachmesse „Sicherheit 95“

Zürich (CH)

Info: Reed Messen AG, Bruggacherstraße 26, CH-8117 Fällanden-Zürich

### Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

**Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge:**

Die Lehrgangspläne für die Feuerwehrausbildung und die Lehrgänge der Landesrettungsschule des ASB im 1. Halbjahr 1995 sowie die Ausbildung im erweiterten Katastrophenschutz für das Jahr 1995 liegen vor und können an der Schule angefordert werden.

**Verband der Sachversicherer e.V., Pasteurstraße 17, 50735 Köln:**

9. bis 13. und 23. bis 27. Januar, 13. bis 17. und 20. bis 24. März, 3. bis 7. und 24. bis 28. April 1995: Lehrgang Brandschutzbeauftragte.

16. Februar 1995: Fachtagung Brandschutz in landwirtschaftlichen Betrieben.

14. und 15. März 1995: 22. VdS-Brandschutz-Seminar.

30. und 31. Mai 1995: Fachtagung Baulicher Brandschutz.

19. bis 23. Juni 1995: Lehrgang Brandmeldetechnik.

**Technische Akademie Wuppertal e.V., Postfach 10 04 09, 42097 Wuppertal:**

21. Februar 1995: Seminar Brandschutz in Hochhäusern.

9. März 1995: Seminar Gefahrstoffe.

**Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Baden-Württemberg e.V., Postfach 50 11 43, 70341 Stuttgart:**

23. und 24. Januar 1995: Seminar Betrieblicher Katastrophenschutz und Notfallplanung im Unternehmen.

16. Februar 1995: Seminar Gebäuderäumung, Flucht- und Rettungspläne.

18. Mai 1995: Seminar Brandschutz im Unternehmen.

**Haus der Technik e.V., Hollestraße 1, 45127 Essen:**

24. und 25. Januar 1995: Fachveranstaltung Effektive Brandschadenverhütung - Neuorientierung des vorbeugenden Brandschutzes.

**Universität Duisburg, Fachbereich Elektrotechnik, Bismarckstraße 81, 47048 Duisburg:**

4. bis 6. April 1995: Internationale Konferenz „Automatische Brandentdeckung (AUBE 95)“.

# Staatliche Prävention auf drei Säulen

## Neue Strukturen für die Selbsthilfe der Bevölkerung im Gefahrenfall

### 1. Das Dreisäulenmodell staatlicher Prävention vor Gefahren und die staatliche Gefahrenabwehr

In unserer modernen Industriegesellschaft, die mit technischen Risikopotentialen an vielen Stellen konfrontiert wird, sind es drei wesentliche Elemente, mit denen Sicherheit für die Bevölkerung erreicht werden kann.

Diese Elemente sind:

- passive technische Sicherheitsstrukturen,
- aktive Elemente der Gefahrenabwehr,
- Information möglicherweise Betroffener.

Zwischen diesen drei Elementen bestehen eindeutige Wechselbeziehungen. Isolierte Betrachtungen einzelner Bereiche können keine zuverlässigen Aussagen über den Sicherheitsstandard einer Gesellschaft liefern.

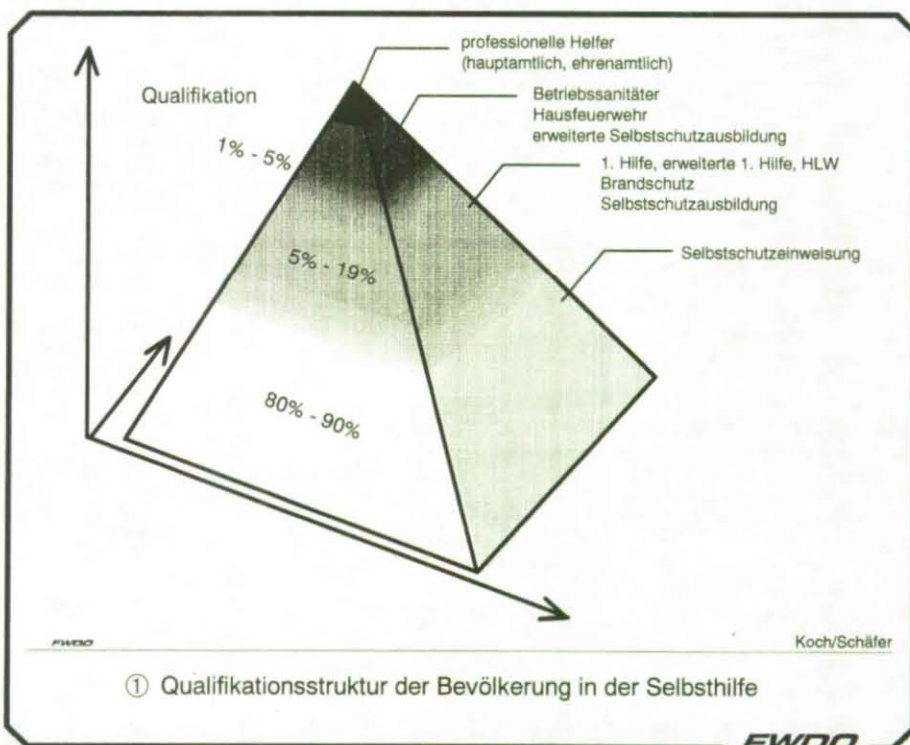
Die erste und wesentliche Säule in diesem Modell wird durch passive technische Sicherheitseinrichtungen dargestellt. Beispielhaft seien hier die sicherheitstechnische Auslegung von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Anlagen oder Gebäuden genannt. Diese Präventivmaßnahmen bedeuten volkswirtschaftlich erhebliche Aufwendungen für die Gesellschaft. Diese nicht unerheblichen Kosten sind für den einzelnen oft unbemerkt in den technischen Systemen unveränderbar enthalten. In der derzeitigen Diskussion um eine sicherlich sinn-

volle Novellierung des Baurechts wird unter Umständen zwangsläufig auch eine Absenkung der passiven Schutzstrukturen von Gebäuden mit-zuverantworten sein, wenn dieser Sicherheitsphilosophie nicht ausreichend Beachtung geschenkt wird.

Die zweite Säule des Sicherheitsmodells sind die aktiven Elemente der Gefahrenabwehr. Beispielhaft seien hier die Rettungsdienste, Feuerwehren und der Katastrophenschutz genannt. Aufgabe dieser staatlichen Sicherheitssysteme ist

es, das mit passiven Schutzstrukturen nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem wirtschaftlichem Aufwand abzusichernde Restrisiko zu minimieren bzw. im Eintrittsfall des Restrisikos durch geeignete Gefahrenabwehrmaßnahmen den Gesamtschaden so gering wie möglich zu halten.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen in den Kommunen über Absenkung des Sicherheitsstandards bei den Feuerwehren, der Diskussion auf Bundesebene über die Finanzier-





barkeit des Rettungsdienstes und die verschiedenen Modelle zur Neuordnung des Katastrophenschutzes ist auch für diesen Bereich staatlicher Sicherheitsvorsorge eine Tendenz zum Abbau von Sicherheitsstandards zu beobachten. In Kombination mit den aus dem Bereich 1 zu befürchtenden Absenkungen von Sicherheitsstandards kann hier eine durchaus merkbare Mehrbelastung für die Bevölkerung erwachsen.

Die dritte Säule im Sicherheitsmodell ist die Information möglicherweise von Schadensereignissen Betroffener. Bekannt sind solche Informationsstrategien aus den Konzepten des Selbstschutzes und in neuerer Zeit aus den Fortschreibungen der Störfallverordnung. Im Gegensatz zur enormen Bedeutung dieses Sicherheitsbereiches finden sich in der Bundesrepublik kaum nennenswerte Ansätze in der Umsetzung von Informationsstrategien.

Dabei ist diesem Bereich aber gerade bei verhältnismäßig geringem Mitteleinsatz eine hohe Effizienz zuzuschreiben. Natürlich kann nicht auf die passiven Schutzstrukturen gänzlich verzichtet werden, Feuerwehren und Rettungsdienst drastisch dezimiert werden, um dann dem Bürger zu erklären, was er denn im Ernstfall gegebenenfalls noch alles tun könne, sondern zwischen den drei Säulen des Sicherheitsmodells ist ein funk-

tionaler Zusammenhang zu beschreiben, um auf angemessenem Niveau den Sicherheitsstandard der einzelnen Bereiche zu definieren.

An einem Beispiel aus den Vereinigten Staaten kann der Zusammenhang vielleicht verdeutlicht werden. Die amerikanische Westküste, hier der Bundesstaat Kalifornien, gilt neben Japan als eine der am stärksten erdbebengefährdeten Gebiete der Erde. An der amerikanischen Westküste findet der Besucher dann auch alle beschriebenen Sicherheitselemente des Dreisäulenmodells wieder.

Ein Großteil der Gebäude sind „erdbebensicher“ konstruiert, zumindest insoweit wie es der Stand von Wissenschaft und Technik erwarten läßt; staatliche und private Hilfeleistungssysteme sind von ihrer Struktur und Stärke auf die besonderen Umstände ausgerichtet, wobei aber auch hier Grenzen erkennbar sind. Entscheidend scheint mir aber, daß die Bevölkerung dort für die Gefahr besonders sensibilisiert ist und von Kindesbeinen an in Vorschule, Schule, Hochschule und Beruf sowie in Verbänden und Vereinen über Verhaltensmaßnahmen bei Erdbeben und über einfache Selbsthilfemaßnahmen nach dem Schadensfall eingehend und wiederholt unterrichtet und verwiesen wird.

Demnach ist es kaum verwunderlich, daß dieser Informationsstand der Bevölkerung sich bei einer Reihe von kleineren zivilen Zwischenfällen äußerst positiv bemerkbar gemacht hat und tagtäglich bei Zwischenfällen demonstriert wird.

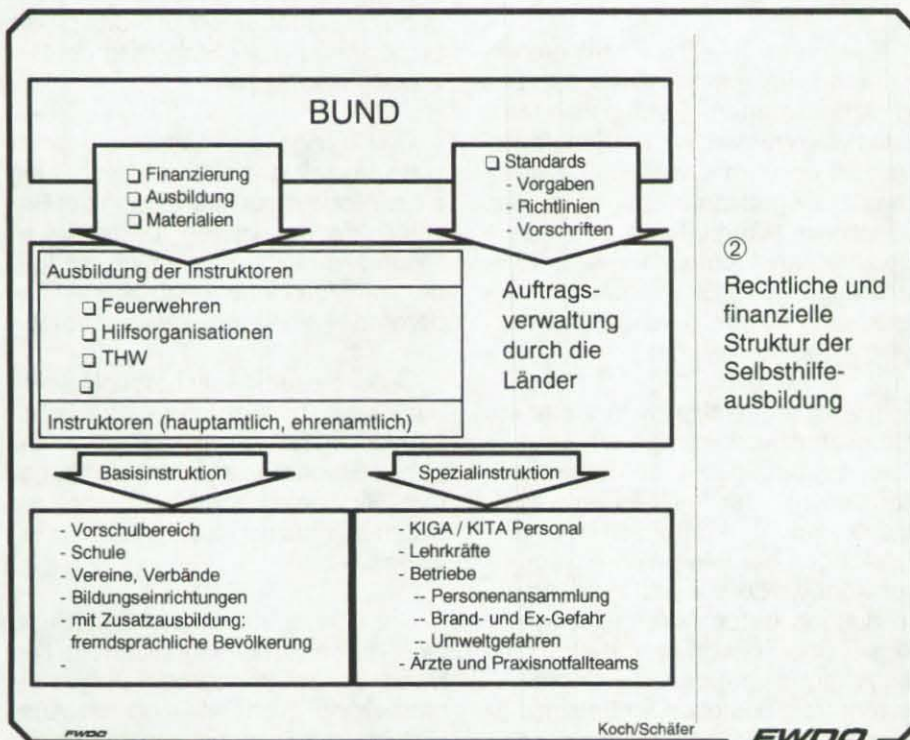
## 2. Änderung der Bedrohungslagen für den V-Fall

Während des kalten Krieges ging die Bundesrepublik basierend auf den Erkenntnissen des Zweiten Weltkrieges und dem Wissen um die Waffenwirkungen der eigenen und gegnerischen Systeme, von massiven flächigen Zerstörungen aus. Diese Annahmen sind, ebenso wie ein möglicher V-Fall, heutzutage eher extrem unwahrscheinlich. Bei einem zukünftigen V-Fall ist dagegen vielmehr von einzelnen punktuellen Schäden auszugehen. Ein solcher V-Fall könnte zukünftig durch die Verwicklung in internationale Konflikte eintreten, wobei die Bundesrepublik Deutschland als Hinterland betrachtet werden kann. Analog zur Bedrohungslage während des Golfkrieges 1990/91 sind mögliche terroristische Aktionen der Gegner denkbar.

Darüber hinaus könnte es Gegnern in Einzelfällen gelingen, mit weitreichenden Waffensystemen unser Staatsgebiet zu erreichen. Die entsprechenden Schadensbilder würden sich dann nur unwesentlich von zivilen Großschadenslagen unterscheiden.

Im ungünstigsten Fall würden sich diese Schadensbilder allerdings räumlich und zeitlich gesehen häufen, und damit die Elemente der aktiven Gefahrenabwehr stark überlasten. Da die Überlebenswahrscheinlichkeit verletzter Personen bei Schadensereignissen extrem stark von den ersten notfallmedizinischen Maßnahmen abhängt, ist es unmittelbar sinnvoll, größere Teile der Bevölkerung in sehr einfachen Soforthilfemaßnahmen, wie Überstrecken des Kopfes bei bewußtlosen Personen, stabile Seitenlage, Schocklagerung und Blutstillung starker Verletzungen, zu unterrichten.

Bei den traumatologischen Folgen von Schadensereignissen ist es völlig unabhängig, ob diese durch Waffeneinwirkungen oder zivile Störfälle wie Verkehrs-, Haus- oder Arbeitsunfälle verursacht wurden. Informationsaufwendungen verursachen so-



mit unmittelbar in zivilen wie V-Fall-Situationen volkswirtschaftlichen Nutzen. Gleichmaßen hängt das Ausmaß eines Gesamtschadens sehr oft von den in der Anfangsphase gesetzten Schadensbegrenzungs- oder Schadensabwehrmaßnahmen ab. So kann z.B. das Schließen einer Tür oder der Einsatz von Kleinlöschgeräten in der Anfangsphase einen Brand wirksam bekämpfen oder eingrenzen. Diese Erkenntnisse können als Anforderungen an ein Ausbildungsmodell für die Bevölkerung herangezogen werden.

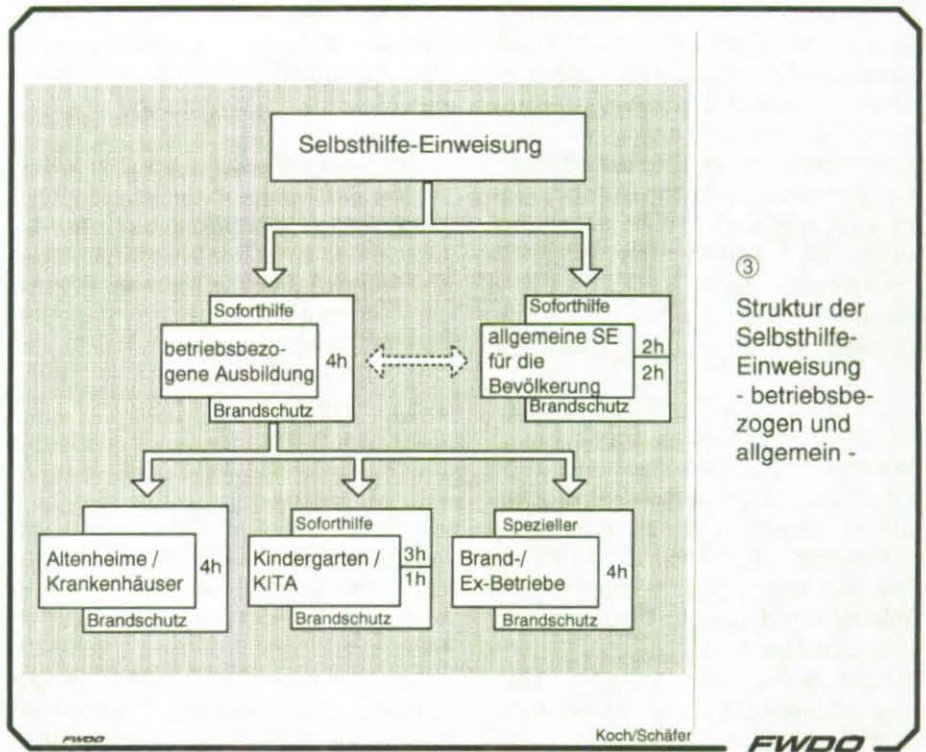
### 3. Qualifikationsstruktur der Bevölkerung in der Selbsthilfe

Funktionsweise des beschriebenen Modells ist es, auf bewußt niedrigem Informationslevel größere Anteile der Bevölkerung zu erreichen. Die zuvor beschriebenen einfachen Elemente der medizinischen Soforthilfe und die einfachen Maßnahmen der Gefahrenabwehr lassen sich kombiniert in ca. vier Unterrichtseinheiten vermitteln. Dies widerspricht klar den bisherigen Ansätzen zur umfassenden und tiefgreifenden Information des einzelnen. Oft genug wegen des hohen Ausbildungsaufwandes blieben diese Unterweisungen auf Einzelpersonen beschränkt und fanden keine ausreichende Verbreitung (in vielen Fällen nicht durchgeführt).

Bild 1 zeigt nun ein einfaches Pyramidenmodell wobei in der X- und Y-Achse Ausbildungsanteile der Bevölkerung in Wohnstätten bzw. in Arbeitsstätten angegeben werden. Auf der Z-Achse wird der Grad der erlangten Qualifikation beschrieben.

Damit ergibt sich eine kleine Spitze professioneller Helfer, die als hauptamtliche oder ehrenamtliche Helfer in den Hilfsorganisationen oder Feuerwehren, THW, DLRG, Bergwacht etc. ihren Dienst versehen. Auch die ehrenamtlichen Helfer der genannten Organisationen werden hier bewußt unter die professionellen Helfer eingereiht, da im Verhältnis zur Allgemeinbevölkerung ihre Hilfeleistung als qualitativ hochstehend und somit professionell angesehen werden muß.

Basis der Pyramide bilden in Wohn- und Arbeitsstätten erreichte Ausbildungsgrade von 80 bis 90 Prozent der Infragekommenden. Dieser



③ Struktur der Selbsthilfe-Einweisung - betriebsbezogen und allgemein -

Wert ist optimistisch hoch angesetzt, er könnte im Realfall auch bei 50 Prozent der infragekommenden Personen Wirksamkeit zeigen. Allerdings muß erneut auf die geringe Inanspruchnahme des einzelnen für die Unterweisung hingewiesen werden, so daß bei größeren Bevölkerungsschichten, aufbauend auf diesen Basisunterweisungen Brand- oder Selbstschutzausbildungen gesetzt werden können; diese sollten 5 bis 19 Prozent der Bevölkerung bzw. Arbeitsstätten erfassen.

Eine deutliche Hilfe für die professionellen Helfer stellen insbesondere in Arbeitsstätten Betriebsanwiter, Hausfeuerwehren, Betriebsfeuerwehren oder im erweiterten Selbstschutz ausgebildete Mitarbeiter dar. Von diesen Mitarbeitern können erste Gefahrenabwehrmaßnahmen, Evakuierungen und Einweisung der anrückenden Kräfte durchgeführt werden.

In Ausnahmefällen wird sogar die Atemschutz Ausbildung nach FwDV 7 durchgeführt, damit bei komplexen Bauwerken oder Anlagen so ausgebildete Kräfte, kombiniert mit Einsatzkräften der Feuerwehren, vorgehen können. Dies macht Sinn, da die so ausgebildeten Mitarbeiter in der Regel über besondere Kenntnisse der Anlagen verfügen, die einer Feuerwehr trotz bestehender Einsatzpläne in der erforderlichen Kürze der Zeit

geschlossen bleiben werden. Durch die Qualifikationsstruktur in der Bevölkerung ist ein durchgehendes Modell von einfacher Notfallinformation bis zur professionellen Hilfe aufeinander abgestimmt abgebildet.

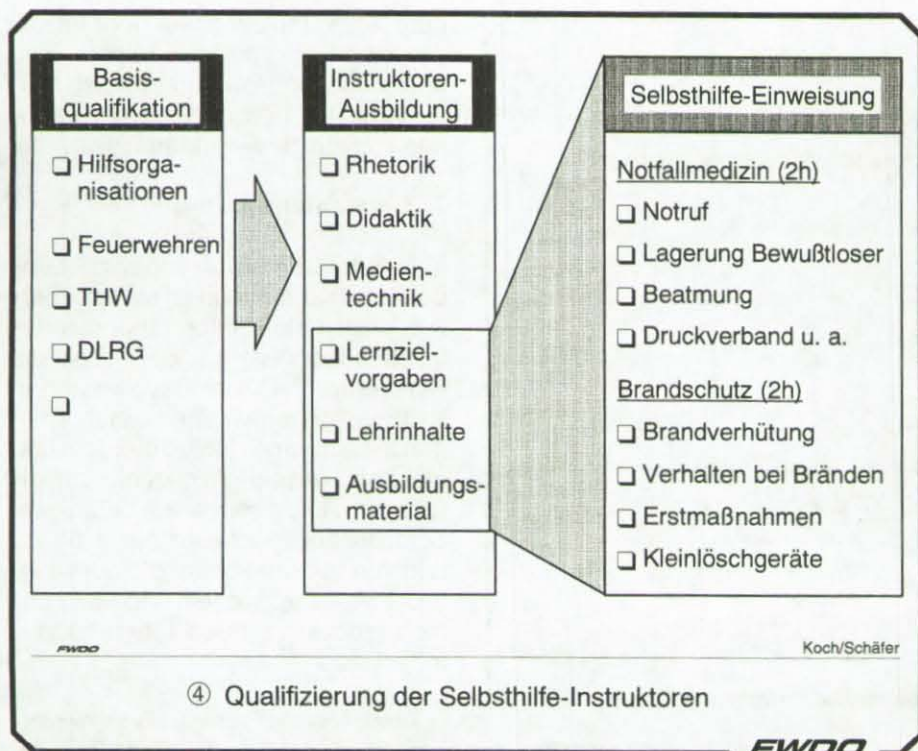
### 4. Stellung von Kommunen, Ländern und dem Bund

In der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern fällt den Ländern eindeutig die Sicherstellung der Sicherheit für die Bevölkerung zu. Aufgabe des Bundes bleibt lediglich die Sicherstellung der Sicherheit der Bevölkerung im V-Fall.

Bild 2 zeigt schematisch die rechtliche und finanzielle Ausgestaltung eines Modells zur Information der Bevölkerung, das sowohl für den V-Fall - Bundesanteil - als auch für die friedensmäßige Gefahrenabwehr - Länderanteil - integriert anwendbar ist.

Unter diesem Gesichtspunkt sollte der Bund zur Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Standards in Form von Vorgaben, Richtlinien und Vorschriften als Rahmenrichtlinien für die Länder erlassen.

Die Länder führen für den Bund eine Auftragsverwaltung durch. Der Bund wirkt weiter durch anteilige Finanzierung, Sicherstellung der Ausbildung von Trainern und Gestellung



einheitlicher Materialien für die Ausbildung, insbesondere den Anteil für den V-Fall, bei der Information der Bevölkerung mit. Die Ausbildung selbst soll durch Instruktoren der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen DRK, ASB, JUH, MHD, DLRG und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk sowie von kommunalen Einrichtungen erfolgen.

Die Instruktoren können hauptamtlich oder ehrenamtlich Mitarbeiter der jeweiligen Organisationen sein. Die Basisinstruktionen erfassen den Vorschulbereich, Schulen, Vereine und Verbände, Bildungseinrichtungen, und mit einer entsprechenden Zusatzausbildung sollte auch die fremdsprachliche Bevölkerung in der Bundesrepublik erfaßt werden. In Spezialinstruktionen sollte das Kindergarten- und Kindertagesstättenpersonal und Lehrkräfte an Schulen erfaßt werden.

Auf Betriebe bezogene Spezialinstruktionen sollten Betriebe mit Personenansammlungen wie Krankenhäuser und Altenheime, Versammlungsstätten etc., Betriebe mit Brand- und Explosionsgefahren und Betriebe mit Umweltgefahren erfassen. Darüber hinaus sollten in Abstimmung mit den Ärztekammern auch Ärzte und sog. Praxisnotfallteams durch Spezialinstruktoren erfaßt werden. Durch die Einbeziehung der Ärzteschaft in vereinfachte notfallmedizi-

nische Instruktionen kann insgesamt die notfallmedizinische Versorgung der Bevölkerung verbessert werden.

### 5. „Less is more“-Strategie

Bild 3 zeigt die Aufteilung der Selbsthilfe-Einweisung in betriebsbezogene Ausbildungen und eine allgemeine Selbsthilfe-Einweisung für die Bevölkerung.

Hier wird von jeweils zwei Unterrichtseinheiten (Stunde = 45 Minuten) für die Soforthilfe als notfallmedizinische Komponente und zwei Unterrichtseinheiten für den Brandschutz angenommen.

Bei betriebsbezogenen Ausbildungen können je nach Anforderung die Unterrichtseinheiten von Minimum einer Unterrichtseinheit, wie beim Beispiel eines erdgeschossigen Kindergartens, bis hin zu vier Stunden speziellem Brandschutz bei brand- und explosionsgefährdeten Betrieben mit bereits in Erster Hilfe ausgebildeten Mitarbeitern variiert werden.

Bild 4 zeigt die Qualifizierung der Selbsthilfe-Instruktoren. Als Basisqualifikation wird die Mitwirkung in den genannten Hilfsorganisationen mit entsprechender Erfahrung angesehen. Durch einheitlich ausgebildete Instruktoren-Trainer sollten die Instruktoren in Rhetorik, Didaktik und Medientechnik ausreichend unter-

wiesen, trainiert und geprüft werden. Bezogen auf die Lehrbereiche sind Lernzielvorgaben, Lehrinhalte und Ausbildungsverfahren zu vermitteln. Die so ausgebildeten Instruktoren können Selbsthilfe-Einweisungen für die Bevölkerung durchführen.

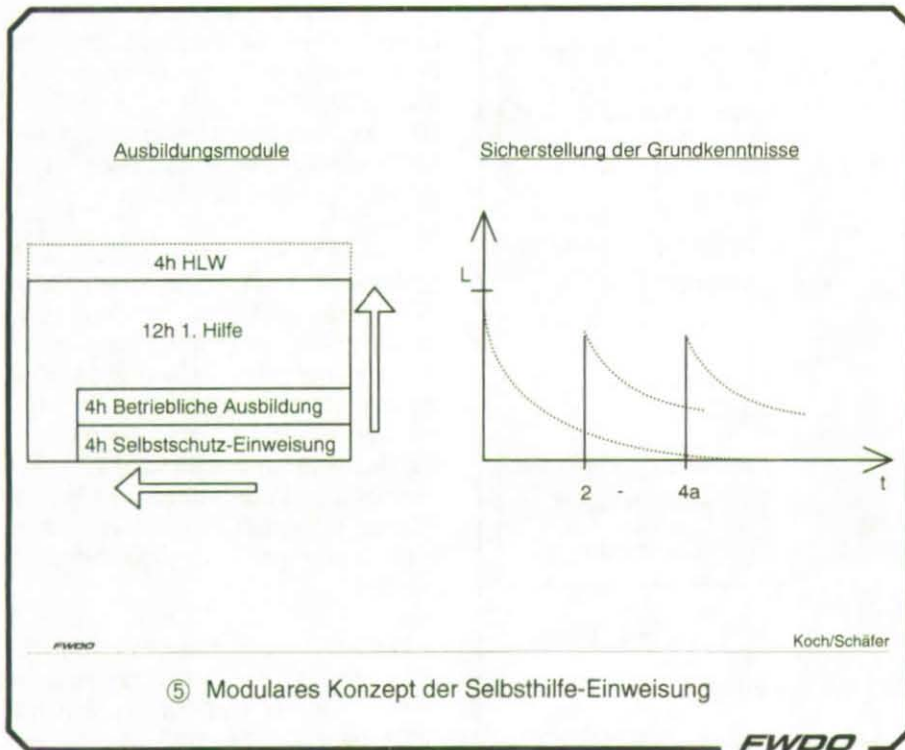
In zwei Unterrichtseinheiten ist es ohne weiteres möglich, detaillierte Kenntnisse über Notruf, Lagerung Bewußtloser, Beatmung und Maßnahmen bei stark blutenden Verletzungen mit praktischen Ausbildungsanteilen zu vermitteln. Dabei müssen die Ausbildungsinhalte auf die wesentlichsten Informationen reduziert, in ansprechender Weise kurz vorgelesen und praktisch durchgeführt werden.

Die Absenkung des Informationsstandards ist aus zwei Gründen vertretbar. Einmal wird durch den nur noch geringen Zeitaufwand die Akzeptanz unmittelbar zu erhöhen sein und andererseits kann die wesentliche Information vermittelt werden. Die Selbsthilfe-Einweisung ist dabei Teil eines modular aufgebauten Unterweisungssystems.

Denkbare Schnittstellen zur Ersten-Hilfe-Ausbildung der Hilfsorganisationen zeigt das Bild 5. In Abhängigkeit vom zeitlichen Verlust des Restwissens der vermittelten Informationen kann in einem Zeitraum von zwei bis vier Jahren nach erfolgter SE-Unterweisung eine modulare Anrechnung auf weitere Lehrgänge der Hilfsorganisationen und Feuerwehren erfolgen.

Im Interesse einer Breitenwirkung und hohen Akzeptanz des gesamten Sicherheits-Ausbildungssystems, kann es den Bürgern nicht zugemutet werden, ständig Basislehrinhalte neu und wiederholt vermittelt zu bekommen. In der betrieblichen Ausbildung sind diese Redundanzfelder mit erheblichen Kosten verbunden und fördern somit eine natürliche Abneigung gegen entsprechende Informationsstrategien. In der Bereitschaft zur Modularität liegt eine besondere Chance für die Verbesserung der Selbsthilfe der Bevölkerung im Gefahrenfall. In dem Konzept ist vorgesehen, daß die nachgeschalteten Module unter Eigenregie der jeweiligen Hilfsorganisationen oder Feuerwehren unterrichtet werden.

Die Reduzierung auf Basisinformationen hat neben der erwünschten



Breitenwirkung einen weiteren strategischen Gesichtspunkt. Der informierten Bevölkerung soll die Angst vor einer effektiven Selbsthilfe genommen, und der Irrglaube an die Allgegenwärtigkeit und Allmächtigkeit der professionellen Systeme begegnet werden. Die von den Feuerwehren und Hilfsorganisationen oft beklagte mangelnde Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung hat unter anderem auch Ursachen in dem besonders professionellen Auftreten der Feuerwehren und Rettungsdienste.

Neben der Angst, etwas falsches zu tun, wird der Bürger im Vergleich zu seinen rudimentären Resten eines lang vergangenen Kurses über Sofortmaßnahmen am Unfallort oder eines Erste-Hilfe-Kurses bei einer Hilfsorganisation im Vergleich zu der in einigen Minuten eintreffenden professionellen Hilfe eines Rettungsdienstes schnell zu dem Schluß kommen, daß es möglicherweise wirklich besser sei, gar nichts zu tun. Vielfach wird auch der Effekt beobachtet, daß nach Eintreffen der professionellen Helfer eine anfängliche Hilfsbereitschaft spontan aufgegeben wird und der anfänglich zaghafte Ersthelfer zwangsläufig in die Rolle des passiven Gafers gedrängt wird.

Bei einer Umsetzung des beschriebenen Modells könnte in Zukunft wieder mehr auf die Eigenverantwortung und Eigenhilfe der Betroffenen gesetzt werden.

### 6. Problemfelder beseitigen

Die mit vier Unterrichtseinheiten ausgelegte Selbsthilfe-Einweisung sollte von einem Ausbilder vermittelt werden. Durch einheitlich gestaltete Medienunterstützung wie Videoclips und Overheadfolien kann nach standardisierten Lernzielkatalogen ein ansprechender Schulungsverlauf erzeugt werden. Von seiten der Feuerwehren ist lediglich zu akzeptieren, daß die Soforthilfe-Einweisung bezüglich des Brandschutzes gegebenenfalls auch von Mitarbeitern der Hilfsorganisationen, der DLRG, Bergwacht oder von der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk mit absolviert werden.

Als selbstverständlicher Pflichtinhalt einer SE-Einweisung ist der Hinweis auf weitere Kursprogramme der Feuerwehren oder die von den Feuerwehren aufgebaute Brandschutzerziehung. Umgekehrt muß von den Hilfsorganisationen akzeptiert werden, daß die Feuerwehren die notfallmedizinische Soforthilfe im Rahmen der von ihr durchgeführten SE-Einweisungen mit abhandeln. Auch hier muß selbstverständlich der Hinweis auf weiterführende Unter-

richtseinheiten der jeweiligen Hilfsorganisationen am Ort erfolgen. Eine entsprechende Verfahrensweise sollte unter den beteiligten Organisationen einfach zu vereinbaren sein.

### 7. Zusammenfassung

In Aufgabenteilung von Bund, Ländern und Kommunen ist ein integriertes Modell einer Informationsstrategie beschrieben, mit dem Ziel, die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung in zivilen, allgegenwärtigen Gefahrenlagen bis hin zum V-Fall zu steigern und die Bevölkerung gleichzeitig zur effektiven Hilfeleistung zu befähigen. Schlüssel dazu ist eine breite Streuung von Informationen, die auf wichtigste Verhaltensregeln und Maßnahmen reduziert ist und integriert vermittelt wird.

Ausführende Organe sind die Hilfsorganisationen wie DRK, ASB, JUH, MHD, DLRG und Bergwacht, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und die Feuerwehren sowie Kommunaleinrichtungen unter Hoheit der Länder, wobei durch kombinierte Auftragsverwaltung die Standardisierung und die anteilige Finanzierung als Bundesanteil realisiert werden kann.

Stärkung von Eigenverantwortung und Hilfsbereitschaft sowie volkswirtschaftlicher Nutzen sind unmittelbar zu erwarten. An dieser Stelle soll in einiger Zeit über detaillierte Organisationsmodelle und Lehrinhalte weiter berichtet werden.

Um Sie zu bestehlen,  
machen Trickdiebe auch  
„Hausbesuche“.

**Wer Blumen  
sprechen läßt,  
ist nicht  
immer ein  
Rosenkavalier...**

Lassen Sie grundsätzlich  
keine Fremden in Ihre Wohnung!

Wir wollen, daß Sie sicher leben. Ihre Polizei.

# Wenn Wasserschläuche explodieren

## Simple Löschtechnik verblüfft Brandschutzexperten – Kombination von Sprengstoff und Löschwasser stoppt Flammenfront

„Was wir Ihnen heute vorführen wollen, ist möglicherweise der große Moment der Feuerwehr Frankfurt und vielleicht auch die große Chance für die Waldbrandbekämpfung in Europa und in der ganzen Welt.“ Branddirektor Dipl.-Ing. Reinhard Ries, Leiter der Berufsfeuerwehr Frankfurt am Main, machte es bei der Begrüßung spannend. Er hatte am 9. September 1994 zu einem Großversuch in der Waldbrandbekämpfung auf einem Acker in Harheim vor den Toren Frankfurts eingeladen. Zahlreiche nationale und internationale Brandschutz- und Sicherheitsexperten waren angereist. Sie wollten sich ebenso wie Bundesumweltminister Klaus Töpfer und Frankfurts Oberbürgermeister Andreas von Schoeler diese spektakuläre Demonstration einer zukunftsweisenden Erfindung, die eine neue Entwicklung in der Bekämpfung von Waldbränden bedeuten kann, nicht entgehen lassen. Um es vorwegzunehmen, sie wurden nicht enttäuscht. Die Beobachter waren von der simplen Löschtechnik verblüfft: „Ja, der Erfolg liegt auf der Hand, man muß aber erst darauf kommen“, so der erste Kommentar eines Experten nach dem großen Knall.

### Riesige Schäden durch Waldbrände

Was hat es nun auf sich mit dem sogenannten Frankfurter Verfahren? Weltweit werden Waldbrände zu einem immer größeren Problem. Immer häufiger geraten einzelne Brände außer Kontrolle, immer größer werden die zerstörten Flächen. Neben



Das Feuer ist entfacht, parallel zu dem künstlichen Wald liegt der Spreng-Löschschlauch.



Der Moment der Sprengung: Schlagartig wird das Feuer „ausgeblasen“.

riesigen volkswirtschaftlichen Schäden richten Waldbrände auch große Umweltschäden an. Noch weitaus schwerer wiegen die Verluste an Menschenleben. So wurden in diesem Jahr bereits rund 100 Feuerwehrleute bei der Bekämpfung von Waldbränden getötet.

Im Rahmen der europäischen Forschungsinitiative EUREKA beauftragte der Bundesminister für Forschung und Technologie die auf dem Gebiet der industriellen Sicherheit international tätige Firma INBUREX GmbH in Hamm mit einem Projekt für eine neue, effektivere Technik der Waldbrandbekämpfung. Gemeinsam mit dem Sprengstoffexperten Winfried Rosenstock und Dip.-Ing. Reinhard Ries wurde ein einfach einzusetzendes Verfahren entwickelt, das die Kraft einer Detonationswelle und die Löschwirkung von Wasser miteinander vereint. Hierbei wird eine Kombination verschiedener Löscheffekte erreicht, die mit einer bisher nicht gekannten Schlagartigkeit wirken. Das inzwischen patentgeschützte „Frankfurter Verfahren“ erlaubt es, mit geringem Personal- und Geräteeinsatz innerhalb kurzer Zeit auf beliebig großen Abschnitten, vorrückende Waldbrandfronten zu stoppen.

Die Brandbekämpfung mit Hilfe von Sprengstoff ist an sich nichts Neues. Sie wird z. B. bei brennenden Ölquellen schon seit den dreißiger Jahren durchgeführt. Dabei wird jedoch nur die Druckwelle der Detonation für einen „Ausblas-Effekt“ genutzt. Völlig neu dagegen ist die Kombination von Sprengstoff, Löschwasser und ggf. Retardern, die nach dem Löschen ein Rückzünden verhindern.

## Wasserschläuche explodieren

Wie sieht dies nun in der Praxis aus? Parallel zur vorrückenden Flammenfront eines Waldbrandes wird ein Folienschlauch aus Polyäthylen oder ähnlichem Material verlegt. Je nach Erfordernis kann der Durchmesser des Schlauches variieren; im Normalfall liegt er bei 20 Zentimetern. Der Schlauch ist auf eine beliebige Länge auch in unwegsamem, für Löschfahrzeuge schwer zugänglichem Gelände zu verlegen. Zur Bildung von Abschnitten kann eine Anzahl kurzer Schläuche sinnvoll sein. Auch können bei extremer Brandlast (Vollfeuer mit Wipfelfeuer) zwei oder drei Linien

Die Flammenfront ist gebrochen, die Feuerwehr rückt zur Nachlöscharbeit vor.



mit einigem Abstand parallel verlegt werden.

Bereits in vorbereitete Schläuche eingearbeitet oder kurzfristig vor Ort eingezogen ist eine 14 mm dicke Sprengstoffschnur aus Nitropenta. Der verlegte Folienschlauch wird anschließend mit Hilfe eines Tanklöschfahrzeugs mit Wasser gefüllt – wobei ggf. die Retarder zugegeben werden – und anschließend durch Zuknoten oder Zubinden verschlossen. Ist das Gelände günstig, können innerhalb von fünf Minuten rund 100 Meter Schlauch verlegt und gefüllt werden.

Die elektrische Zündung der Sprengschnur erfolgt, wenn die Flammenfront den Schlauch erreicht hat. Bei der Detonation entstehen Drücke von mehreren tausend bar. Die Zerstäubung des Wassers erreicht hierbei Molekülgröße; es entsteht „kalter Dampf“, der mit einer Geschwindigkeit von 6.300 m/sek auf das Brandgut trifft. Hierbei tritt nun ein gekoppelter Löscheffekt ein: Die Detonationswelle erzeugt den schon erwähnten „Ausblas-Effekt“,

während die innerhalb von Sekundenbruchteilen entstehende nebelartige Wasserwolke das Brandgut schlagartig herunterkühlt, so daß die Mindest-Verbrennungstemperatur nicht mehr erreicht wird und das Feuer erlischt. Die Feuerwalze ist gebrochen und örtliche Brandschutzkräfte können mit konventionellen Löschmitteln, wie z. B. der Feuerpatzsch, Restfeuer und Glutnester ablöschen.

Ein eventuell zuvor dem Wasser beigesetzter und nun ebenfalls fein über das Brandgut verteilter Retarder kann vor einer späteren Rückzündung von außen schützen. Je nach Produkt können Retarder auf verschiedene Weise wirken: Retarder auf Basis von Salzen bilden eine Kruste auf dem Brandgut, die einerseits die Ausgasung des Brennstoffs hemmen, andererseits den Sauerstoff der Umgebungsluft abschneiden. Anders wirken Retarder, die ähnlich einem Geliemittel große Mengen Wasser aufsaugen und speichern. An einem mit derartige Wasserspeichern

Auf den Gesichtern ist der Erfolg abzulesen (von rechts): Bundesumweltminister Klaus Töpfer, DFV-Präsident Gerald Schäuble, Frankfurts Oberbürgermeister Andreas von Schoeler und Dipl.-Ing. Reinhard Ries.



überzogenen Brennstoff – z. B. Bäume – „läuft sich das Feuer tot“.

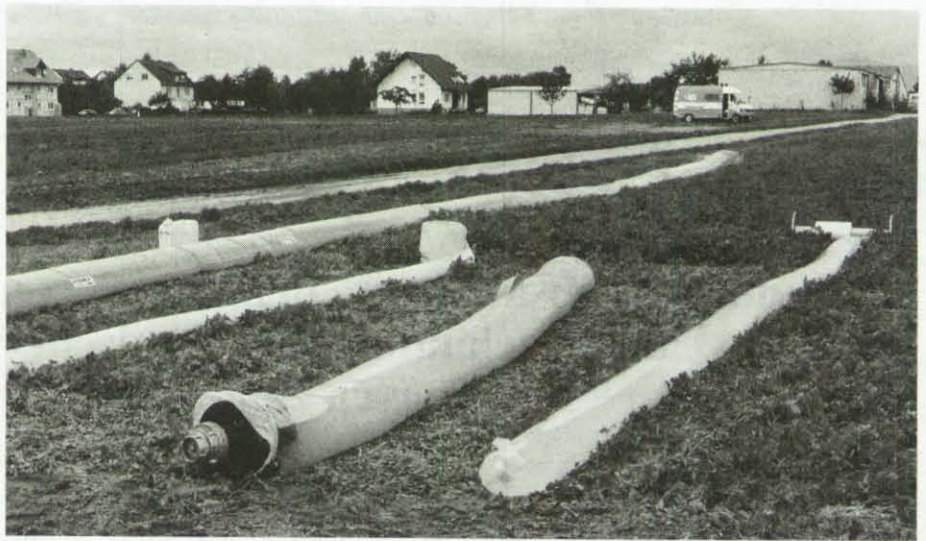
## Es funktioniert

Die Experten sowie zahlreiche Fotografen und Kamerteams stehen in gespannter Erwartung rund 40 Meter vor einem fast 100 Meter langem aus Geäst, Baumwipfeln und Stroh gebildeten Wall. Der künstliche Wald soll in wenigen Minuten zu einer „Feuerwalze“ werden. Es wird gleichzeitig an vielen Stellen gezündet. Kurze Zeit später schlagen die Flammen in den Himmel. Da schleichen sich bei den Beobachtern dann doch Zweifel ein, ob das Inferno, wie versprochen, in Sekundenbruchteilen zu löschen ist.

Der Countdown läuft, Branddirektor Ries zählt rückwärts: „... drei, zwei, eins, Schuß!“ Ein dumpfer Knall, eine riesige Dampfwolke steigt auf, und – tatsächlich, das Feuer ist aus. Als erstes geht ein Raunen durch die Beobachterschar, dann kommt Applaus auf, Hände werden geschüttelt, Schultern geklopft. Man kann den Akteuren die Erleichterung ansehen. „Na, wenn das schiefgegangen wäre!“

Aber es funktioniert, und nicht nur die Erfinder sind begeistert und zuversichtlich, daß dieses neue, verblüffend einfache Löschverfahren in Zukunft bei der Waldbrandbekämpfung und darüber hinaus vielleicht auch bei anderen Brandeinsätzen eine herausragende Rolle spielen wird.

-güse-



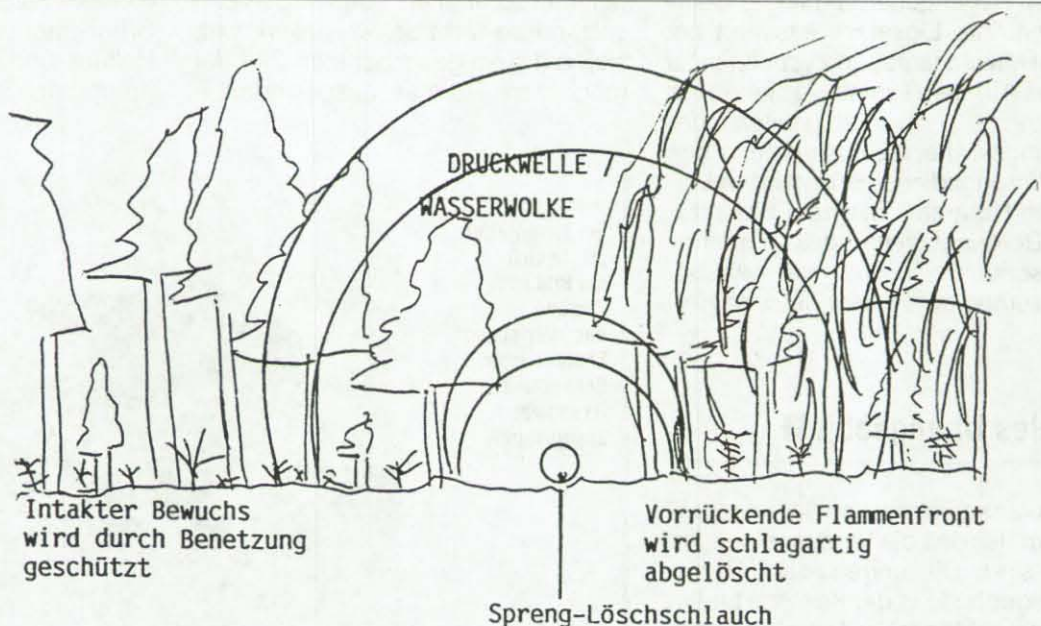
Die Sprengschnur ist in unterschiedlichen Kunststoffschläuchen unterzubringen.

Ein Doppelkammer-schlauch hat den Vorteil, daß er bei abschüssigem Gelände nicht wegrollt.

(Fotos: Sers)



Die Wirkungsweise des „Frankfurter Verfahrens“.



# „Gasexplosion '94“

## Rund 300 Einsatzkräfte demonstrierten Leistungsstand – Ideales Übungsgelände und realistische Schadendarstellung motivierten zu engagierter Hilfe

Flehende Hilferufe, gellende Schmerzensschreie, ein Chaos ohnegleichen empfängt den Rettungsdienst an der Unglücksstelle. Wo zuerst anfangen? Wem als ersten helfen? Selbst den erfahrenen Einsatzkräften geht das Schreckensszenario unter die Haut. – Eine verheerende Gasexplosion hat einen Wohnblock zerstört und benachbarte Gebäude stark beschädigt. Rund 100 Bewohner der von der Explosion betroffenen Häuser sind verletzt, verschüttet oder irren im Schock durch Flure und Treppenhäuser. Nach einer ersten Erkundung der Schadenlage steht fest: Hier ist der Rettungsdienst überfordert, zusätzliche Kräfte werden dringend benötigt.

Dies ist der Hintergrund der großangelegten Übung „Gasexplosion '94“ des Malteser-Hilfsdienstes der Diözese Köln am Samstag, dem 27. August 1994, in der Freiherr-von-Gersdorf-Kaserne in Euskirchen. Die Übung gibt den Katastrophenschutzeinheiten des MHD – wie schon bei ähnlichen Veranstaltungen in den vergangenen Jahren – Gelegenheit, ihre Einsatzbereitschaft bei einem Massenansturm von Verletzten zu testen. Auf dem Prüfstand stehen die Kenntnisse und Fähigkeiten der Führungskräfte, die Zusammenarbeit des Rettungsdienstes/Notarztes/Leitenden Notarztes mit dem Sanitäts- und Bergungsdienst des Katastrophenschutzes sowie der Ausbildungsstand der Helferinnen und Helfer.

### Ideales Übungsobjekt

Ein anspruchsvolles Übungsprogramm, für das die Voraussetzungen ideal sind. Die ungenutzten Unterkunftsgelände in der Kaserne bieten vielfältige Möglichkeiten der Scha-

dendarstellung. Die Lotus- sowie EHBO-Schminkgruppe – beide aus den Niederlanden und schon mehrfach von den Maltesern wegen ihrer realistischen Darstellung von Verletzungen zu Übungen eingeladen – sowie drei weitere Schminktrupps der



Der Leitende Notarzt weist den Gruppenführer des THW in die Schadenlage ein.

Malteser haben die in den Gebäuden ausgelegten Verletztendarsteller so gekonnt „präpariert“, daß es den Einsatzkräften nicht schwer fallen wird, sich mit dem geschminkten Bild der möglichen Realität auseinanderzu-

setzen. Wirklichkeitsnähe ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Üben. Es genügt eben nicht, dem Opfer einfach einen Zettel anzuhängen, auf dem die „Verletzung“ vermerkt ist. Erst die realistische Darstellung einer offenen Wunde, eines Knochenbruchs oder einer Verbrennung sowie das typische Verhalten des „Verletzten“ geben dem Helfer den Anhalt zum folgerichtigen Handeln und motivieren zu engagiertem Einsatz.

Die Leitung der Übung liegt in den Händen von Dr. med. Michael Schaal, Diözesanarzt der Diözese Köln. Er wird unterstützt von Helmut Esser, Katastrophenschutz-Ausbildungsreferent der Malteser in NRW, Wilfried Esser, Ausbildungsreferent der Diözese Köln, sowie von Fachberatern der eingesetzten Einheiten. Zum Einsatz kommen eine Einsatzleitung, besetzt mit Vertretern des MHD und Fachberatern des Technischen Hilfswerks sowie des Sanitätsdienstes, der THW-Ortsverband Euskirchen mit zwei Bergungsgruppen, je ein regionaler Sanitätszug aus Düsseldorf, Brühl und Bonn mit insgesamt 84 Helfern und drei Ärzten, eine Arztgruppe des Sanitätszuges A aus Erft-

Ein THW-Helfer macht sich ein Bild vom Zustand des „Verletzten“. Er steht unter Schock und ist schwer ansprechbar.







**Die Verletztenablage vor dem Gebäude: Die ersten Geretteten erhalten Hilfe.**



**Sanitäter der Malteser und ein Notarzt leisten Erste Hilfe.**



**Kräfte des zuerst am Schadenort eingetroffenen Rettungsdienstes versorgen ein „Opfer“.**



**Erfolgreich ist der Einsatz der Rettungshunde. Einige „Verschüttete“ werden von ihnen noch aufgespürt.**

stadt mit zwölf Helfern und zwei Ärzten, ein regionaler Betreuungszug aus Lohmar-Birk mit 28 Helfern, ein Fernmeldezug aus Hennef, je eine MHD-Rettungswache aus Euskirchen, Rheinbach und Hennef mit Notarzt sowie ein Leitender Notarzt und ein Organisatorischer Leiter aus Bonn.

Zwanzig Schiedsrichter haben die Aufgabe, die Übung kritisch zu begleiten und zu bewerten. Ihnen stehen neue Schiedsrichterbögen mit erweiterten Bewertungskriterien zur Verfügung. Überprüft wird zum einen die Arbeit der Einsatzleitung, des Leitenden Notarztes sowie des Führungspersonals. Zum anderen sollen diesmal auch detailliert die Leistungen der Helferinnen und Helfer beurteilt werden. Jeder „Verletzte“ trägt eine Nummer, die identisch ist mit der Nummer auf dem Schiedsrichterbogen. Auf ihm sind die Verletzungsart und die notwendigen Behandlungsschritte festgehalten. Sechs eigens dafür abgestellte Schiedsrichter überprüfen anhand der Bewertungsbögen die Qualität der medizinischen Versorgung des „Verletzten“ durch das Sanitätspersonal. Die spätere Auswertung zeigt dann genau, welcher „Verletzte“ wie behandelt wurde. Ziel ist es, Defizite zu erkennen, um sie in der Ausbildung der Einsatzkräfte zu schließen.

## Der Übungsablauf

Der zuerst an der Schadenstelle eingetroffene Rettungsdienst hat alle Hände voll zu tun. Er kämpft mit seinen beschränkten personellen und materiellen Mitteln so gut er kann gegen das Chaos an. Die ersten „Verletzten“ werden aus den Häusern getragen und versorgt. Inzwischen hat sich auch, wie im Übungsdrehbuch vorgegeben, eine Einsatzleitung vor Ort gebildet. Sie koordiniert die nun im vollen Umfang anlaufenden Hilfsmaßnahmen. Als erste Verstärkung kann der Leitende Notarzt zwei Bergungsgruppen des THW in die Schadenlage einweisen. Die THW-Mannschaft versteht ihr Geschäft. Die Gruppenführer verschaffen sich in dem ihnen zugewiesenen Abschnitt einen Überblick und kurze Zeit später läuft die Hilfe für die „Verletzten“ an.

Doch die Einsatzkräfte reichen bei weitem nicht aus, zu groß ist die Zahl der „Explosionsopfer“, zu stark der Druck auf die Kräfte des Rettungs-



Die Verletzungsarten sind vielfältig. Der Sanitätsdienst zeigt seine Kompetenz.



Das Bild dokumentiert eindrucksvoll den Begriff: „Massenanfall von Verletzten“.

dienstes und des THW. Alles atmet auf, als drei Katastrophenschutz-Sanitätszüge und eine Arztgruppe an der Schadenstelle eintreffen und in das Rettungsgeschehen eingreifen. Jetzt endlich ist für die Einsatzleitung zu erkennen, daß mit dem Aufwuchs der Kräfte die „Katastrophe“ in den Griff zu bekommen ist.

Und tatsächlich, die Hilferufe werden spärlicher, die vielstimmigen Schmerzensschreie ruhiger. Die vor

den Häusern eingerichtete Verletztenablage füllt sich mehr und mehr mit „Schwerverletzten“, die hier bis zum Abtransport zum Hauptverbandplatz medizinisch versorgt und betreut werden. Die Verletzten darstellen spielen ihre Rolle bis zuletzt überzeugend durch. So sind die Ärzte und Sanitäter immer wieder gefordert. Natürlich schleichen sich bei diesem Druck auch Fehler ein. Den kritischen Augen der Schiedsrichter



Ein Blick auf die Fahrzeuge der Einsatzleitung (rechts) und einen Teilbereich der Verletztenablage. (Fotos: Sers)

entgeht nichts. Die Bewertungsbögen füllen sich, sie geben später einen Gesamtüberblick über die Kompetenz der Einsatzkräfte.

Der größte Teil der „Opfer“ ist gerettet, ihre Transportfähigkeit hergestellt. Nun rollen die Krankentransportwagen an. Die Verletztenablage leert sich zusehends, es wird ruhiger auf dem Platz. Zu hören ist jetzt das Gebell von Hunden. Im Anmarsch ist als letzte Einsatzgruppe die Rettungshundestaffel Mainz des Malteser-Hilfsdienstes. Die Hunde sollen die Gebäude nach möglicherweise übersehenen bzw. verschütteten Personen absuchen. Auch sie haben ihr Erfolgserlebnis: Kurze Zeit nachdem sie mit tiefer Nase ihre Arbeit aufgenommen haben, werden noch einige „Opfer“ aus den Häusern getragen.

## Lob aus kompetentem Mund

Zahlreiche fachkompetente Übungsbeobachter haben sich eingefunden. Unter ihnen auch Ministerialrat Friedrich Wilhelm Witthaus vom Innenministerium NRW sowie Oberstarzt Dr. Heinz Knoche vom Wehrbereichskommando III. Es sei bemerkenswert, so Ministerialrat Witthaus, mit welcher Konsequenz die Malteser die Übungen durchführten. „Jedes Jahr finden eine oder zwei Großübungen statt, das hat man in anderen Bereichen selten.“ Witthaus ist von der Notwendigkeit solcher Übungen überzeugt, denn nicht immer reiche der professionelle Rettungsdienst aus. „Bei einem Unfall mit einer Vielzahl von Verletzten brauchen wir dringend Kräfte aus den Hilfsorganisationen. Damit aber im Ernstfall das Zusammenspiel klappt, sind solche Übungen unerlässlich.“

Dr. Knoche lobt den gutdurchdachten Übungsablauf. „Es war eine Ausbildungsübung, d. h. es wird schon während der Übung aus Fehlern gelernt. Das war sehr gut angelegt.“ An keiner Stelle sei es zu einer für alle Beteiligten frustrierenden Überforderung gekommen. „Man kann Einsatzkräfte vor unmögliche Situationen stellen, das war hier nicht der Fall. Das Szenario kam der Realität sehr nahe und die Helfer waren in allen Bereichen voll gefordert“, resümiert der Oberstarzt. -güse-

# Arbeitssicherheit im Rettungsdienst

Arbeitssicherheit und Unfallverhütung sind wichtige Themen in unserer Arbeitswelt. Der Autor befaßt sich im folgenden Beitrag mit den einschlägigen Gesetzen und Vorschriften dieser beiden Bereiche, erläutert ihre Anwendung im Rettungsdienst und gibt Tips für die Praxis.

## 1. Wer ist für Arbeitssicherheit zuständig?

Verantwortlich in zivil- und strafrechtlicher Sicht ist prinzipiell jeder, durch dessen Handeln oder Unterlassen ein Sach- oder Personenschaden eintritt.

### Arbeitgeber/Unternehmer

Verantwortlicher für die Unfallverhütung im Betrieb ist der Unterneh-

mer oder der Leiter einer Behörde. Er ist verpflichtet, alles zu tun, um Arbeitnehmer zu schützen und Unfällen vorzubeugen. Hierzu gehören auch ständige Kontrollen. Aber auch ein Beauftragter, ein betrieblich Vorgesetzter trägt Verantwortung für die ihm zugeteilten Arbeitsbereiche. Dieses führt so weit, daß auch ein Mitarbeiter im Rettungsdienst gegenüber einem Neuling (Azubi) die Verantwortung für dessen Sicherheit trägt.

Hier greifende Rechtsvorschriften sind:

### Gewerbeordnung (§120 a)/ Bürgerliches Gesetzbuch (§ 618)

- Einrichtung und Unterhaltung von Räumen, Betriebsvorrichtungen, Maschinen, Gerätschaften.
- Regelung des Arbeitsablaufes mit Schutz vor Gefahren für Leben und Gesundheit.

### Arbeitsstättenverordnung

- Verpflichtung des Arbeitgebers, Arbeitsstätten entsprechend zu planen, einzurichten, zu unterhalten.

### Gerätesicherheitsgesetz/MedGV

- Verpflichtung des Unternehmers, ausschließlich unfallsichere Gerätschaften, Maschinen und geschultes Personal einzusetzen.

### Betriebsverfassungsgesetz (§§ 80, 87, 89)

- Aufgabe des Betriebsrates zur Überwachung der zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze, Verordnungen und Unfallverhütungsvorschriften.
- Verpflichtung des Unternehmers, den Betriebsrat in Fragen der Unfallverhütung einzubeziehen.



Der Arbeitssicherheit im Rettungsdienst – hier eine Demonstration – kommt entscheidende Bedeutung zu.

– Mitbestimmung des Betriebsrates in der Unfallverhütung.

### **Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG §§ 2, 5)**

– Verpflichtung des Unternehmers zur Bestellung von Betriebsärzten, Sicherheitsingenieuren und anderen Fachkräften für Arbeitssicherheit. Fachkräfte für Arbeitssicherheit sind sachverständige Berater, die dem Unternehmer zur Seite stehen. Sie haben keine Weisungsbefugnis und nehmen dem Unternehmer auch nicht die Verantwortung für die Durchführung der Unfallverhütung ab. Deshalb soll auch keine Pflichtenübertragung auf sie erfolgen. Das gleiche gilt für Betriebsärzte.

### **Reichsversicherungsordnung (RVO § 719)**

– Einsatz von Sicherheitsbeauftragten. Sicherheitsbeauftragte haben keine Pflichten wie der Unternehmer. Sie sind Mitarbeiter im Betrieb und sollen im täglichen Arbeitsablauf die Durchführung des Unfallschutzes unterstützen, indem sie als Mittler zwischen Mitarbeiter und Unternehmer auftreten, Anregungen geben und Mitarbeiter motivieren.

## **2. Die Berufsgenossenschaften**

Berufsgenossenschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie verwalten sich selbst, und sie führen die ihnen vom Gesetz übertragenen Aufgaben in eigener Verantwortung unter staatlicher Aufsicht durch. Sie sind fachlich nach Gewerbebranchen gegliedert. Länder und Gemeinden haben eigene „Berufsgenossenschaften“, die Gemeinde-Unfallversicherungen.

Berufsgenossenschaften sind die Träger der Unfallversicherung, die gesetzlich durch die Reichsversicherungsordnung geregelt ist. Jeder in einem Arbeits-, Dienst- oder Ausbildungsverhältnis Stehender ist hier gegen die Folgen von Arbeitsunfällen, Wegeunfällen und Berufskrankheiten versichert, da jeder Unternehmer kraft Gesetzes Mitglied in einer Berufsgenossenschaft ist.

Die drei großen Aufgabengebiete sind:

1. Verhütung von Arbeitsunfällen.
2. Leistung zur Rehabilitation der Unfallverletzten.

3. Entschädigung durch Geldleistungen.

## **3. Die Unfallverhütungsvorschriften (UVV)**

Die Berufsgenossenschaften sind durch Gesetz verpflichtet, mit allen geeigneten Mitteln für die Verhütung von Arbeitsunfällen und für wirksame Erste Hilfe zu sorgen (§ 545 RVO). Dazu gehören Unfallverhütungsvorschriften. Sie sind aus Unfallereignissen entstanden und enthalten verbindliche Regeln darüber, welche Maßnahmen die Unternehmer zur Unfallverhütung zu treffen haben und wie die Versicherten sich selbst zur Vermeidung von Unfällen zu verhalten haben (§ 708 RVO). Sie werden in Fachausschüssen erarbeitet. Unfallverhütungsvorschriften sind autonome Rechtsnormen und für Unternehmer und Versicherte verbindlich und haben haftungsbegründete Wirkung.

### **Pflichten des Unternehmers**

Die Pflichten des Unternehmers wurden eingangs im Hinblick auf die allgemeinen Rechtsvorschriften bereits erwähnt. Die UVV treffen hier nochmals detaillierte Aussagen über die Durchführung der Unfallverhütung im Betrieb und über die zur Verfügung zu stellende Schutzausrüstung.

### **Pflichten der Versicherten**

Versicherte haben alle der Arbeitssicherheit dienenden Maßnahmen zu unterstützen und entsprechende Weisungen zu befolgen. Persönliche Schutzausrüstung ist zu benutzen. Mängel müssen unverzüglich beseitigt oder angezeigt werden. Insbesondere dürfen keine Tätigkeiten ausgeübt werden, die die eigene oder fremde Gesundheit schädigen oder gefährden könnten. Diese Pflichten ergeben sich nicht nur aus den UVV, sondern sind ebenfalls schon im BGB und StGB sowie in der GewO verankert (Haftung, Schädigung anderer usw.)

### **Rechtsfolgen bei Pflichtverletzung**

Unternehmer und Versicherte können zur Verantwortung gezogen werden. Die Rechtsfolgen können sich von Bußgeldern bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung erstrecken.

Denkbar sind:

- zivilrechtliche Ansprüche (z.B. Haftung bei Sachschaden/Personenschaden, Regreß),
- strafrechtliche Folgen (z.B. Fahrlässige Tötung/Körperverletzung, Sachbeschädigung),
- Ordnungswidrigkeiten (z.B. Geldbuße bei Verstoß gegen UVV),
- arbeitsrechtliche Folgen (z.B. Entlassung bei fortgesetzten Verstößen gegen UVV).

## **4. Anwendung im Bereich Rettungsdienst**

Zuständige Unfallversicherung für den Rettungsdienst ist die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege. Durch eine Ausnahmeregelung ist das Deutsche Rote Kreuz jedoch bei der Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung versichert. Zuständig für private Krankentransportunternehmen ist aufgrund des fehlenden Berufsbildes die Berufsgenossenschaft für Kraftfahrzeughaltung (Tätigkeit ist Mietwagenverkehr)!

Bisher gibt es keine speziellen UVV für den Rettungsdienst, wie z.B. für die Feuerwehren. Unfallverhütungsvorschriften sollen, wie schon erwähnt, Erfahrungen aus bisherigen Unfallereignissen wiedergeben und weitere Schäden verhindern. Zur Entstehung einer neuen UVV ist dementsprechend ein spezieller Tätigkeitsbereich Voraussetzung. Aus der Sicht der Rettungsdienstmitarbeiter ist das sicherlich der Fall, jedoch finden sich alle nötigen Regeln auch in Vorschriften über Tätigkeiten anderer Berufszweige. Schon allein die UVV Allgemeine Vorschriften macht ausreichende Aussagen über praktische Unfallverhütung. In der UVV Gesundheitsdienst ist der Rettungsdienst ausdrücklich mit erwähnt. Weitere Vorschriften artverwandter Berufszweige lassen sich bei vorhandener Übersicht leicht hinzuziehen. Es wird derzeit dennoch über die Schaffung einer eigenen UVV für den Rettungsdienst nachgedacht.

Es folgen auszugsweise die wichtigsten relevanten Vorschriften:

### **UVV Allgemeine Vorschriften**

*Pflichten des Unternehmers:*

- Geeignete Einrichtungen, Anordnungen, Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen treffen.

- Persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung stellen, wenn mit Gesundheitsgefährdung zu rechnen ist.
- Geltende UVV auslegen.
- Förderung der Mitwirkung der Versicherten.
- Bestellung und Unterstützung von Sicherheitsbeauftragten.

#### *Pflichten der Versicherten:*

- Befolgung der Weisungen des Unternehmers, Benutzung persönlicher Schutzausrüstung.
- Bestimmungsgemäße Verwendung von Einrichtungen.
- Beseitigung oder Meldung von Mängeln.

Weitere Vorschriften über Arbeitsplatz und Verkehrswege, Arbeitsbeschränkungen und Sicherheitshinweise:

#### **UVV Gesundheitsdienst**

- Gem. § 1 Abs. 2 auch gültig für Unternehmen, die Rettungs- und Krankentransport ausführen.
- Beschäftigungsvoraussetzung muß gegeben sein.
- Schulung in Bedienung medizinischer Geräte.
- Arbeitsmedizinische Vorsorge- und Folgeuntersuchung.
- Immunisierung anbieten.
- Händereinigung und -desinfektion ermöglichen.
- Schutzkleidung vorhalten.
- Hygieneplan aufstellen.
- Reinigung von Geräten durchführen.
- Abfallentsorgung organisieren.
- Verbot des Tragens von Schmuck.

#### **UVV Fahrzeuge**

- Ausrüstung mit Warnkleidung für die Besatzung.
- Vorschrift über Wartung und Instandhaltung.

#### **UVV Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit**

- Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit.

Neben diesen UVV gelten die zu den Bereichen analogen Gesetze und Verordnungen, z.B. die für diesen Berufszweig erstellte MedGV sowie alle allgemein anerkannten Regeln der Technik. Es muß weiterhin eindring-

lich auf die mit den möglichen Folgen über den UVV stehenden straf- und zivilrechtlichen Regelungen hingewiesen werden.

## **5. Forderungen für die Arbeitssicherheit in der Praxis**

### **Fachkräfte für Arbeitssicherheit/Sicherheitsbeauftragte**

Je nach Größe eines Unternehmens müssen eigene oder von Fremdfirmen gestellte Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zur Verfügung stehen. Mit diesen und den zu benennenden Sicherheitsbeauftragten ist ein ständiger Informationsaustausch erforderlich.

### **Ärztliche Untersuchungen und Immunisierung**

Im Rettungsdienst tätig darf nur derjenige werden, der dazu körperlich und geistig in der Lage ist. Eine Einstellungsuntersuchung ist selbstverständlich. Danach hat eine arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung in Absprache mit dem Betriebsarzt alle 12 bis 36 Monate zu erfolgen (Gelegentliche Einwirkung von Krankheitserregern, siehe UVV Gesundheitsdienst). Der Unternehmer ist verpflichtet, die Beschäftigten über in Frage kommende Immunisierungen zu unterrichten, diese in Absprache mit dem Arzt kostenlos anzubieten. Die Hepatitis-B-Immunisierung wird für im Rettungsdienst Tätige als notwendig erachtet.

### **Fortbildungen**

Informationen des Personals sollen die Mitwirkung und Aktivitäten zum sicherheitsgerechten Arbeiten fördern. Die regelmäßig vorgeschriebenen Fortbildungen können hierfür hervorragend mitgenutzt werden. Eine Sensibilisierung des Einsatzpersonals gegenüber besonderen Einsatzgefahren unter Berücksichtigung der Gefahrenpotentiale der möglichen Einsatzorte (z.B. chemische Industrie, Labore, Baustellen etc.) und deutliche Hinweise auf die eigenen Grenzen und die Hilfestellung von Fachdiensten (Feuerwehr) muß erfolgen.

### **Tragen von Schmuck**

In Arbeitsbereichen mit erhöhter Infektionsgefährdung dürfen an Hän-

den und Unterarmen keine Schmuckstücke, Uhren und Eheringe getragen werden. In der Regel trifft dies auf Krankentransport- und normale Rettungsdienstseinsätze nicht zu. Jedoch ist auch hier eine plötzliche Infektionsgefahr nie auszuschließen. Auch können scharfkantige Schmuckstücke Einmalhandschuhe einreißen oder Patienten verletzen, so daß das Tragen zu untersagen ist.

### **Persönliche Schutzausrüstung**

Im Ausnahmefall, d.h. unter extremen Einsatzbedingungen, muß entsprechende Schutzausrüstung zur Verfügung stehen. Hierbei ist nicht der alltägliche Einsatz maßgebend, sondern die mögliche Gefährdung durch die vorhandenen Zustände der Unfallereignisse. Bei der Ausstattung darf die Sicherheit nicht aus Kostengründen vernachlässigt werden.

#### *- Schutzhandschuhe*

Schutzhandschuhe als Infektionsschutz zum Einmalgebrauch und geeignete Lederhandschuhe für mögliche Rettungsarbeiten müssen zur Verfügung stehen.

#### *- Schutzkleidung*

Warnkleidung muß für Tätigkeiten im Straßenverkehr vorgehalten werden. Zu begrüßen ist die Ausrüstung der Anoraks mit Reflexstreifen nach DIN.

Sonstige Schutzkleidung (Weißzeug) muß in ausreichender Stückzahl, in Abhängigkeit von Verschmutzung und Reinigungszeit, gestellt werden (mindestens zwei Satz je Woche). Sie muß die Vorderseite des Rumpfes bedecken, desinfizierbar sein, mindestens der Brennklasse S-e entsprechen und darf elektrostatische Aufladungen nicht begünstigen. Offen getragene Kittel, Trachten und Uniformen erfüllen im allgemeinen die Anforderungen an Schutzkleidung nicht. Wetterschutzkleidung, Pullover und gefütterte Jacken gehören selbstverständlich zur Ausrüstung für kaltes und schlechtes Wetter.

#### *- Schutzschuhe*

Schutzschuhe sollen die Füße gegen äußere schädigende Einwirkungen schützen. Der Einsatz von Schutzschuhen richtet sich nach dem Grad der Gefährdung. Diese ist zwar der Art nach bekannt, unbe-

kannt ist jedoch, wann sie auftritt. Deshalb sind Schutzschuhe immer dann zu tragen, wenn eine Gefährdung nicht ausgeschlossen werden kann.

Worin besteht nun die Gefährdung im Rettungsdienst? Es beginnt bereits beim Halt im Schuhwerk. Turnschuhe sind als nicht geeignet zu bezeichnen, die Umknickgefahr ist sehr hoch. Eine stabile und beständige Sohle ist zu fordern. Einsatz bei Nässe ist nicht auszuschließen. Mit Fußverletzungen durch Stoßen, Einklemmen, um- oder herabfallende Gegenstände ist zu rechnen. Hinzu kommt der mögliche Einsatz auf Baustellen und bei Verkehrsunfällen mit der Gefahr des Eintretens spitzer Gegenstände. Dies erhebt die Forderung eines Schutzes mit ölbenzinbeständiger Sohle, Stahlkappe, nässebeständig, Knöchelpolsterung und Energieaufnahme im Fersebereich. Bis hierher entspricht diese Forderung dem Schutzschuh DIN 4843 S2 in vielseitig angebotener Ausführung in Weiß. Eine durchtrittsichere Einlage fehlt und ist bei diesem Schuh nicht zulässig. Erst der „Bauschuh“ S3 erfüllt die Forderung, wird aber nicht in Weiß angeboten. Alle Anforderungen erfüllt der Feuerwehr-Sicherheitsstiefel S9, dieser ist wiederum nur in Schwarz erhältlich und als Stiefelform für den Rettungsdienst nicht zwingend erforderlich. So bleibt eine Empfehlung in diesem Stadium stecken und liegt in der Verantwortung der Unternehmer unter Berücksichtigung des jeweiligen Einsatzbereiches. Dieses bedeutet ggf. auch das Bereitstellen von Winterstiefeln.

#### – *Schutzhelm*

Bei allen Arbeiten und Tätigkeiten, bei denen durch Anstoßen und herabfallende Gegenstände Kopfverletzungen auftreten können, sind Schutzhelme zu tragen. Damit wäre schon eine Helmtragepflicht bei der Fahrt in Rettungsfahrzeugen herzuweisen. Denn fast alle Unfälle der Rettungsfahrzeuge im Einsatz sind Seitenaufpralle, mit einem äußerst hohen Risiko schwerer Kopfverletzungen durch Dach- oder Türholmverformungen. Die möglichen Bewegungen, Fahren in Fahrzeugen und Arbeiten mit geneigtem Kopf, führen zum Schluß, daß „Bauhelme“ ohne Kinnriemen ungeeignet sind. Außerdem sind diese in vielen Fahrzeugen als Alibi mitgeführten Helme nach DIN 4840 als Thermoplasthelme fünf

Jahre nach Herstellungsdatum aufgrund Alterung auszutauschen. Einzig geeignet ist der Feuerwehrhelm nach DIN 14940 aus Aluminium oder Duroplast.

Dieser gewährleistet einen festen Sitz, Beschädigungen sind leicht zu erkennen, der Helm ist dann auszutauschen. Für alle Einsatzkräfte des Rettungsdienstes müssen solche Helme vorhanden sein, um den Kopfschutz auf Baustellen und sonstigen Unglücksstellen sicherzustellen. Eine Helmtragepflicht bei Sonderrechtsfahrten ist zu empfehlen, um einen Kopfschutz bei den mit Sonderrechten häufigen Seitenaufprallunfällen zu geben. Dieses wird allerdings kontrovers diskutiert.

## 6. Ergänzung für den ehrenamtlichen Bereich

Alle Ausführungen sind auch auf den ehrenamtlichen Bereich übertragbar. Jeder in Hilfsorganisationen Tätige ist nach der Reichsversicherungsordnung (RVO) bei Einsätzen, Übungen und sonstigen Tätigkeiten im Rahmen der Hilfeleistungsorganisationen versichert. Als „Berufsgenossenschaft“ ist hier für das DRK die Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung in Wilhelmshaven, für die anderen Hilfsorganisationen sind die Länder oder Gemeindeunfallversicherungen zuständig. Bei der Anwendung der UVV könnte man sich am Begriff Unternehmer und am oft erscheinenden Charakter eines Arbeitsverhältnisses stören. Aber mit welcher Begründung sollen denn nun Ehrenamtliche weniger geschützt werden als Hauptamtliche?

Am einfachsten fällt hier die Begründung zur Geltung aller Vorschriften, wenn man sich die strafrechtliche Bedeutung und zivilrechtliche Haftung bei grobem Verschulden deutlich macht. Wer als ehrenamtliche Führungskraft mit entsprechendem Kenntnisstand bewußt Arbeitsschutzbestimmungen außer acht läßt, kann durchaus verantwortlich gemacht werden. Aber auch Unkenntnis schützt nicht, da entsprechende Beratungen und Schulungen angeboten werden. Schwerer wiegt jedoch die seelische Belastung beim Mitverschulden körperlicher Schäden anderer durch Mißachtung von Schutzmaßnahmen.

Fast völlig unbekannt ist außerdem die Tatsache, daß auch Privatpersonen, die bei Unglücksfällen, gemeiner

Gefahr oder Not Hilfe leisten (Verkehrsunfall, Unterstützung eines Polizeibeamten, Festhalten eines Einbrechers), ebenfalls Versicherungsschutz kraft Gesetz erhalten.

#### Hinweis auf wichtige Vorschriften/ Nachschlagewerke:

- Arbeitsstättenrichtlinien (Regelwerke RW 2, Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, Postfach 170202, 4600 Dortmund 17).
- Unfallverhütungsvorschriften / Regeln der Berufsgenossenschaften, Gemeindeunfallversicherungen, Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung.
- AVV-BAfU Allgemeine Verwaltungsvorschrift.
- BAfU Richtlinien über die Bestellung von Betriebsärzten, Sicherheitsingenieuren und anderen Fachkräften für Arbeitssicherheit in bezeichneten Unternehmen und im DRK.
- ZH1 Verzeichnis der Schriften der Berufsgenossenschaften.
- UvV allg. Vorschriften (GUV 0.1).
- UvV Gesundheitsdienst (GUV 8.1).
- UvV Erste-Hilfe (GUV 0.3).
- UvV Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (GUV 0.5).
- UvV Feuerwehren (GUV 7.13).
- UvV Fahrzeuge (GUV 5.1).
- UvV Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz (GUV 0.7).
- Merkblatt über die gesetzliche Unfallversicherung (GUV 20.1 und 20.1.3)
- Merkblatt arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchung im Gesundheitsdienst (GUV 28.10).
- Merkblatt AIDS (GUV 28.14).
- Merkblatt Aktive Immunisierung gegen Hepatitis B (GUV 28.8).
- Merkblatt Ampullenöffnen ohne Schmerz (GUV 28.9).
- Merkblatt Warnkleidung (GUV 25.1).
- Schutzhelm-Merkblatt (GUV 20.15).
- Schutzschuh-Merkblatt (GUV 20.16).
- Schutzkleidungs-Merkblatt (GUV 20.19).
- Sicherheitsregeln für das Einsammeln, Befördern und Lagern von Abfällen in Einrichtungen des Gesundheitsdienstes (GUV 18.6).
- Sicherheitsregeln zur Vermeidung von Brand- und Explosionsgefahren durch alkoholische Desinfektionsmittel (GUV 19.13).
- Sicherheitsregeln für Büro-Arbeitsplätze (GUV 17.7).
- Sicherheitsregeln für Bildschirm-Arbeitsplätze im Bürobereich (GUV 17.8).
- Bildschirm-Arbeitsplätze – Merkheft – (GUV 23.3).
- Sicherheitsregeln für die Ausrüstung von Arbeitsstätten mit Feuerlöschern (GUV 10.10).
- Richtlinien für kraftbetätigte Fenster, Türen und Tore (GUV 16.10).

Außerdem arbeitsmedizinische Vorschriften, allgemein anerkannte Regeln der Technik (DIN, VDE etc.) und weitere sicherheitstechnische Aspekte mit der allgemeinen Formulierung: „Dem derzeitigen Stand der Technik entsprechend.“

Anmerkung: Durch Harmonisierung innerhalb des EU Binnenmarktes und durch Schaffung neuer EU Richtlinien ergeben sich innerhalb der nächsten Jahre einige Änderungen, insbesondere in der Normung.

# Beispielhafte Kooperation

## Werkfeuerwehr und „Freiwillige“ ziehen an einem Strang

Wenn es um die Sicherheit der Menschen am bayerischen Untermain geht, ziehen die 79 Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Miltenberg und die Werkfeuerwehr der Obernburger Chemiefaserfabrik AKZO Nobel an einem Strang: Ein Beleg für die vorbildliche Zusammenarbeit ist die von der Stadt Erlenbach, der Marktgemeinde Elsenfeld und dem Unternehmen gemeinsam praktizierte Nutzung einer neuen Drehleiter (DLK 23/12).

Bei der Übergabe des Geräts hob Erlenbachs Bürgermeister Dieter Schütte besonders das Engagement von Kreisbrandrat Karlheinz Brunner hervor. Er habe sich maßgeblich für die Realisierung des Gemeinschaftswerks eingesetzt. Dank ging auch an die AKZO Nobel, in deren Obernburger Werk die neue Drehleiter untergestellt und gewartet wird. Die Zusammenarbeit zwischen Kommune und dem Werk kommentierte Schütte mit den Worten: „Das ist beispiel-

haft und sollte anderen Gemeinden als Anregung dienen.“

AKZO Nobel ist ein weltweit tätiger Konzern mit Niederlassungen in mehr als 50 Ländern. Die Gesellschaft mit Sitz im niederländischen Arnheim nahm 1924 die Produktion in Obernburg auf. Mit inzwischen 4300 Beschäftigten hat sich das Werk zum größten Arbeitgeber in der Region Bayerischer Untermain entwickelt. Der Chemiefaserhersteller produziert in Obernburg jährlich rund 100.000 Tonnen chemischer Fäden. Das Werk deckt beispielsweise fast zwei Drittel des Bedarfs der gesamten deutschen Reifenindustrie ab – sieben von zehn Gürtelreifen auf Deutschlands Straßen haben eine in Obernburg erzeugte Gewebeeinlage.

### Großes Gefahrenpotential

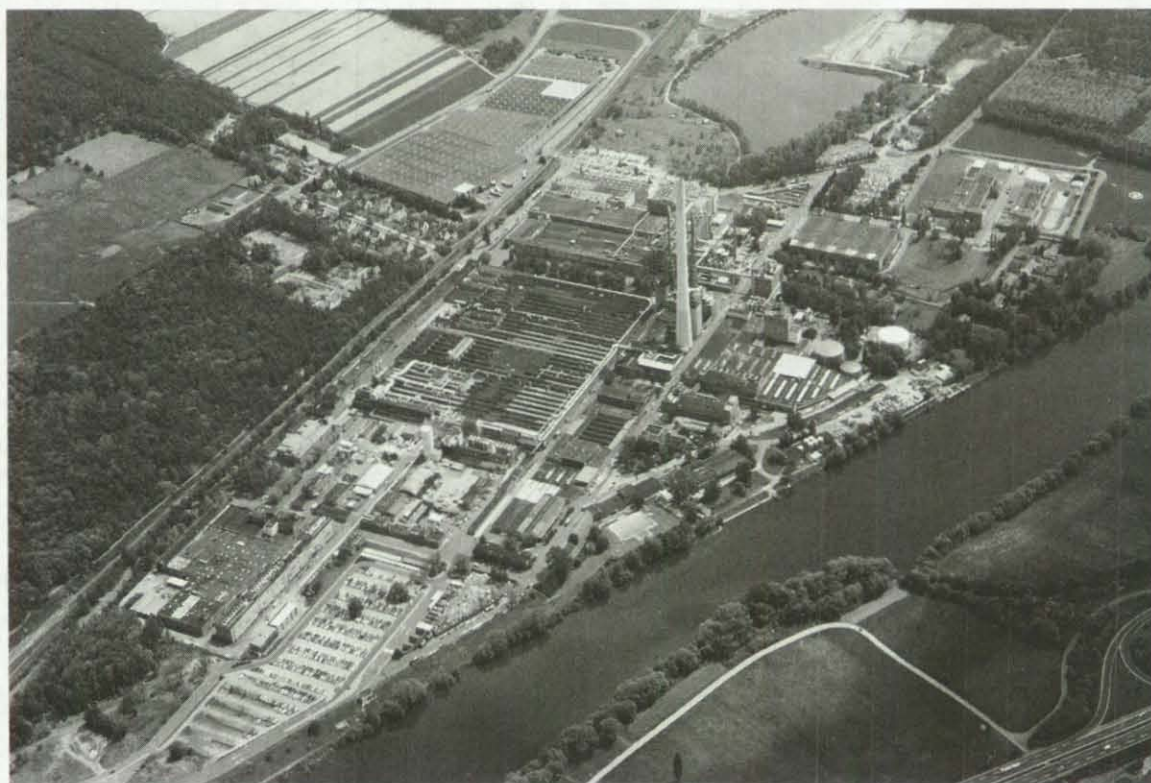
Der größte Arbeitgeber in der Region stellt nach Einschätzung von

Brandexperten gleichzeitig auch das größte Gefahrenpotential dar, werden im Obernburger Werk doch so brisante Stoffe wie Säuren, Laugen oder Schwefelkohlenstoff verarbeitet. Zwei der Produktionsbetriebe fallen deshalb unter die Störfallverordnung. In einer dieser Anlagen wird die Zellulosefaser Rayon produziert, in der anderen entstehen die synthetischen Fasern Nylon und Diolen.

Die Faser Rayon wird aus dem natürlichen Rohstoff Zellstoff hergestellt und mit Hilfe von Natronlauge und Schwefelkohlenstoff zu einer spinnfähigen Lösung verarbeitet. Petrochemische Rohstoffe bilden dagegen die Basis für die Produktion von Nylon (Polyamid) und Diolen (Polyester). Die so gewonnene Schmelze wird ohne weitere chemische Umwandlung versponnen.

Die Mitarbeiter arbeiten im Werk Obernburg mit einer Reihe von Stoffen, die unter die Störfallverordnung fallen: Methanol beispielsweise ist eine giftige und leicht entzündbare

Das Werk Obernburg: Größter Arbeitgeber am Untermain.



Flüssigkeit, während Testbenzin Fahrzeugkraftstoff ähnelt. Ammoniak ist ein giftiges und stark ätzendes, dafür aber kaum entzündbares Gas.

Auch Schwefelkohlenstoff gehört zu den brisanten Substanzen, die in Obernburg verwendet werden. Die giftige, leicht flüchtige und leicht entzündbare Flüssigkeit bildet Dämpfe, die gemeinsam mit Luft zu explosionsfähigen Gemischen führen. Wenn Schwefelkohlenstoff verbrennt, entsteht Schwefeldioxid. Dieses giftige Gas mit stechendem Geruch kann Schleimhautverätzungen verursachen.

Die besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitsexperten gilt deshalb dem Schwefelkohlenstofflager, das gegen äußere Einwirkungen geschützt in der Erde liegt. Der über der Flüssigkeit stehende Raum ist mit Stickstoff gefüllt, um Brände und Explosionen zu verhindern. Weniger Kopfzerbrechen bereitet dagegen der Schwefelwasserstoff, der bei der Herstellung von Rayon als Nebenprodukt entsteht und für den hierbei typischen Geruch verantwortlich ist. Er ist zwar unangenehm, aber in der in Obernburg im Abgas vorhandenen Konzentration – und selbst bei einem Störfall – ungefährlich.

Ein Schwelbrand von Nylon wiederum kann zur Freisetzung von Blausäuren führen, was übrigens selbst bei natürlichen Textilien wie Wolle oder Seide der Fall ist. In hohen Konzentrationen führt Blausäure zu Atemlähmungen.

## Vorbeugen ist besser als heilen

Nach der Devise „Vorbeugen ist besser als heilen“ hat das Unternehmen für sein Obernburger Werk umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Um es gar nicht erst zum Ernstfall kommen zu lassen, werden bereits bei der Planung industrieller Anlagen mögliche Gefahren untersucht – hier insbesondere die Reaktion der zusammenwirkenden Stoffe sowie ihr Brand- und Explosionsverhalten.

Im Genehmigungsverfahren sind dann die Experten vom Landesamt für Umweltschutz, vom Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz, vom Wasserwirtschaftsamt, der Gewerbeaufsicht, der Berufsgenossenschaft und des TÜV am Zuge. Von ihnen werden alle Sicherheitsvorkehrungen unter die Lupe genommen.



Übung mit der neuen Leiter: Der „Verletzte“ wird auf die Trage gebettet ...

Auch wenn die Anlagen in Betrieb sind, werden sie laufend überwacht. Dafür stehen regelmäßige betriebsinterne Kontrollen unter Beteiligung des Sicherheitsingenieurs auf dem Programm. Um die Anlagen optimal überwachen und steuern zu können, werden immer mehr Computer – sogenannte Prozeßleitsysteme – einge-

setzt. Sie ermöglichen es den Mitarbeitern, sich mit einem Blick über Temperaturen, Druckverhältnisse oder Ventilstellungen zu informieren und im Notfall unverzüglich entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Für die beiden Produktionsbetriebe, die unter die Störfallverordnung

... und, am Korb der Leiter befestigt, zum Erdboden befördert.





fallen, wurden umfangreiche Sicherheitsanalysen erstellt: Sowohl für den Rayon- als auch für den Synthesebetrieb liegen detaillierte Beschreibungen des Gefahrenpotentials und der Sicherheitsmaßnahmen vor. Auch diese Analysen wurden von den Fachbehörden geprüft.

Im Falle eines Falles zählt Schnelligkeit: Damit Brände möglichst frühzeitig erkannt werden, gibt es im Obernburger Werk neben den üblichen Druckknopf-Feuermeldern 3200 automatische Brandmelder. Um den Flammen umgehend zu Leibe rücken zu können, sind die Produktionsanlagen mit stationären Löscheinrichtungen ausgestattet, die mit Pulver, Kohlendioxid oder Wasser betrieben werden. Für den Ersteinsatz sind außerdem die 2600 Handfeuerlöcher gedacht.

Damit allein jedoch wäre es im Brand- oder Katastrophenfall nicht getan. Die Firma unterhält deshalb in ihrem Obernburger Werk eine Feuerwehr mit 19 hauptamtlichen Kräften. Insgesamt zählt die Werkfeuerwehr 159 Mann. Sie sind neben der üblichen Ausbildung zusätzlich auf die für das Unternehmen spezifischen Gefahren vorbereitet.

Dennoch geht der Blick des Kommandanten der Werkfeuerwehr, Norbert Friedl, über die Fabrikture hinaus. „Wir sehen unsere Aufgabe nicht nur innerhalb des Werks“, betont Friedl. So steht die Werkwehr den Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Miltenberg bei Einsätzen zur Verstärkung zur Verfügung.

Damit die Zusammenarbeit in solchen Fällen reibungslos klappt, gibt es regelmäßig gemeinsame Übungen mit den Kollegen aus den Landkreismunicipalitäten. Vier- bis fünfmal jährlich kommen nach Angaben Friedls zudem die Führungskräfte der benachbarten Wehren ins Obernburger Werk, um kritische Punkte in Augenschein zu nehmen oder auch vergangene Einsätze zu besprechen.

Im Rahmen der Brandschutzwoche absolvierten die Werk-Wehrmänner gemeinsam mit der Kreisbrandinspektion und vier Feuerwehren aus dem Landkreis Miltenberg eine Großübung. Der Einsatzplan ging von einer Brandstiftung im Werk aus. Eine besondere Schwierigkeit stellte dabei die Höhe der Hallen und deren enorme Raumtiefe dar: Ein normales Strahlrohr konnte bei diesen Dimensionen nichts ausrichten. Erfolgreich waren schließlich die Wasserwerfer der Werkfeuerwehr sowie der Obernburger und der Wörther Wehr.



Kreisbrandrat Karlheinz Brunner im Gespräch mit Sicherheitsingenieur Walter Breitenbach.

### „Zusammenarbeit weiter ausbauen“

Trotz solcher Hand-in-Hand-Aktionen wünscht sich Friedl mehr Gemeinschaftsübungen mit den benachbarten Wehren. Die seit drei Jahren intensivierte Zusammenarbeit mit den Kollegen im Landkreis sollte nach seiner Meinung weiter ausgebaut werden. Voll des Lobes ist der Leiter der Werkfeuerwehr über die Kooperation mit der Kreisbrandinspektion.

Die bereits 1927 gegründete Werkfeuerwehr mit seinerzeit ausschließlich ehrenamtlichen Kräften wurde 1960 in eine hauptamtliche Wehr umgewandelt. Alle Mitglieder haben einen Handwerksberuf erlernt. Die Ausbildung seiner Männer liegt Friedl besonders am Herzen: Neben Lehrgängen an den Staatlichen Feuerweherschulen Würzburg und Regensburg werden alle zwei Jahre Erste-Hilfe-Lehrgänge (mit Herz-Lungen-Wiederbelebung) besucht. In der Praxis können sich die Wehrleute beim örtlichen Rettungsdienst bewähren: Geboten werden Fortbildungsmöglichkeiten bei Einsatzfahrten im Rettungswagen.

Die hauptamtlichen Feuerwehrmänner absolvieren Grundausbildungslehrgänge bei der Berufsfeuerwehr Offenbach oder bei der Werkfeuerwehr Merck in Darmstadt. Friedl hat bei der Frankfurter Berufsfeuerwehr einen dreimonatigen Oberbrandmeisterlehrgang abgeschlossen.

Weiter gibt es Standortschulungen im Werk, an denen auch die kommu-

nalen Wehren teilnehmen können. Dies gilt besonders auch für die Atemschutzausbildung, nennt die Firma doch die einzige Atemschutzübungstrecke im Landkreis Miltenberg ihr eigen. Pro Jahr üben dort zwischen 500 und 1000 Wehrmänner aus dem gesamten Kreis.

Von der ebenfalls auf dem Werksgelände stationierten Atemschutzwerkstatt profitieren sämtliche Wehren des nördlichen Kreises Miltenberg. Hier werden deren Geräte überprüft, kleinere Reparaturen ausgeführt, die Flaschen befüllt sowie die Schutzmasken gereinigt, desinfiziert und überprüft.

Das Einsatzspektrum der Werkfeuerwehr reicht vom vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz über Hilfeleistungen aller Art, sei es die Beseitigung einer Ölspur oder das Leerpumpen überschwemmter Räume bis zur Bereitschaft in der Alarmzentrale. Bei Unfällen im Werk ist es die Aufgabe der Feuerwehr, Verletzte zu retten und zum betriebsärztlichen Dienst oder ins Krankenhaus zu transportieren. Für ihre Arbeit steht der Werkwehr ein umfangreicher Fahrzeugpark zur Verfügung. Dazu zählen ein Trocken-Tanklöschfahrzeug (TRO-TLF 32/20-15+3000), eine Drehleiter mit Korb (DLK 23/12), ein Tanklöschfahrzeug L/TLF 16/25, ein Einsatzleitwagen (ELW), ein Krankentransportwagen (KTW), ein CO<sub>2</sub>-Löschfahrzeug (CO<sub>2</sub>-LF), ein Schlauchwagen (SW 1000) und ein Gerätewagen-Gefahrgut (GW-G).

### Über 800 Alarme im Jahr

In der Zentrale der Werkfeuerwache sind im vergangenen Jahr 842 Alarme eingegangen. Davon entstanden 24 durch Brandeinwirkung, 135mal wurden technische Hilfeleistungen erbeten, in 375 Fällen waren Krankentransporte erforderlich. Fehlalarme durch Meldeanlagen wurden 308mal registriert.

Der letzte, größere Störfall bei AKZO Nobel liegt immerhin 35 Jahre zurück. Sicherheitsingenieur Walter Breitenbach erinnert an eine Explosion in der Diphylanlage, die sich 1959 ereignete. Diphyl ist ein Stoff zur Übertragung von Wärme. Bei den sehr hohen Temperaturen, bis zu 320 Grad Celsius, brennt Diphyl sehr leicht. Nach dem Explosionsunglück wurden die vorhandenen Sicherheitseinrichtungen weiter ausgebaut: Die Rohrleitungssysteme sind mit



Schaumeinsatz bei der Störfallübung im Werk.

Schnellschlußeinrichtungen versehen, die aus der Ferne abgeschaltet werden können. Außerdem wird die Dichtheit der Diphylanlage durch Nut- und Feder-Flanschverbindungen aller Rohrleitungen garantiert.

Zur Zusammenarbeit mit den Nachbarwehren bei möglichen Störfällen im Werk verweist der Sicherheitsingenieur auf die rechtlichen Vorschriften: Danach hat auch bei Einsätzen innerhalb des Unternehmens der Kreisbrandrat das Sagen. In der Praxis jedoch, so Breitenbach, übernehmen der Kreisbrandrat und der Kommandant der Werkfeuerwehr gemeinsam die Leitung.

„Unsere Werkfeuerwehr hat die Ortskenntnis und verfügt über die bessere Ausrüstung und Ausbildung. Aber wir brauchen im Ernstfall mehr Feuerwehrleute“, ist der Sicherheitsingenieur überzeugt. Bei Bränden müsse der Löschangriff deshalb immer von der werkseigenen Wehr übernommen werden, während von den Nachbarwehren zugearbeitet werde.

Eignet sich ein Gefahrgut-unfall außerhalb des Werkes, so ist der Gerätewagen „Gefahrgut“ gefordert. Das 1991 für rund 400.000 Mark angeschaffte Spezialfahrzeug kann beispielsweise in mobilen Behältern gefährliche Flüssigkeiten aufnehmen. Der Gefahrgut-Gerätewagen wird auf Anforderung der Polizei in Gang gesetzt.

Bei dessen Inbetriebnahme äußerte sich Landrat Roland Schwing befriedigt darüber, daß nun auch im

nördlichen Teil des Kreises ein Fahrzeug zur Verfügung stehe, das zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren hinzugezogen werden könne. Schwing lobte die „hervorragende Zusammenarbeit“ mit der Werkfeuerwehr.

Praktisches Beispiel: Sowohl im Werk als auch außerhalb üben Werkfeuerwehr und Freiwillige gemeinsam mit dem Gefahrgut-Fahrzeug. Ein Test dieser Art wurde beispielsweise in Kooperation mit der Deutschen Bahn AG an einem Kesselwagen durchgeführt.

Externe Einsätze der Werkfeuerwehr erfolgen auch im Rahmen des „TUIS“. Dieses „Transport-Unfall-Informationen- und Hilfeleistungs-System“ wurde von der chemischen Industrie mit dem Ziel gegründet, bei Gefahrgutunfällen rasche und vor allem sachkundige Hilfe zu leisten.

Rundum zufrieden mit der Zusammenarbeit zwischen der Werkfeuerwehr und den Freiwilligen Feuerwehren ist Kreisbrandrat Karlheinz Brunner. Ausgezeichnet sei die Kooperation, lobt Brunner, und auch auf der Führungsebene gebe es keine Probleme. Außerdem verweist er darauf, daß die Ausstattung der Werkwehr kompatibel mit derjenigen der örtlichen Feuerwehren ist. Die Kommandanten im Kreis, so Brunner weiter, kennen das Gerätepotential der Werkfeuerwehr genau und können einzelne Geräte mit Besatzung anfordern.

Angesichts der mehr als 800 werksinternen Alarme allein im ver-

gangenen Jahr gibt es für den Kreisbrandrat an der Bedeutung der Werkfeuerwehr nichts zu rütteln: „Eine Freiwillige Feuerwehr müßte mehrmals täglich ins Werk ausrücken und wäre damit hoffnungslos überfordert.“

Brunner betont, daß es sich bei der Zusammenarbeit über die Firmentore hinaus um eine Hilfe auf Gegenseitigkeit handele. Bei Störfällen könne die Firma auf Unterstützung von außen setzen, andererseits würden die Nachbargemeinden von dem Unternehmen, das mit Einsatzgeräten und hauptamtlichen Wehrmännern einspringe, profitieren. Die Einsatz- und Alarmpläne der Werkfeuerwehr werden auch den örtlichen Wehren zur Verfügung gestellt. Drei bis viermal pro Jahr rückt die werkseigene Wehr zu externen Einsätzen aus.

Im vergangenen Jahr wurde im Landkreis Miltenberg ein Arbeitskreis aus der Taufe gehoben, dem die Kommandanten der 79 Freiwilligen Feuerwehren und fünf Werkfeuerwehren angehören (neben der AKZO-Wehr gibt es Werkfeuerwehren noch in Amorbach, in Klingenberg, in Miltenberg und in Bürgstadt). Aufgabe dieses Arbeitskreises laut Kreisbrandrat Brunner: „Problemfälle besprechen, Informationen austauschen und so voneinander profitieren.“

## Partnerschaftliches Miteinander

Lobesworte kommen auch von Regierungsrat Walter Herberth, Abteilungsleiter im Landratsamt Miltenberg, unter anderem für den Brand- und Katastrophenschutz und damit auch für die Freiwilligen Feuerwehren und Werkfeuerwehren zuständig. Die Zusammenarbeit zwischen seiner Behörde und der AKZO-Wehr sei gut, der „kurze Dienstweg“ habe zu einem partnerschaftlichen Miteinander geführt.

Die Bedeutung der rund um die Uhr einsatzbereiten und im Katastrophenschutzplan eingebundenen Werkfeuerwehr liegt für Regierungsrat Herberth auf der Hand: Der jetzt gemeinsam von Kommunen und Unternehmen bewerkstelligte Kauf der 850.000 Mark teuren Drehleiter beweise einmal mehr, wie wichtig die Kooperation für den Brand- und Katastrophenschutz im Landkreis Miltenberg sei. rha

# Jetzt wird's heiß

## Neue Feuerlösch-Übungsanlage in Aachen

Feuerwehrlaute werden immer mehr zu Theoretikern. Es fehlt an Ausbildungsmöglichkeiten, weil viele praktische Übungen aus Umweltschutzgründen nicht mehr durchgeführt werden dürfen. Insbesondere „heiße Übungen“ und die Anwendung von Sonderlöschmitteln sind kaum noch möglich. Deshalb erhielt die Feuerwehr Aachen jetzt eine in Europa einmalige Feuerlösch-Übungsanlage. Damit sind realistische Übungen in der Brandbekämpfung uneingeschränkt möglich.

Jeder Feuerwehrmann und jede Feuerwehrfrau weiß Bescheid: Vor dem Öffnen einer Tür beim Brandeinsatz wird zuerst die Temperatur gefühlt. Eine heiße Tür ist ein Hinweis auf einen heftigen oder schon länger andauernden Brand dahinter. Doch bei der unvollkommenen Verbrennung durch Sauerstoffmangel bleibt die Tür meist normal temperiert. Beim Öffnen wird dann der Sauerstoff mit unglaublicher Kraft angesogen, schlagartig kommt es zur Stichflamme in Richtung Sauerstoff, Flash-Over genannt. Hier schützt nur die richtige Hockposition den Angriffstrupp. Jeder sollte sie sicher beherrschen.

Doch meist bleibt es pure Theorie. Generationen von Feuerwehrlauten hockten bei Übungen vor kalten Türen, wohlwissend, daß keine Stichflamme zu erwarten war. Dabei kommt der intensive Brand in einer Wohnung häufig vor. Für den Feuerwehrangehörigen ist diese Brandbekämpfung eine physische und psychische Herausforderung. Die Auseinandersetzung mit der Hitze und der eigenen Angst muß gelernt sein.

Die praktische Ausbildung in der Brandbekämpfung wird auch heute fast noch so durchgeführt wie zum Beginn des Jahrhunderts. Es werden Stroh und Holzpaletten in einem Feuerwehr-Übungshaus oder einem ver-



Das Brandhaus mit der neuen Technik. An der Außenwand des Gebäudes sind die notwendigen Geräte und Steuerungselemente montiert.

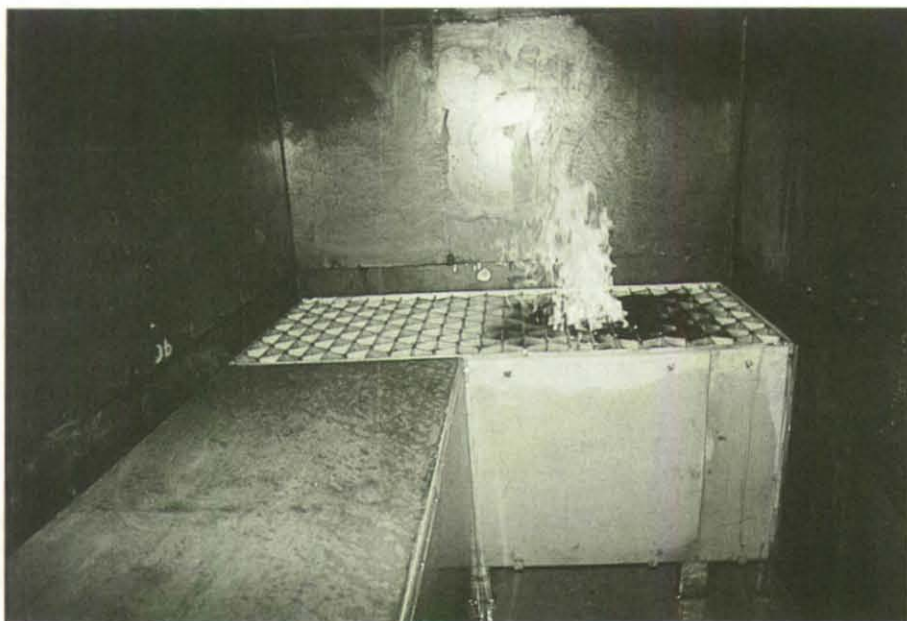
lassenene Gebäude in Brand gesteckt. Folge: Die Ausbilder haben so gut wie keine Kontrolle darüber, was geschehen wird. Eine solche Form der Ausbildung kann für die Teilnehmer gefährlich werden. Gleichzeitig kann eine erhebliche Rauch-Immission kaum verhindert werden. Umweltminister Prof. Klaus Töpfer erklärte auf eine Anfrage des Deutschen Feuerwehrverbandes, daß er die Forderung nach praktischen Übungsmöglichkeiten für die Feuerwehren einseht. Sie müßten jedoch nach modernen Umweltschutz-Gesichtspunkten durchgeführt werden.

### Moderne Ausbildungsmethoden

Mit modernen Ausbildungsmethoden läßt sich die Schulung gezielter, sicherer und umweltfreundlicher durchführen. Eine in Europa einmalige Feuerlösch-Übungsanlage nahm die Feuerwehr Aachen jetzt in Be-

trieb. Sie baute die erste Anlage, die mit Propangas betrieben und computerüberwacht wird. Die neue Anlage ist mit verschiedenen Gasbrennern bestückt. So kann der Brand gezielt vor der Übung „eingeschaltet“ werden, eine Vorbrennzeit ist nicht erforderlich. Nach dem Ende der Übung wird das Gas abgeschaltet und die Flammen verlöschen schlagartig. So wird erstmals eine Notauschaltung erreicht. Sowohl Umweltschutz als auch Sicherheit sind somit bei dieser Anlage gewährleistet.

Solche Brandsimulationssysteme sind in den USA längst schon üblich. Von dort haben die Aachener Feuerwehr und die Hersteller diese Idee übernommen. Bei der Anlage handelt es sich um ein normales Brandhaus. Außergewöhnlich ist der rund 50 Quadratmeter große Innenraum, der wie eine kleine Wohnung aufgeteilt ist. Es gibt einen Flur, eine Küche und einen Wohn-Schlaf-Raum. Die „Möblierung“ ist sehr grob. Anstelle normaler Möbel werden der Küchen-



Der Gasbrenner in der Küche läuft auf kleiner Stufe. Hinter der Metall-Verkleidung verbirgt sich die umfangreiche Gas- und Meßtechnik.

herd und ein Doppelbett durch entsprechend große Metallgestelle mit eingebauten Gasbrennern dargestellt. Das hat verschiedene Vorteile: Zum einen können vorhandene

Übungsanlagen mit der Ausstattung nachgerüstet werden. Außerdem lassen sich auch andere Umgebungen, wie Lagerhallen oder Büros, nachbauen.



Dieses Metallgestell soll ein Doppelbett darstellen. Die Flammen können durch ein Computerprogramm größer oder kleiner gestellt werden.

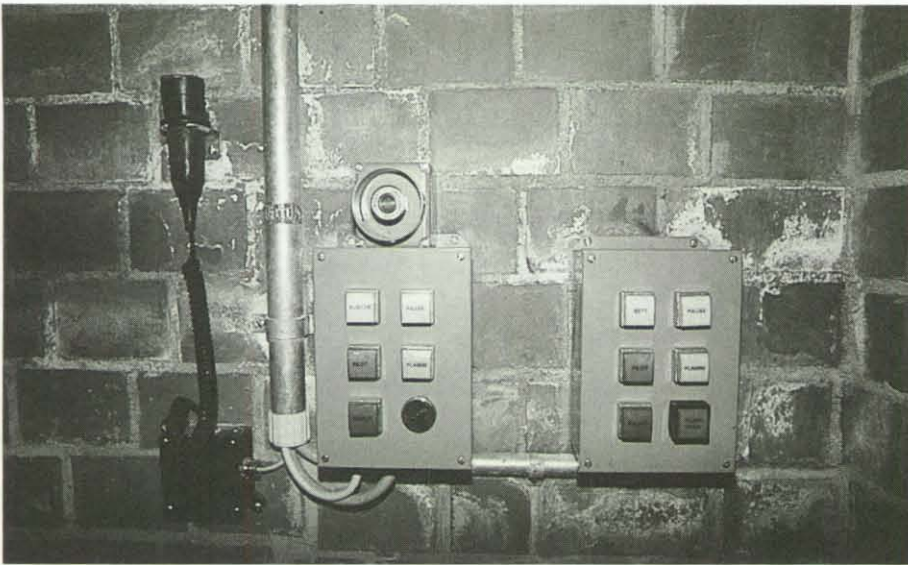
## Die Feuerlösch-Übungsanlage

Überall im Übungsraum befinden sich Temperaturmeßflächen, die ihre Werte ständig an einen Überwachungscomputer weitergeben. So wird verhindert, daß die Temperatur im Bodenbereich über 200° C steigt. An der Decke dürfen es nicht mehr als 650° C sein. Bei der Überschreitung der Grenzwerte stellt der Computer die Anlage ab. Damit Gas nicht unkontrolliert ausströmen kann, bleibt der Zündfunke ständig an. Außerdem gibt es Gasmeßgeräte. Sie lösen bei freierwerdendem Gas eine Notabschaltung der Anlage und einen Lüfter aus. Eine solche Technik hat ihren Preis: Die Anlage auf der Wache 3 der BF Aachen kostete rund eine Million Mark. Diese Summe kann nicht jede Gemeinde für das Training ihrer Feuerwehrleute ausgeben. Das ist auch gar nicht notwendig: „Eine Anlage wie diese reicht für den gesamten Regierungsbezirk völlig aus“, sagt Feuerwehrchef Dr.-Ing. Hans-Dieter Nüßler.

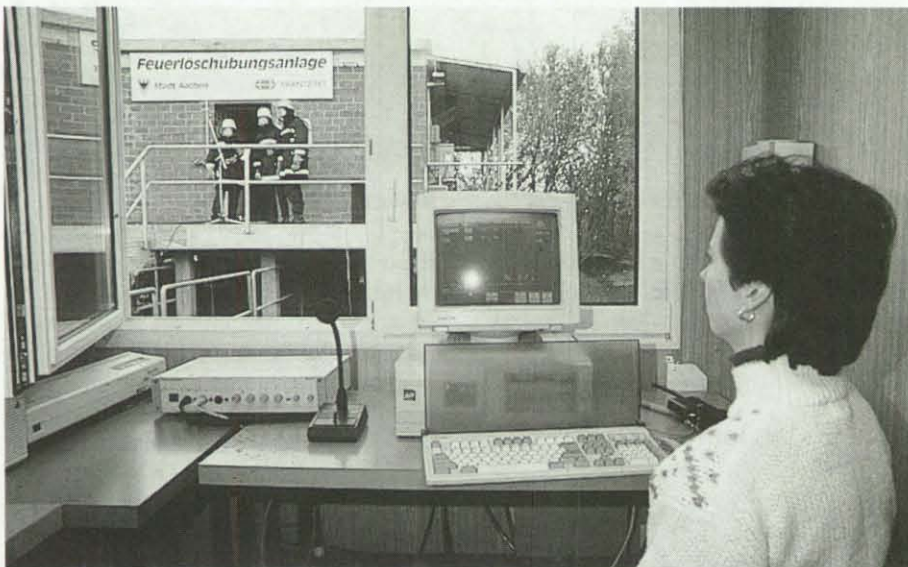
Entsprechend können sich andere Feuerwehren in Aachen für Kurse anmelden. Einen halben oder einen ganzen Tag können die Übungen dauern. Die Gemeinden zahlen für ihre Feuerwehr einen bestimmten Betrag an die Stadt Aachen, der auch die Kosten für den Übungsleiter enthält. Klar, daß die Stadt Aachen nicht die Ausbildungskosten für fremde Feuerwehren trägt. Doch für die ist mieten immer noch preiswerter als selber bauen.

## Die Trainingsmöglichkeiten

Erstmals kann jetzt das richtige taktische Vorgehen unter immer wiederholbaren Bedingungen geübt werden – solange bis es ohne Fehler funktioniert. Gerade bei Anwärtern, egal ob der Berufs- oder der Freiwilligen Feuerwehr, wird so das Unfallrisiko drastisch kleiner. Bisher konnten solche Erfahrungen nur im Ernstfall gemacht werden. Dadurch passierten eine Reihe vermeidbarer Unglücke bei Einsätzen. „Die Anlage ist sehr effektiv“, sagt Brandrat Georg Schmidt, der für die Ausbildung zuständig ist. Er schildert erste Erfahrungen: „Etwa fünf bis sechs Minuten dauert eine Übung pro Trupp. Dadurch erreichen wir eine hohe Ausbildungskapazität.“ Der Ausbilder geht



Die Stichflamme wird vom Ausbilder von Hand ausgelöst. Das Bedientableau befindet sich im Korridor in Kriechhöhe.



Der Überwachungscomputer steuert die Anlage. Vom Bürocontainer des Übungsleiters besteht Sicht- und Sprachverbindung zum Brandhaus.



Auf dem Bildschirm wird der gesamte Zustand der Anlage ständig angezeigt.

selbst unter Atemschutz mit in die Anlage. Wenn der Trupp die Tür vom Flur zum Wohnraum aufmacht, kann der Ausbilder über einen Handschalter an der Wand eine Stichflamme auslösen. Durch einen Gasstrahler unter der Decke des Wohnraumes wird die mehrere Meter lange Gasflamme etwa sieben Sekunden lang gehalten. Verhält sich der Trupp falsch, löst der Begleiter die Flamme erst gar nicht aus.

Außerdem läßt sich die Strecke durch das Verdampfen von umweltfreundlichem Öl verrauchen, so daß auch das Arbeiten unter diesen Bedingungen geübt werden kann. In der Anlage wird außerdem mit Wasser gearbeitet. Der Computer registriert das direkte Ablöschen der Gasflamme als Löscherfolg sowie das Abkühlen und Wässern der unmittelbaren Brandumgebung nach einer vor-eingestellten Zeit. Genauso kommt es bei nicht korrektem Einsatz von Löschmitteln zur Rückzündung.

Für das Üben ist der Computer unverzichtbar. Alle Funktionen werden hier vorher eingestellt. So ist es möglich, daß vom Beginn der Übung an die Gasflammen kontinuierlich größer werden – wie im echten Leben: Je später der Angriffstrupp zum Brandherd vorstößt, um so größer der Brand.

## Transportables Kleinsystem

Auf dem gleichen Prinzip beruht ein sogenannter „Fire-Trainer“. Mit diesem gasbetriebenen transportablen Brenner kann der Einsatz von Kleinlöschgeräten geübt werden. Bei Verwendung von Wasser oder Ersatzmitteln wird eine Löschübung ohne Umweltbelastung möglich. Die bisher üblichen Wannen mit Kraftstoff und der unvermeidbaren Rauchwolke sind nicht mehr nötig. Durch Zusatzausrüstung kann der Ausbilder mit dem transportable Trainer Brände der Klassen A, B und C simulieren.

## Mecklenburg-Vorpommern

### Rostock

Die BVS-Informations- und Beratungsstelle Rostock erhält personelle Verstärkung. Nach einer erfolgreichen Werbeaktion konnten am 17. August die ersten Helfer anwärter begrüßt werden. Antonius Zimmermann, der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständige Vertreter des BVS in Rostock, betonte, daß der BVS ohne die Unterstützung und Mitarbeit ehrenamtlicher Helfer seinen Auftrag nicht erfüllen könne.

\*

„Hilfe ist eine Verpflichtung, der wir uns zunehmend zu stellen haben.“ Unter die-



Innenminister Rudi Geil bei der Eröffnung der Ausstellung in Rostock.

sem Motto eröffnete der Innenminister von Mecklen-

burg-Vorpommern, Rudi Geil, die Ausstellung „Wir helfen

gemeinsam“ im Rathaus der Hansestadt Rostock.

Gefahrenabwehr sei zwar Sache des Staates, aber ohne den ehrenamtlichen und freiwilligen Dienst sei diese nicht funktionsfähig und daher unvollständig. „Wir brauchen Menschen, die sich in den Dienst des Nächsten stellen und bereit sind, dafür auch Konsequenzen zu tragen“, betonte der Minister.

Mit dieser Ausstellung wollte man einerseits aufzeigen, daß ehrenamtliche Helfer im Katastrophenschutz notwendig sind, andererseits wollte man aber auch die vielfältigen Möglichkeiten aufzeigen, die dem einzelnen geboten werden, seinen Fähigkeiten entsprechend gemeinnützigen Dienst zu leisten.

## Information aus erster Hand



In der ersten Hälfte 1994 trafen sich die Helfervertreterin Else Grosch (Rheinland-Pfalz) und der Bundeshelfervertreter des BVS, Jürgen Grabke (l.v.r.), im Bundesinnenministerium mit Staatssekretär Prof. Dr. Schelter (2.v.r.) und Ministerialdirektor Dr. Kass zu einem Gespräch über grundsätzliche Probleme und die zukünftigen Tätigkeiten des BVS sowie die Aufgaben der Ehrenamtlichen.

## Nordrhein-Westfalen

### Dortmund

Stadtrat Dr. Wolfgang Kerneneweg und Abteilungsleiter Klaus Schäfer wurden für gute Zusammenarbeit vom BVS



Freude über die Ehrung (v. links): Dipl.-Ing. Schäfer, BVS-Außenstellenleiter Eykmann und Stadtrat Dr. Kenneweg.

geehrt. Im Dortmunder Rathaus überreichte ihnen der Leiter der BVS-Außenstelle Nordrhein-Westfalen, Peter Eykmann, Urkunden und Plaketten.

In seiner Laudatio betonte Eykmann, daß sich Dr. Kenneweg als zuständiger Dezernent im besonderen Maße für den Verband und seine Tätigkeit in Dortmund eingesetzt habe. Als Ausschußvorsitzender für Brandschutz und Zivilschutz der Dezernentenkonferenz NRW engagierte er sich in den Diskussionen um die künftige Struktur des Zivilschutzes für

die Interessen des Selbstschutzes.

Dipl.-Ing. Klaus Schäfer unterstützte die Tätigkeit des BVS durch enge Zusammenarbeit im organisatorischen Bereich. Im Zuge der Neustrukturierung des Verbandes wurde die BVS-Dienststelle Dortmund aufgelöst. Schäfer reagierte sofort und stellte Räume für die Weiterarbeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter zur Verfügung. Dadurch ist es auch möglich, weiterhin mobile Ausbildungseinrichtungen des BVS in Dortmund zu stationieren. In Zusammenarbeit

mit dem BVS entwickelte er neue Modelle der integrierten Ausbildung. Hier arbeiten Feuerwehr und BVS bei der Ausbildung im Brandschutz eng zusammen.

Nachdrücklich bedankte sich Eykmann für das Engagement im Bereich des Zivil- und Selbstschutzes. Die Hilfe zur Selbsthilfe in der Bevölkerung zu unterstützen, sei ein zutiefst humanitärer Gedanke. Die veränderte politische Lage in Europa mache eine Neustrukturierung des Zivil- und Selbstschutzes notwendig, betonte Eykmann.

Wichtig sei aber, Bewährtes nicht einfach abzuschaffen, sondern den veränderten Bedingungen anzupassen.

### Arnsberg

Offiziere und Unteroffiziere des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V., Kreisgruppe Unna und Arnsberg, informierten sich über den Bevölkerungsschutz. Während einer Tagung im Schloß Körtlinghausen galt der Neukonzeption des Zivilschutzes großes Interesse.

Die Mandatsträger der verschiedenen Reservistenkameradschaften erlangten einen Überblick über den derzeitigen Stand des Zivilschutzes. Bei den praktischen Demonstrationen im Übungsgelände wurden bereits vorhandene Kenntnisse vertieft.

Solche Veranstaltungen, die auch der Helferwerbung dienen, sollen laut Aussage des Kreisorganisationsleiters aus Unna, Dieter Wiedemann, im zweiten Halbjahr erneut angeboten werden.

## Hessen

### Schwalmstadt

Die BVS-Ehrenmedaille für gute Zusammenarbeit erhielt der scheidende Bürgermeister von Schwalmstadt, Gerd-Friedrich Huck. Für die außerordentlich gute und konstruktive Zusammenarbeit dankte der BVS-Berater für Öffentlichkeitsarbeit, Karl Hatalla.

Während Hucks Amtszeit wurden zahlreiche BVS-Veranstaltungen durchgeführt, die dazu beitrugen, den Gedanken der Selbst- und Nachbarschaftshilfe im öffentlichen Bewußtsein zu verankern. Der BVS führte beispielsweise regelmäßig an den Schulen in Schwalmstadt Lehrgänge durch. Außerdem haben zahlreiche BVS-Ausstellungen und Sicherheitsparcours die Bürger für die Belange des Selbstschutzes sensibilisiert. Ohne die tatkräftige Unterstützung durch Bürgermeister Huck, betonte Karl Hatalla, sei die Durchsetzung des Selbstschutz-Gedankens nicht möglich gewesen.



Die Teilnehmer der Informationstagung im Schloß Körtlinghausen stellen sich dem Fotografen. (Foto: Placzek)



Ehrung in Schwalmstadt: Bürgermeister Huck (rechts) und BVS-Mitarbeiter Hatalla.

Hamburg



## Staatssekretär Prof. Dr. Schelter besuchte das THW

**Hamburg.** Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Prof. Dr. Kurt Schelter, besuchte kürzlich das THW Hamburg, um sich vor Ort über die Situation zu informieren. Prof. Dr. Schelter nutzte die Gelegenheit, mit ehren- und hauptamtlichen Führungskräften über aktuelle Probleme bei der anstehenden Umstrukturierung des THW zu sprechen.

Nach einem kurzen Besuch der Landesverbandsdienststelle besichtigte der Staatssekretär in Begleitung des THW-Landesbeauftragten Trautvetter, des Landessprechers Bernd Balzer und ehrenamtlicher Führungskräfte an Bord

der Senatsbarkasse „Hafen Hamburg“ Hochwasser-schutzanlagen im Hamburger Hafen. Leitender Polizeidirektor Bernd Stelter, in der Behörde für Inneres zuständig für den Katastrophenschutz, erläuterte dem Staatssekretär das Gewicht des THW Hamburg in der Gefahrenabwehr, insbesondere der Deichverteidigung. A. K.

## „Tag der offenen Tür“

**Hamburg.** Der THW-Betriebsverband Hamburg-Altona hatte im September Grund zum Feiern: Die Jugendgruppe konnte auf ihr 20jähriges Bestehen zurückblicken. Verbunden mit diesem Jubiläum wurde ein „Tag der offenen Tür“ veranstaltet. Unter der Schirmherrschaft des Bezirksamtsleiters von Hamburg-Altona zeigte das THW die gesamte Palette seiner Ausrüstung.



Immer wieder faszinierend: Der Einsatz der Sauerstoffpflanze.

(Foto: Krüger)

Vertreten waren auch die Suchhundegruppe des DRK und die Feuerwehr. Den ganzen Tag informierte sich eine große Anzahl von Zuschauern über die Aktivitäten des THW. Die örtliche Presse war ebenfalls zahlreich vertreten. A. K.

## THW bei Kongreß

**Hamburg.** Zum dritten Mal war das THW Hamburg mit einem Ausstellungsstand auf dem Internationalen Kongreß Leitungsbau im Hamburger Congress-Centrum vertreten. Ganz aktuell wurde als Thema des Ausstellungsstandes „Hilfe für Ruanda“ gewählt. An vier Tagen konnten viele Besucher begrüßt werden. Die Standbesetzung wurde durch ehrenamtliche Helfer des Betriebsverbandes Hamburg-Mitte übernommen. Besonders viele junge Leute ließen sich über die Aufgaben des THW informieren und zeigten großes Interesse an den humanitären Aufgaben im Ausland. Auch die örtliche Presse informierte über die Auslandseinsätze. A. K.

## Gelungene Einsatzübung

**Hamburg.** Am 17. September 1994 wurden die Helfer des THW-Bergungszuges 26/40, Betriebsverband Hamburg-Bergedorf, mit einer nicht alltäglichen Übungssituation konfrontiert. Wegen zahlreicher Sturmschäden wurde der



Staatssekretär Prof. Dr. Schelter (Mitte) im Gespräch mit den THW-Führungskräften

(Foto: Krüger)



Bergungszug von der Feuerwehrinsatzzentrale Hamburg zur Unterstützung angefordert.

Zu den Übungsaufgaben gehörte u. a. das Aufspüren und Retten einer Person in einer Schule, die, wie sich später herausstellte, „verletzt“ auf dem Turnhallendach lag. Keine leichte Aufgabe, die Person von der 15 Meter hohen Halle, eingebunden in die Bergungswanne, an Leinen herabzulassen. Zuvor mußte noch von einer anderen Gruppe der Einsatzort weiträumig ausgeleuchtet werden.

Bei einer weiteren Personensuche und -rettung in einem durch einen Brand verqualmten Übungshaus mußten die Helfer unter Atemschutz arbeiten. Die starke Sichtbeeinträchtigung wurde hierbei durch das Zukleben der Sichtfenster der Atemschutzmasken simuliert; einfach, aber wirkungsvoll. Am selben Übungshaus hatte eine andere Gruppe zuvor eine Seilbahn zum Personentransport errichtet.

Nach dem Einsatzende bekundeten die Helfer, nicht nur eine Menge gelernt zu haben, sondern auch Freude über die gelungene Abwechslung durch die spannende Übung.

SAT

Bremen



## DRK-Gast auf THW-Besuch

**Bremen.** Besuch von einem Mitglied des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes bekam der Bremer Ortsverband Schwachhausen-Horn. Volker Kröning, ehemaliger Finanz- und Innensenator der Hansestadt, schaute vorbei, um sich das neugebaute Unterkunftsgebäude anzusehen und um mit den Führungskräften des THW-Landesverbandes zu reden.

Im Mittelpunkt stand die von der Bundesregierung be-

absichtigte Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes. THW-Führungskräfte aus dem kleinsten Bundesland stellten vor allem die drohende Reduzierung der Zahl der Landes- und Ortsverbände dar und betonten den Wert ihrer Arbeit für die Sicherheit der Bevölkerung.

Zur Neuordnung des Zivilschutzes erklärte Kröning, der stark in humanitären Fragen engagiert ist: „Strukturveränderung darf nicht heißen, Helfer auf die Straße zu schicken. Zusammen mit einer Bundeswehrreform ist eine Reform der Friedensdienste überfällig.“

P. L.

## Ruanda-Hilfe über Airport Bremen

**Bremen.** Nicht schlecht staunten Besucher des Bremer Flughafens im August. Gleich zweimal war auf den Anzeigetafeln das ungewöhnliche Ziel „Goma“ zu lesen. Goma/Zaire: Das Ziel zweier Flüge, die Helfer des THW und anderer Organisationen von der Hansestadt auf den schwarzen Kontinent brachten. Die Aufgabe der „Reisenden“: Hilfe für die Flüchtlinge aus Ruanda.

Nicht ohne Grund war die Hansestadt für den Abflug der Einsatzteams ausgewählt worden: Die Vorbereitung der Ruanda-Helfer fand in der THW-Bundesschule Hoya statt. Der Weg zum Bremer Flughafen ist nah. So entwickelte sich der Airport der Weser-Metropole zu einer Drehscheibe für die humanitäre Auslandshilfe. Insgesamt 60 Helfer des THW und 22 Mitarbeiter weiterer Organisationen gingen von Bremen aus in die Luft, um in Zaire gegen die Not zu kämpfen.

P. L.

## Zurück aus Goma

**Bremen.** Die Strapazen der Flüchtlingshilfe waren ihnen anzusehen: Fünf Wochen Not und Elend hatten Rasmus Oltmann und Oliver Jachens hinter sich, als sie jetzt wieder in



Oliver Jachens (links) und Rasmus Oltmann (Mitte) werden vom THW-Landesbeauftragten Günther Hildebrandt begrüßt. (Foto: Lohmann)

Bremen eintrafen. Nach der Begrüßung durch THW-Landesbeauftragten Ing. Günther Hildebrandt gaben die beiden ehrenamtlichen Helfer des Ortsverbandes Bremerhaven gleich ihre Eindrücke aus den Flüchtlingslagern von Goma (Zaire) wieder.

Hier wirksame Hilfe zu leisten, sei nicht immer leicht gewesen, erzählen die beiden Helfer aus dem kleinsten Bundesland. Es gab keine freien Tage für die Einsatzmannschaft, die von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr damit beschäftigt war, aufbereitetes Trinkwasser an die Flüchtlinge aus Ruanda zu verteilen. Wenn sie könnten, würden die beiden Bremerhavener wieder sofort auf den schwarzen Kontinent fliegen. Oliver Jachens: „Wenn man den Menschen helfen

kann und man ihnen ansieht, wie sie sich über die Hilfe freuen, ist das sehr befriedigend.“

P. L.

## Übung des Bergungsdienstes

**Bremen.** Der Bergungsdienst des Bremer THW hatte einmal mehr die Gelegenheit, Vielseitigkeit und Einsatzbereitschaft zu demonstrieren. Am 22. Oktober fand auf einem Werksgelände in Bremen eine Übung statt. Rund 150 Helferinnen und Helfer aus den Ortsverbänden Bremen-Osterholz, -Hastedt und Neustadt sowie ein Team des Arbeiter-Samariter-Bundes befaßten sich mit der Schadensbekämpfung. Die folgende



Die Zusammenarbeit zwischen THW und ASB verläuft problemlos. (Foto: Kardel)

Lage war dabei Grundlage der Übung: „Durch eine schwere Explosion auf dem Werksgelände kam es zu starken Gebäudeschäden und einer großen Anzahl von Verletzten und Verschütteten.“

Das Drehbuch sah mehrere Einlagen vor. So mußten die THW-Helfer u. a. während der Übung brennende Öllachen ablöschen, gebrochene Gasleitungen abschiebern, Verletzendarsteller retten, Gebäudeteile durch Abstützen und Aussteifen sichern. Die Verletzendarsteller, vom Team der Realistischen Unfalldarstellung (RUD) des ASB geschminkt, riefen im Gebäude laut um Hilfe. Die THW-Helfer mußten erst ein Loch in die Holzdecke des Obergeschosses sägen, um an die „Verletzten“ heranzukommen. Die Bergungshelfer leisteten Erste Hilfe. Nachdem die „Verletzten“ aus dem Schadensobjekt gebracht waren, wurden sie dem ASB übergeben. Die Zusammenarbeit zwischen THW und ASB funktionierte gut.

Das THW setzte auch schweres Gerät ein. So mußte das Bergungsräumgerät Randtrümmer beseitigen und damit die Wege im Schadengebiet wieder befahrbar machen.

J. K.

## Niedersachsen



### Einsatz in Aserbaidschan beendet

**Hannover.** Mit der Rückkehr von Einsatzleiter Ralph Dunger am 23. August 1994 nach Hannover ging für das THW ein viermonatiger Einsatz in Aserbaidschan zu Ende. Im Auftrage der Europäischen Union waren über 60 ehrenamtliche THW-Helfer aus Niedersachsen, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein im Vierwochenrhythmus dort tätig. Für den Bau von acht Flüchtlingsdörfern für etwa



Die THW-Helfer überprüfen anhand des Bauplanes die ordnungsgemäße Ausführung der Bauarbeiten.



Baubesprechung im Schatten eines soeben erstellten Fertighauses im Flüchtlingsdorf Saatli. (Fotos: Bormann)

25000 Personen hatte das THW Niedersachsen seit April die Aufgabe übernommen, nach durchgeführten Vermessungsarbeiten die komplette Infrastruktur der Dörfer in Auftragsvergabe an einheimische Firmen nach dem Muster des in Hamburger Verantwortung gefertigten Dorfes Sabirabad I zu erstellen. Neben dem Bau von Zufahrts- und Dorfstraßen waren dies die Errichtung von Badehäusern, die Installation der Wasserversorgung einschließlich Entnahmestellen, die Dorfbeleuchtung, der Toilettenbau und das Aufschütten der Fundamente, auf die einfache Fertighäuser einer türkischen Firma gesetzt wurden.

Parallel zur zentralen Einsatzleitung in der Hauptstadt Baku wurden in den Flüchtlingszentren Sabirabad und Yevlax örtliche Einsatzleitungen eingerichtet, von denen aus jeweils vier Standorte be-

treut, beaufsichtigt und finanziert wurden. Hier nahmen ein oder zwei Helfer mit Hilfe von Dolmetschern die örtliche Bauaufsicht wahr. Ihre Arbeit gestaltete sich angesichts hoher Temperaturen sowie im Umgang mit den zuständigen Verwaltungsvertretern und den ausführenden Firmen nicht leicht. Mentalität, Ausstattung und Arbeitsweise der Einheimischen waren oft schwer mit deutschen Vorstellungen in Einklang zu bringen. Einhellig lobten alle Beteiligten die beeindruckende Gastfreundschaft.

Anfang Juli wurden in den Flüchtlingsdörfern Imishli und Saatli die ersten Fertighäuser – pro Dorf waren es 200 Doppelhäuser – errichtet. Mitte August schließlich waren termingerecht sämtliche Häuser bezugsfertig. Die Ansiedlung der zum Großteil in Schulen untergebrachten Flüchtlinge konnte rechtzeitig vor dem

im September beginnenden Schulunterricht anlaufen.

R. B.

### Einsatz nach Gewittersturm

**Northeim.** Am Montagmittag gegen 16.00 Uhr bricht ein Unwetter mit Blitz, Donner und Wolkenbrüchen los. Es dauert nicht lange, bis nahezu alle Feuerwehren des Landkreises im Einsatz sind: Bäume wurden geknickt, Straßen und Keller überflutet und Blitze hatten zwei Wohnhäuser in Brand gesetzt. Die Lage erreicht ihren Höhepunkt mit dem Notruf vom Northeimer Großen Freizeitsee: Der Gewittersturm hat einen Steg mit 30 Segeljollen vom Ufer gerissen, in mehrere Teile zerbrochen und treibt Boote wie Stegtrümmer auf der Wasseroberfläche vor sich her. Es ist noch unklar, ob sich noch Bootseigner auf ihren Jollen befinden.

Das THW Northeim wird mit seinen zwei Mehrzweckbooten zur Unterstützung der Feuerwehr angefordert. Kurze Zeit später sind die Northeimer THW-Helfer mit den Booten unter Leitung von Gruppenführer Olaf Freiherr Grote auf dem See. Gemeinsam mit Rettungstauchern der Feuerwehr nehmen sie die Segeljollen und Stegreste an den Haken und bringen sie ans sichere Ufer. Ein Kajütboot, welches kieloben treibt, können die Helfer wieder aufrichten und ans sichere Ufer schleppen. Der Einsatz der Northeimer Feuerwehrtaucher und des THW geht Hand in Hand. Gemeinsam können sie Werte von mehreren hunderttausend Mark retten. M. A.

### Ehrung für Günther Cyriacks

**Hannover.** Nachdem Ortsbeauftragter Günther Cyriacks 1993 nach über 40jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit vom Direktor des THW verabschiedet wurde, erhielt er am 22. September 1994 das Bundes-



THW-Direktor Henkel (rechts) wünscht Günther Cyriacks anlässlich dessen Verabschiedung einen stets behüteten Weg. (Foto: Graser)

verdienstkreuz. Günther Cyriacks trat bereits 1953 in das THW ein. Von 1963 bis 1968 war Cyriacks Bereitschaftsführer beim LSHD in Celle. 1972 wechselte er als Bereitschaftsführer nach Hannover. Hier erhielt er 1972 seine Beauftragung zum THW-Ortsbeauftragten.

Günther Cyriacks war zuletzt als Regierungsangestellter der Bezirksregierung Hannover für den Katastrophenschutz zuständig und hat damit den Katastrophenschutz zu seinem Lebenswerk gemacht.

P. G.

### Thüringen



## Neugründung und Ehrung

**Sondershausen.** Das THW hat seit dem 20. August nun auch einen Ortsverband in Sondershausen (Thüringen). Im Rahmen eines Festaktes wurde der neue Ortsverband offiziell gegründet. Dipl.-Ing. Hans-Albert Lossen, THW-Landesbeauftragter für Hessen und Thüringen, übergab dem frischgebackenen Ortsbeauftragten Harald Schneider vor zahlreichen Gästen die Gründungsurkunde.

Schon seit einiger Zeit sind die Helfer aktiv. Über 20 Freiwillige haben sich bereits gemeldet. Noch am Gründungstag kamen fünf weitere Helfer hinzu. Schneider hofft, daß der Ortsverband damit schnell einsatzbereit werden kann. Als Geburtstagsgeschenk hatte Landesbeauftragter Lossen das erste Fahrzeug des Ortsverbandes, einen Gerätekraftwagen, mitgebracht. Neben dem Gerätekraftwagen wird der Sondershäuser Ortsverband einen Mannschaftskraftwagen sowie ein Fahrzeug für einen Instandsetzungstrupp erhalten. Ende August bezog das Sondershäuser THW auch bereits seine Unterkunft.



Mit den THW-Helfern freuen sich viele Bürger über den neuen Steg.

(Foto: Klump)

Im Rahmen der Neugründung erhielt Georg Albert aus der Hand des THW-Landesbeauftragten Lossen das THW-Ehrenzeichen in Gold. Albert, früherer THW-Geschäftsführer für den Bereich Homberg/Kassel, erhielt das Ehrenzeichen für seine Verdienste um das THW.

Im Juli 1992 übernahm der 69jährige Albert kommissarisch die Aufgaben des THW-Geschäftsführers für Thüringen. Während dieser Zeit setzte er sich für die Gründung von neuen Ortsverbände ein.

BMS

tional sehr viel Anerkennung findet. Durch das aufbereitete Trinkwasser seien unzählige Menschen vor Siechtum und Tod bewahrt worden. Als Ausdruck der Anerkennung übergab Minister Zuber Urkunden und Medaillen an die Helfer Andreas Schulz (Ahrweiler), René Kuche (Bad Kreuznach), Wolfgang Annen (Hermeskeil), Dietmar Wolf (Mainz), Hans-Joachim Jeckel, Anton Lukoschek und Herbert Rupp (alle Worms).

Dr. G.

### Baden-Württemberg



### Rheinland-Pfalz



## Dank an THW-Helfer

**Mainz.** Der Minister des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Walter Zuber, gab zu Ehren der ersten sieben Helfer des Ruanda-Einsatzes einen Empfang. In seiner Ansprache dankte der Minister den Helfern für ihr Engagement. Er hob hervor, daß dieser Einsatz einmal mehr bewiesen habe, daß auf das THW Verlaß ist, wann immer Not am Mann ist. Minister Zuber unterstrich, daß der Einsatz für Ruanda national und interna-

## Eine reife Leistung

**Tuttlingen.** Am Samstag, 10. September 1994, war es soweit: Die gut halbjährlichen Arbeiten zur Erstellung eines sicheren, stabilen Übergangs über den Krähenbach in der Nähe des Möhringer Stausees waren vollendet. Der THW-Ortsverband Tuttlingen hatte über 500 Arbeitsstunden für den stabilen Steg aufgewendet. In einer kleinen Feierstunde wurde nun von Ortsvorsteher Michael Seiberlich in Anwesenheit der Helfer des THW-Ortsverbandes Tuttlingen der Steg seiner Bestimmung übergeben.

R. K.

## Erkenntnisse aus der Praxis

Die Warnämter erfüllen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz Meßaufgaben zur Überwachung der Umweltradioaktivität. Zum einen wird mit dem Meßstellennetz des Warndienstes an gegenwärtig 2.150 Standorten die Gammaorts-dosisleistung erfaßt, zum anderen mit einem mobilen nuklidspezifischen Meßsystem an festgelegten Meßstellen die genaue Zusammensetzung der Radioaktivität ermittelt. Es zeigt als Meßergebnis die am Meßstellenstandort vorhandenen radioaktiven Stoffe (Nuklide) hinsichtlich Vorkommen und Aktivität an. Dieses mobile nuklidspezifische Meßsystem ist in einem Hochraumkastenwagen VW LT 40 4x4 untergebracht.

Bei jedem Warnamt ist ein Meßfahrzeug stationiert. Es wird mit einer Besatzung von zwei Personen bereits während „radiologischem Normalzustand“ sporadisch bei bestimmten Meßstellen eingesetzt. Tritt erhöhte Radioaktivität auf, wird durch Messungen an den gleichen Standorten festgestellt, welche radioaktiven Stoffe (sog. Nuklide) zusätzlich vorhanden sind. Nach Übermittlung an das Warnamt werden die Daten an das Institut für Atomsphärische Radioaktivität (IAR) in Freiburg weitergegeben.

Mit dem Fahrzeug mißt man an Standorten mit idealen oder nahezu idealen Sondaufstellungsbedingungen. Diese sind gegeben, wenn die Meßsonde inmitten einer ebenen, hindernisfreien Rasenfläche mit mindestens 40 Metern Durchmesser steht. Es wird möglichst in unmittelbarer Nähe zur Meßsonde gemessen. Wenn das jedoch undurchführbar ist, wird über einem vergleichbaren Untergrund auf dem gleichen

Grundstück gemessen. Dieser (Ersatz-)Meßpunkt muß zur Vermeidung von nicht repräsentativen Meßergebnissen mindestens 7 Meter von versiegelten Flächen wie Asphalt oder Beton entfernt liegen. Später muß dann jeweils der gleiche Meßpunkt aufgesucht werden, weshalb dieser im Gelände markiert und in Einsatzunterlagen festgehalten bleibt.

### Problem und Problemlösung

Nicht immer ideal ist die Untergrundbeschaffenheit. Bei weichen oder feuchten Bodenverhältnissen besteht dann die Gefahr, daß das 4,3 t schwere Meßfahrzeug während des einstündigen Meßvorgangs einsinkt, sich trotz Allradantrieb festfährt und so dauerhafte Spuren hinterläßt. Da es sich aber um



Das Fahrzeug hinterläßt tiefe Spuren in weichem Untergrund.

Park- oder Sportgelände, Schulgrundstücke oder andere öffentlich genutzte Liegenschaften handelt, dürfen die Grundstücke nicht beeinträchtigt werden. Infolgedessen ist das Fahrzeug während und

nach nassen Wetterperioden an einzelnen Meßstellen nur eingeschränkt einsetzbar. Besonders in einem Einsatzfall, wenn Messungen unaufschiebbar sind, könnte dem gesetzlichen Auftrag deshalb



20 Platten ergeben eine 5,5 m lange Fahrspur.

nicht in vollem Umfang entsprochen werden.

Eine Lösung wäre durch Kunststoff-Verbundplatten erreichbar, die zur Herstellung einer „mobilen Arbeitsplattform“ entwickelt wurden und auf schlechten Untergründen verlässliche Fahrbedingungen schaffen. Der Untergrund bliebe weitgehend geschont.

Das Warnamt IV Meinerzhagen wurde vom Bundesamt für Zivilschutz zur Feststellung der Eignung der Verbundplatten mit einer dreimonatigen Erprobung beauftragt. In praktischen Tests sollten Erfahrungen über

- die Eignung des Materials
  - den Einsatz
  - Schäden
  - Verlegeweisen
  - Transport- und Sicherungsmöglichkeiten
  - die günstigste Anzahl an Verbundplatten und
  - Verschmutzungsgrad sowie mögliche Kontamination und deren Beseitigung
- gesammelt werden. Zu diesem Zweck wurde eine Stückzahl von 20 Platten beschafft.

### Produktbeschreibung

Es handelt sich um sechseckige Verbundplatten. Eine Platte ist 3,1 kg schwer und hat Außenmaße von 61 x 59 cm bei einer Höhe von 4 cm. Ausgelegt ergeben die Platten eine Fahrspur von 5,50 m Länge. Der Radstand des Fahrzeuges von 2,90 m ermöglicht bei dieser Plattenzahl das Nachlegen von bis zu drei Platten je Seite. Theoretisch sind auf diese Weise beliebig lange Fahrspuren erreichbar. Ein Abstellen des Kfz auf je einer Platte pro Reifen ist ohne besonders einzusinken möglich.

### Transportmöglichkeiten

Die Platten können im sauberen Zustand im Staufach über der Fahrerkabine untergebracht werden. Nach einem Einsatz werden verschmutzte Platten außerhalb des Fahrzeuges auf einem Dachträger über dem vorderen Dachbereich verkehrs- und diebstahlsicher gelagert. Zum Herabholen und Hochlegen ist eine steckbare



Die gitterartigen Plattenabdrücke im Untergrund sind vertretbar.

Anlegeleiter erforderlich, die im Wageninnern unterzubringen wäre. Das zusätzliche Gewicht dürfte den Schwerpunkt des Fahrzeuges nicht merklich verändern bzw. dessen Fahrverhalten im Gelände nicht beeinträchtigen.

### Einsatz als Stellfläche

Die Verwendung von vier Platten als reine Stellfläche brachte gute Erfahrungen und ist angezeigt bei geringer Feuchte oder unbekanntem Untergrund. Je nach Beschaffenheit und Feuchte des Untergrundes sinken die Platten zwar auch teilweise etwas ein und hinterlassen Abdrücke, die jedoch vernachlässigt werden können. Der Arbeits- und Zeitaufwand bei dieser Verwendungsart ist gering.

### Einsatz als Fahrspur

Die Platten werden beim Anfahren des Meßpunktes rückwärts befahren; sie haben Griff- oder Ösenseiten und Seiten mit Haken. Zwei Verlegeweisen sind möglich. Entweder zeigen die Griffseiten in Fahrtrichtung rückwärts oder umgekehrt. Es hat sich gezeigt, daß die zuletzt genannte Verlegeweise vorteilhafter ist.

Der Zeitaufwand für das Verlegen (Entladen, Auslegen und Ausrichten) sowie das Aufnehmen (Einsammeln, grobes Säubern) und Verstauen beträgt jeweils 15 bis 20 Minuten.

Es kann nur eine gerade verlaufende Spur befahren werden. Eine Spurlänge von 7 bis 10 m sollte angesichts des Zeitaufwandes nicht überschritten werden. Theoretisch könnten auch Kurven auf den Platten befahren werden, indem breitere Spuren gelegt werden. Voraussetzung wäre dann eine deutlich höhere Plattenzahl. Wegen der geringen Lademöglichkeiten kann diese Variante aber nicht verfolgt werden.

Eine Einweisung des Fahrers beim Rangieren ist unerlässlich. Dessen hohe Sitzposition, das Rückwärtsfahren und die geringe nutzbare Plattenbreite führen zu Schwierigkeiten beim Spurhalten.

Die Platten, die während des Meßvorganges die Stellfläche bilden, sind nach dem Messen etwas eingedrückt. Nach einiger Zeit haben die Platten ihre ursprüngliche Form aber wieder zurückgewonnen.

Die Schäden am befahrenen Untergrund sind bei nassem und feuchtem Untergrund deutlich zurückgegangen. Es sind darüber hinaus Messungen auf Untergründen möglich, die ohne Platten nicht befahren werden können.

Da nur eine Außenverlastung der Platten in Betracht kommt, stellt sich hieraus das Problem der Innenkontamination des Fahrzeuges nicht. Das Verlassen des Fahrzeuges bei Außenkontamination zum Verlegen oder Aufnehmen der Platten ist nicht anders zu bewerten als das Verlassen des Fahrzeuges bei Außenkontamination durch den Beifahrer, etwa um den Fahrer beim Rückwärtsfahren einzuweisen.

### Zusammenfassung

Die Platten sind für den Einsatz geeignet. Sie stellen allerdings keine Lösung für sämtliche Problemsituationen bezüglich Befahrbarkeit von schwierigen Untergründen dar.

Bei einer Plattenzahl von 28 können Meßpunkte angefahren werden, die bis zu 10 m von befestigtem Untergrund entfernt liegen. Es werden also

mehr Messungen bei schwierigen Untergründen ermöglicht. Vor allem im Einsatzfall wird der Einsatzwert des Fahrzeuges zweifellos erhöht.

## Königswinter-Treffen der NATO-Expertengruppe ein Erfolg

Die Herbsttagung der NATO Group of Experts on Warning and Detection Systems fand in diesem Jahr in Königswinter am Rhein statt.

Erfreulich war, daß der Vorsitzende, Abteilungspräsident Dr. August-Jürgen Maske vom Bundesamt für Zivilschutz, unter anderem auch wieder Vertreter aus Belgien, Kanada, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten begrüßen konnte. Aus organisatorischen Gründen waren diese Länder seit einigen Jahren nicht mehr vertreten gewesen.

Großes Interesse fanden die Themen über den friedensmäßigen Strahlenschutz auch bei den Vertretern aus Dänemark, Italien, den Kanalinseln (Guernsey und Jersey), Luxemburg und Portugal. Zu diesen Themen konnte erstmals auch je ein Vertreter der Europäischen Union aus Luxemburg und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit aus Bonn begrüßt werden.

Weitere Themen waren u.a. Ziele und Inhalte der künftigen internationalen Übungen der INTEX-Serie. Ein Vertreter von SHAPE unterrichtete über Vorschriftenänderungen im internationalen Bereich.

36. Bundeswettbewerb „Erste Hilfe“ mit 800 Teilnehmern

## Das Skispringen fand in der Garage statt

Bei kaltem, aber sonnigem Wetter wurde der 36. Bundeswettbewerb „Erste Hilfe“ im Bereich Freudenstadt (Nordschwarzwald) zu einem freudigen Großereignis für rund 800 Rotkreuzler aus allen Teilen Deutschlands. 18 Wettbewerbsgruppen aus den DRK-Landesverbänden und eine Gastgruppe des Malteser-Hilfsdienstes dokumentierten einen hervorragenden Ausbildungsstand. Den ersten Platz belegte die Bereitschaft Lingen im Landesverband Niedersachsen, gefolgt von den Wettbewerbsgruppen aus den Landesverbänden Hessen und Oldenburg.

Ein eisiger Graupelschauer und Temperaturen unweit der Null-Grad-Grenze in den frühen Morgenstunden des 17. September ließen nicht nur die Wettbewerbsgruppen, die zahlreichen Schlachtenbummler und insbesondere die Mimen vor Kälte zittern, auch die Wettbewerbsleitung mußte kurzfristig umdisponieren. Zelte inklusive Heizung zum Aufwärmen waren gefragt und der verunglückte Skispringer bei der Sommerskischanze in Baiersbronn lag nicht planungsgemäß im Freien. Im Wege praktizierter Menschlichkeit wurde er mit seinem vermeintlichen Beinbruch kurzerhand in die Garage der Skihütte verlegt. Das Skispringen fand witterungsbedingt dort statt.

Doch Petrus hatte ein Einsehen, Temperaturen und Stimmung stiegen, der Wettbewerbsparcours mit zehn Stationen auf einer Gesamtlänge von 45 Kilometern rund um

Freudenstadt konnte angegangen werden. Jetzt galt es, sachkundig „Erste Hilfe“ unter den strengen Augen der Schiedsrichter zu leisten und der Notfälle waren gar viele:

Die Folgen einer Schlägerei mit Messerstich und Nasenbeinfraktur waren ebenso gut zu versorgen wie der im Sägewerk unter einem Holzstapel verschüttete Arbeiter oder der bei einem Verkehrsunfall schwerverletzter Motorradfahrer mitsamt seiner aus einer Kopfplatzwunde stark blutende Kontrahentin. Aber es kam noch schlimmer. Die Reanimation eines Ertrunkenen, realistisch in Szene gesetzt, und der Patient mit Herzinfarkt, der zusammen mit seiner aufgeregten Ehefrau nur türkisch sprach, machten die Aufgabenstellung für die Sanitätsgruppen nicht gerade leicht. Und wer die Praxis gemeistert hatte, dem lauerten Wissenslücken bei den beiden Theoriestationen auf.

Im Ergebnis waren zum Teil hervorragende Leistungen



Eine der Stationen: Nach einem Verkehrsunfall heißt es, die richtige Hilfe zu leisten.

festzustellen, Ausrichter und Schiedsrichter waren des Lobes voll. Besondere Anerkennung gebührt den Machern für die reibungslose Organisation und den teilweise erbärmlich frierenden Mimen, deren schauspielerisches Talent restlos überzeugte.

Bleibt zu hoffen, daß der 36. Bundeswettbewerb eine über die Medien sehr gut informierte Öffentlichkeit zum Nach-

denken anregt, denn wie empfahl der Präsident des Landesverbandes Baden-Württemberg, Prinz Ludwig von Baden, bei der Siegerehrung in der überfüllten Stadthalle in Dornstetten: „Jede und jeder sollte einmal darüber nachdenken, wie es über das eigene Wissen und Können in Bereich der Ersten Hilfe bestellt ist.“

Victor Felber



Links: Die Siegergruppe des DRK-Kreisverbandes Lingen, rechts: die Mädchengruppe aus Hünfeld/Hohenrode, die den 2. Platz belegt hat. (Fotos: Zimmermann)

# Neue Hilfsprojekte des Roten Kreuzes im ehemaligen Jugoslawien

Im Hinblick auf die kommenden Monate muß in Teilen von Bosnien mit einem erneuten Hungerwinter gerechnet werden. In den zahlreichen eingeschlossenen Ortschaften läßt sich die Versorgung der Menschen nur sehr schwer aufrechterhalten. Das Deutsche Rote Kreuz hat seit Ausbruch des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien mit vielfältigen Projekten versucht, die Not der Menschen zu lindern und konzentriert seine Hilfe zur Zeit besonders in Sarajevo. Das DRK ist dabei eingebettet in die Arbeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften.

Die Rotkreuzbewegung benötigt weiterhin dringend Spendengelder, um die Versorgung der vielen Kriegsgesopfer im ehemaligen Jugoslawien sicherzustellen. Allein dem IKRK fehlen bis zum Jahresende noch rund 50 Millionen Mark, um seine geplanten Projekte durchführen zu können.

## Gemeinsame Hilfsaktionen von DRK und ZDF

Sehr erfolgreich ist im Winter 1993 die gemeinsame Initiative von ZDF und DRK für die notleidenden Menschen in Bosnien verlaufen. Unter dem Motto „Sarajevo soll leben“ brachte das ZDF dazu zwei Spezialemissionen mit Reportagen aus der belagerten Stadt. Mit den bis Ende Mai eingegangenen Spendengelder in Höhe von über 11 Millionen Mark konnte das DRK einen großen Teil seiner diesjährigen Hilfsprojekte bestreiten. Bereits am 9. Dezember 1993 flog ein DRK-Flugzeug mit 3.000 Wolldecken, 1.000 Sets mit Kinderunterwäsche, 3.000 Paar Winterstiefeln und über 5.000 Winteranoraks nach Sarajevo.

## DRK-Luftbrücke nach Sarajevo

Nach einer neuerlichen Verzögerung um zwei Tage hat das DRK am 14. Oktober 1994 eine Luftbrücke von Zagreb nach Sarajevo aufgenommen. In Zusammenarbeit mit dem IKRK sollen rund 1700 Tonnen Lebensmittel in die eingeschlossene Stadt transportiert werden. Täglich wird eine Iljuschin 76 ein bis zwei Flüge absolvieren und dabei jedes Mal etwa 38 Tonnen Hilfsgüter befördern. Die Versorgung von Sarajevo auf dem Landweg ist weiterhin unmöglich. Die Lebensmittel dienen als Vorräte für ein dreimonatiges „Schulspeisungsprogramm“ und ein sechsmonatiges „Volksküchenprogramm“. Beide Programme zusammen haben einen Wert von vier Millionen Mark und werden vor Ort von einer DRK-Delegierten betreut. Eine Million wurde vom belgischen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt. Der Rest wird aus DRK-Eigenmitteln bestritten.

### a) Volksküchenprogramm:

Ende 1993 begann das IKRK mit der Einrichtung von Volksküchen in Sarajevo. Das Programm ist mittlerweile an das DRK delegiert worden. Die Volksküchen sind in ehemaligen Restaurants und Kantinen untergebracht und bereiten täglich warme Mahlzeiten zu. Über die Volksküchen werden in 13 Stadtteilen rund 10.000 Menschen versorgt. Das Angebot ist insbesondere für alleinstehende, alte und behinderte Menschen gedacht, die sich nur schlecht selbst versorgen können (Armut, Fehlen von Zubereitungsmöglichkeiten, Elektrizitätsmangel).

### b) Schulspeisungsprogramm:

Das DRK übernimmt im Winterhalbjahr in 48 Schulen des Stadtgebiets erneut die

Schulspeisung. Mit dem erfolgreichen Projekt wurden bereits zwischen Mai und Juli rund 40.000 Schüler im Alter zwischen sieben und 14 Jahren an Schultagen mit Milch und Pausenbrot versorgt. Aus Zagreb wird dazu Weizenmehl, Zucker, Milchpulver und Brotaufstrich angeliefert. Die Herstellung von Brot und Milch geschieht dann direkt in Sarajevo.

## Wasser-/Sanitärprojekt in Sarajevo

Die Wasserversorgung Sarajevos ist durch die Kampfhandlungen in der Vergangenheit schwer beeinträchtigt worden. Die Anzahl allein der größeren Rohrbrüche wird auf mindestens 400 geschätzt. Seit Mai koordiniert ein Delegierter des DRK (Wasserbauingenieur) die Instandsetzungsarbeiten.

## Medikamentenhilfe für Ost-Bosnien

Das DRK liefert in Zusammenarbeit mit dem IKRK spezielle Medikamente im Wert von rund 1,7 Millionen Mark nach Ost-Bosnien. Nachdem eine Liste mit 25 vorrangig gebrauchten Medikamenten erstellt worden ist, wurde seit März '94 eine ständig steigende Anzahl von medizinischen Einrichtungen in Ost-Bosnien versorgt.

## Hilfe für Flüchtlinge in Rest-Jugoslawien

In Serbien und Montenegro sind rund 500.000 Flüchtlinge registriert. Das DRK leistet – getreu seinen Grundsätzen – auch diesen Kriegsgesopfern spürbar Hilfe. Nachdem im November 1993 der erste Hilfskonvoi in Belgrad eingetroffen war, hat das DRK 1994 zwei weitere Konvois (März '94 - Wert 900.000 Mark; aus Eigenmitteln finanziert / Juni

'94 - Wert: zwei Millionen; je zur Hälfte durch das DRK und die Bundesregierung finanziert) auf den Weg geschickt. Zum Ende des Jahres ist ein weiterer Konvoi nach Belgrad geplant. Dann sollen für eine Million Mark Winterkleidung und medizinische Hilfsgüter geliefert werden.

## Unterstützung von IKRK-Aktionen

Seit Dezember 1993 hat das DRK die Arbeit des IKRK mit einer großen Menge von Hilfsgütern unterschiedlichster Art unterstützt. Bereits Anfang '94 lieferte das DRK drei Operationstische für den Einsatz in Bosnien. Im Februar folgten 700 Sanitätskästen und 700 Krankenträger für die Schulen in und um Sarajevo. Zwischen Mai und Juni transportierte das DRK mit 70 Lkw 1.500 Tonnen Weizenmehl in das IKRK-Zentrallager nach Zagreb, womit insbesondere die Versorgung der Bevölkerung in Banja Luka und Umgebung verbessert wurde. Zuvor hatte das DRK bereits 264 Tonnen Saatkartoffeln auf den Weg nach Zagreb geschickt. Diese Lieferung war Bestandteil des IKRK-Saatgutprogrammes.

## Saatgutprogramm

Durch die anhaltenden Kampfhandlungen und die vorausgegangenen harten Winter ist die landwirtschaftliche Produktion im ehemaligen Jugoslawien – besonders in Bosnien-Herzegowina – stark zurückgegangen. Das Saatgutprogramm unterstützt die Bevölkerung bei ihrem Versuch, durch Bewirtschaftung eigener Gärten und Felder zu einer möglichst guten Eigenversorgung zu kommen. Insgesamt hat das IKRK in der ersten Hälfte des Jahres 1994 300.000 sogenannte „gardening kits“ verteilt, die verschiedene Arten von Saatgut

beinhalten. Im Anschluß daran erhielten die gleichen Empfänger Einkochzubehör, um die zu erwartende Ernte auf Dauer konservieren zu können.

Da sich die Versorgungssituation der Bevölkerung, abgesehen von den eingeschlossenen Gebieten, nach der Öffnung verschiedener Hauptverkehrsstraßen in Bosnien-Herzegowina vorübergehend verbessert hat, reduzierte das IKRK seine eigenen Nahrungsmittel-Nothilfen. Bisher hatte das IKRK in Bosnien-Herzegowina auf diese Weise etwa 650.000 Menschen versorgt. Das IKRK hat jedoch in lokalen Lagerhäusern (z.B. in Split und Tuzla) Nahrungsmittelvorräte angelegt, auf die bei Bedarf sofort zurückgegriffen werden kann.

### Medizinische Hilfe

Großer Bedarf besteht weiterhin an chirurgischem Material. Das IKRK hat in der ersten Hälfte des Jahres 1994 medizinisches Material im Wert von über acht Millionen Mark in Bosnien-Herzegowina an rund 250 Einrichtungen verteilt.

### Gefangenenbetreuung

Zu den Kernaufgaben des Roten Kreuzes (IKRK) gehören die Besuche in den Gefangenenlagern. Seit Kriegsbeginn registrierten IKRK-Delegierte insgesamt 28.000 Gefangene. In Zusammenarbeit mit dem IKRK sind seit 1992 über 13.900 Gefangene wieder freigelassen worden.

### Suchdienst

Eine wichtige Rolle spielt der Suchdienst des Roten Kreuzes. Viele Familien sind durch Flucht und Vertreibung auseinandergerissen worden, und haben oft über Monate nichts mehr voneinander gehört. Nach dem Zusammenbruch des Postwesens in Bosnien-Herzegowina ist der Suchdienst deshalb eine der letzten Quellen, die noch Informationen über das Schicksal von Verwandten bieten kann. Seit Ausbruch des Kon-

fliktes 1991 wurden schon über 8 Millionen Nachrichten übermittelt, davon in der ersten Hälfte des Jahres 1994 allein über 4,3 Millionen.

### Aktivitäten der Föderation

Während das IKRK die Rotkreuz-Hilfe für die Kriegsoffer in Bosnien-Herzegowina koordiniert, kümmert sich die Föderation um die notleidenden Menschen in den anderen Republiken des ehemaligen Jugoslawien. In Kroatien, Rest-Jugoslawien, Slowenien und Mazedonien werden zur Zeit rund 85.000 Menschen durch die Hilfsmaßnahmen der Föderation unterstützt. Dazu zählen die Suppenküchenprogramme in Belgrad, wo die Armut immer bedrohlichere Ausmaße erreicht, aber auch die vielen Betreuungsprojekte in den Flüchtlingslagern.

Unter den Flüchtlingen wachsen die Spannungen: Jugendliche, die keine Schul- und Berufsausbildung haben und in den Tag hinein leben, droht das Abgleiten in die kriminelle Szene oder der frühe Tod auf dem Schlachtfeld. Erwachsene haben ihren Lebensfaden verloren, leiden unter Kriegstraumata und Perspektivlosigkeit. Im Zusammenhang mit dem Betreuungsprojekt wird versucht, den Menschen zu helfen, ihr Leben wieder eigenverantwortlich zu führen. Unter der Obhut von ausländischen Föderationsdelegierten werden einheimische Pädagogen, Psychologen und Sozialarbeiter für die psychosoziale Betreuung ausgewählt, lokale Helfer aus dem Umfeld der Flüchtlinge kommen noch ergänzend hinzu. Das DRK hat diese Aktivitäten der Föderation seit Anfang 1994 mit Nahrungsmitteln, Bekleidung, Ausrüstungsgegenständen für das Suppenküchenprogramm und Barzuwendungen unterstützt. Dabei erhielt das DRK starke finanzielle Unterstützung durch Mittel der Bundesregierung und der Europäischen Union.

Wolfram Eberhardt

## DRK-Präsident ehrt Klaus Holderbaum

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, hat dem Vortragenden Legationsrat 1. Klasse, Referatsleiter „Arbeitsstab humanitäre Hilfe“ im Auswärtigen Amt, Klaus Holderbaum, am 28. September 1994 das DRK-Ehrenzeichen verliehen. Klaus Holderbaum hat sich während seiner Amtszeit stets für die humanitäre Arbeit des DRK im Ausland eingesetzt.



Der von Klaus Holderbaum initiierte Arbeitskreis „Humanitäre Hilfe“ habe, so Präsident Prinz Wittgenstein in seiner Laudatio, zu verbesserter Kooperation und Koordination zwischen staatlichen Stellen und deutschen Nicht-Regierungsorganisationen geführt. Holderbaum war auf dem Felde der humanitären Hilfe ein konsequenter Verfechter des Subsidiaritätsprinzips.

## DRK-Präsident fordert Frühwarnsystem zur Erkennung von Konflikten

„Die internationale Staatengemeinschaft muß sensibler auf Anzeichen sich anbahnender Konflikte reagieren. Dazu brauchen wir ein Frühwarnsystem zur Erkennung von Konflikten und rechtzeitige politische Maßnahmen“, forderte der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, am 8. No-

vember 1994 bei einem Vortrag in der Bonner Friedrich-Ebert-Stiftung. Dies sei eine der wichtigsten Lehren aus dem Ruanda-Konflikt, sagte Prinz Wittgenstein.

Das Rote Kreuz sei offen für Vorschläge zur besseren Koordinierung der Hilfe, führte der DRK-Präsident weiter aus. „Logistische Unterstützung bei der Abwicklung von Hilfsflügen oder die Finanzierung von Personal-Reserven für den Einsatz im Konfliktgebiet wären uns als ergänzende Maßnahmen der Regierung sehr willkommen.“ Denn das DRK zum Beispiel habe keine eigenen Transportflugzeuge und benötigte zusätzliche Leute, „die wir von einer Stunde zur anderen als Experten in Marsch setzen können“. Der DRK-Präsident sagte im Hinblick auf Spontan-Initiativen: „Wir brauchen Helfer, die auf den Einsatz gut vorbereitet sind. Ein Techniker muß Erste Hilfe leisten können, ein Arzt in der Lage sein, sein Zelt selbst aufzubauen.“

Ein staatliches Hilfskorps lehnt der DRK-Präsident entschieden ab. Dies lasse sich nicht mit dem Rotkreuz-Grundsatz der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit vereinbaren. Die „bewährten Strukturen“ der Rotkreuzbewegung dürften nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. „Denn nur so erhalten wir uns den Zugang zu den Opfern, die Möglichkeit, Gefangene zu besuchen und auszutauschen und Suchdienste zu organisieren. Der Zugang zu allen Opfern – auf allen Seiten der Kriegsparteien – ist der große Vorzug des Roten Kreuzes.“



## Gibt es Frieden für Mostar?

ASB unterstützt den Aufbau der geteilten Stadt in Bosnien

In der bosnischen Stadt Mostar sind vierzig Prozent der Bevölkerung Flüchtlinge, Opfer des Krieges zwischen Kroaten und Moslems. Die Stadt ist geteilt, in den moslemischen Osten und den kroatischen Westen. Die Vertriebenen leben bei Verwandten oder irren ziellos hinüber in den Ostteil der Stadt, wo sie ein Leben zwischen Kisten und Kakerlaken erwartet. Viele der Flüchtlinge haben sich zerschossene Wohnungen und Häuser mit Pappe und Plastikplanen hergerichtet oder hausen in den Kellern von Ruinen. Die Familien im Osten sind unglücklich, sie möchten zurück in ihre Häuser, welche im westlichen Mostar liegen. Doch dies ist nur einer begrenzten Zahl von Menschen gestattet und auch nur für drei Tage. „Wenn die Grenze offen wäre und alle zurückkönnen“, sagt Hans Koschnik, der von der Europäischen Union als Administrator Mostars eingesetzt wurde, „dann gäbe es Mord und Totschlag“. Denn die alten Häuser haben längst neue Bewohner – Flüchtlinge.

Alle Parks östlich des Flusses Neretva, der die Stadt teilt, wurden während des Krieges zu Friedhöfen. Moslems, Kroaten und Serben – jede Familie in dieser Stadt hat Opfer zu beklagen. Und es gibt so viele unbeglichene Rechnungen: Junge Frauen wissen, welcher Soldat ihnen Gewalt angetan hat, Familienväter kennen die Mörder ihrer Kin-



Viele Häuser in Mostar sind völlig zerstört. Sie bieten den Menschen oft nur notdürftig Unterkunft. (Fotos: ASB/Meyer)

der. Wie kann es da Frieden und Aussöhnung geben, zumal der Rest des Landes sich auf den entscheidenden Kampf in Nord- und Zentralbosnien vorbereitet.

### Modellversuch Mostar

Zuviel scheint gegen die Mission des Hans Koschnik zu stehen, der von der Europäischen Union als Administrator Mostars eingesetzt wurde, um die Stadt zu befrieden und wieder aufzubauen. Sollte der frühere Bremer Bürgermeister seine Aufgabe meistern, so hat er die Chance, Mostar zu einem Symbol für die Zukunft Bosniens zu machen. Nach den vielen Blamagen der Europäer in diesem Krieg wäre dies ein erster Erfolg der Zwölferegemeinschaft, der auch für zukünftige Krisenherde in und um Europa Modellcharakter hätte. Europäer und Deutsche sollten deshalb alles tun, um Hans Koschnik und damit den Menschen in Mostar zu helfen.

Der ASB, der nunmehr seit zwei Jahren bosnische Flüchtlinge an der kroatischen Adriaküste versorgt, ist bemüht, diese Flüchtlinge wieder in eine friedliche, lebenswerte Heimat zurückzuführen und damit auch den mit dem ASB freundschaftlich verbundenen Hans Koschnik zu unterstützen, seine anspruchsvolle Aufgabe mit Erfolg zu lösen.

Seit zwei Monaten betreibt der ASB im Ostteil der Stadt zwei Ambulanzen und eine Einrichtung für die gynäkologische Behandlung, um die Gesundheitsvorsorge abzusichern. Bekleidung und Schuhe, Medikamente und Vitamine, Spielzeug und Stoffe wurden auf teilweise abenteuerlichen Transportwegen nach Mostar geschafft, um den Menschen, die alles verloren haben, wenigstens das Notwendigste zu verschaffen. Besonders stolz ist der ASB auf sein „Frauen-Projekt“ in Ost-Mostar. In einer mittlerweile renovierten, ehemaligen Pizzeria bietet der ASB Näh- und Strickkurse an. Hier können Frauen und junge Mädchen ihre Kleidung selbst herstellen. Schon jetzt haben sich 350



### ASB betreut heimkehrende Flüchtlinge in Ruanda medizinisch

Bis zu 200 Patienten am Tag betreut die Gesundheitsstation am Rande der ruandischen Hauptstadt Kigali, die der ASB-Bundesverband in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz und dem Ortsverband Worms betreibt. Bei dieser Arbeit wird der ASB-Arzt Dr. Schmidt (Foto) von zwei Krankenpflegern aus Rheinland-Pfalz unterstützt. Die ASB-Gesundheitsstation soll den rückkehrenden Flüchtlingen zeigen, daß sie zu Hause mit einer Basisgesundheitsversorgung rechnen können. Die Finanzierung soll bis zum Jahresende durch Spenden und Zuschüsse des Landes Rheinland-Pfalz gesichert werden. (Foto: ASB/Boys)

Frauen zu diesen Kursen angemeldet. Wenn die Arbeit getan ist, verwandelt sich die Schneiderei in das erste Frauencafé Mostars, denn ausliegende Zeitungen und warme Getränke geben den Frauen Gelegenheit, sich bei Gesprächen auszutauschen und zu informieren.

Darüber hinaus bietet der ASB in einer eigens dafür angemieteten Wohnung psychosoziale Betreuung für von den Auswirkungen des Krieges besonders betroffene Frauen an. Hier haben die Kriegsoffer die Möglichkeit, mittels einer Gesprächstherapie ihre Probleme aufzuarbeiten. Die Kinder dieser Frauen werden in drei dafür eingerichteten Kindergärten betreut.

### Zerbrechlicher Friede

Der ASB ist mit seiner Arbeit noch nicht zufrieden und

will sie ausweiten. In der Planung sind weitere Gesundheitsstationen und die Einrichtung von berufsbildenden Kursen für Männer und Frauen. Ferner wird an die Errichtung eines Krankentransportwesens gedacht. Es ist unbedingt notwendig, daß die Menschen so schnell wie möglich wieder ein halbwegs normales Leben führen können, denn Mostar ist das Labor für das Zusammenleben von Moslems und Kroaten.

Koschnik und auch der ASB sind sich ihrer Verantwortung bewußt: „Geht Mostar schief, scheidet auch der mühsam erreichte Frieden zwischen den Bevölkerungsgruppen“, weiß Koschnik. Und was dann drohe, prophezeien Muslime und Kroaten nur mit gesenkter Stimme: „Krieg“.

Ingo Marenbach

Helfen ist unsere Aufgabe  Arbeiter-Samariter-Bund

Allen Menschen, die Hilfe brauchen. Auch im Ausland:

- Soforthilfe für Katastrophen-Opfer.
- Hilfe zur Selbsthilfe.
- Know how, Berater und Güter zum Aufbau von Hilfs- und Wohlfahrtseinrichtungen.

Helfen Sie mit!

Spendenkonto  
1888  
Postgiroamt Köln  
BLZ 370 100 50

Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie an den Arbeiter-Samariter-Bund Stülzburgstraße 140 · 50 937 Köln

## „Nicht auf Patienten warten“

Ruanda: Johanniter arbeiten mit Technischem Hilfswerk zusammen

In Goma sind ein Arzt und zwei Rettungsassistenten seit August ständig im Einsatz. Ihre Aufgabe ist, die rund 60 Helfer des Technischen Hilfswerks medizinisch zu betreuen. Das THW produziert dort Trinkwasser für die ruandischen Flüchtlinge. 850.000 Menschen sind in die Region geflüchtet, um dem Bürgerkrieg in ihrem Heimatland zu entgehen. In den Lagern werden sie nach der Cholera nun auch von der Ruhr heimgesucht.

Sauberes Wasser ist daher der erste und wichtigste Schritt, um eine weitere Verbreitung der Erreger einzuschränken. Daß die Johanniter-Unfall-Hilfe dem THW zur Seite steht, hat seinen Grund: Die Erfahrungen im gemeinsamen Somalia-Einsatz im vergangenen Jahr waren so gut, daß man gerne wieder zusammenarbeitet. So ist das für Dr. Kay Möller aus Braunschweig schon der zweite Auslandseinsatz mit den Wasserspezialisten. „Das hat damals so toll geklappt“, sagt er, daß es überhaupt keine Frage war, sich wieder zu melden.

Dr. Möller gehörte mit den Rettungsassistenten Heinz Rinas aus Lüdenscheid und Oliver Menz aus Augsburg zur ersten Ablösemannschaft, die am 22. August in Goma eintraf. Nach einem abenteuerlichen Flug landete die Gruppe nach einer Zwischenlandung in Assuan/Ägypten heil in der zairischen Hafenstadt am Nordrand des Kivu-Sees.

Für vier Wochen ist jeweils ein Team im Einsatz. Für Heinz Rinas war dies der erste

Auslandseinsatz zusammen mit dem THW. Die für solche Aufgaben benötigte Erfahrung konnte er bei mehreren Hilfsgütertransporten, z. B. nach Rußland und Rumänien, sammeln. Von der letzten Fahrt für die Johanniter nach Bosnien kam Rinas erst im April zurück. Der Lüdenscheider ist hauptamtlich als Geschäftsführer bei der Johanniter-Unfall-Hilfe beschäftigt. Deshalb

ist er in der glücklichen Lage, für humanitäre Hilfe viel Zeit aufwenden zu können. Das ist ihm sehr wichtig, da er sonst überwiegend eine Verwaltungstätigkeit ausübt. „Helfen ist mein Beruf“, sagt der ausgebildete Rettungsassistent.

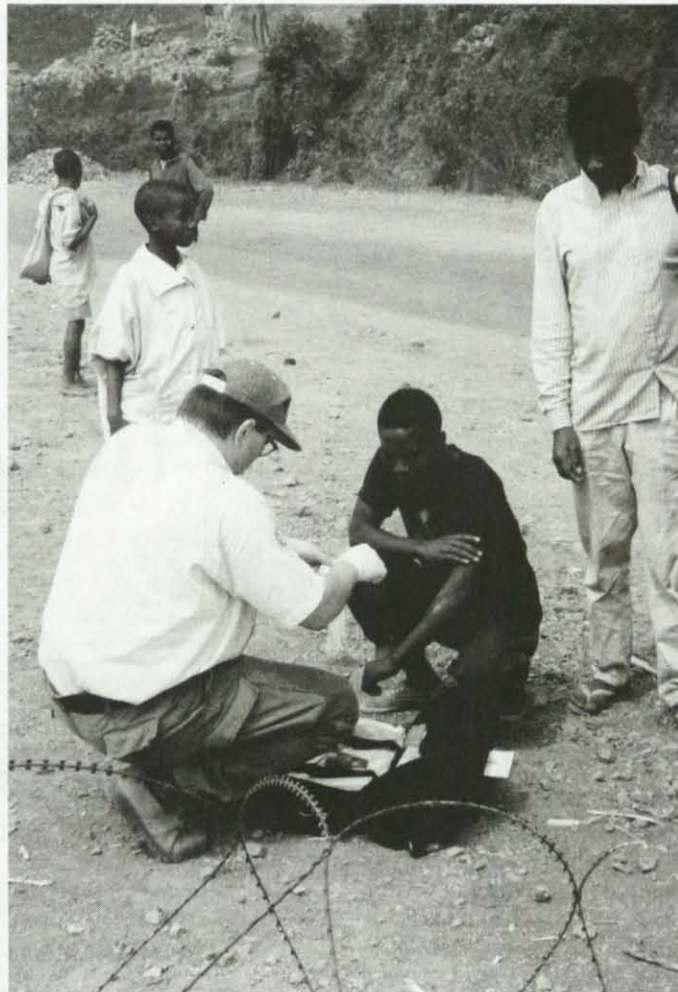
Daß der Arbeitgeber solche Einsätze seiner Mitarbeiter unterstützt, ist ganz wichtig. Auch Kay Möller, der in einem Krankenhaus beschäftigt

ist, und Oliver Menz, Rettungsassistent der Johanniter in Augsburg, loben die Zusammenarbeit mit ihren Vorgesetzten.

In Goma angekommen, fand zunächst die Übergabe vom Team von Prof. Domres aus Tübingen statt. Die erste Gruppe baute das Sanitätszelt der Johanniter im Camp des THW auf. Erste Erfahrungen mußten weitergegeben werden, damit der Übergang möglichst fließend stattfindet. Nur dadurch kann ein Team kontinuierliche Arbeit leisten und niemand wird ins kalte Wasser geworfen. Unentbehrlich ist aber nicht nur die eigene Krankenstation, sondern auch die umliegende medizinische Situation haben die drei bewertet. Notfallpläne mußten aufgestellt werden, falls sich ein Helfer gefährlich verletzen sollte.

„Die Krankenhäuser der Franzosen und Israelis sind sehr gut ausgestattet“, so Dr. Möller. Aber trotzdem trafen die Mediziner Absprachen mit dem Rückholdienst der Johanniter nach Deutschland, damit für den Fall der Fälle nur ein Anruf erforderlich sein würde.

Beim Besuch des israelischen Hospitals wird ihm zum ersten Mal das unglaubliche Leid der Menschen in all seinen Facetten klar, schildert der Familienvater Rinas seinen Eindruck. Der Anblick von rund 60 Kindern mit schwerer Hirnhautentzündung war entsetzlich. Für viele Helfer ist vor allem der Anblick der Kinder schwer zu verkraften. Heinz Rinas erklärt: „Gerade wenn man, wie ich, selbst klei-



Heinz Rinas versorgt einen Verletzten.



Mit Plastikplanen wurden notdürftig Zelte errichtet: Ruandische Flüchtlinge in Zaire.

## Rettungshunde im Mittelpunkt

Unter Beteiligung der Johanniter-Unfall-Hilfe wurde in Mannheim die Bundesarbeitsgemeinschaft Rettungshundeführender Vereinigungen e.V. (BAG-RHV) gegründet. Die BAG-RHV versteht sich in erster Linie als ein Organ der Begegnung und des Austausches für Fachleute des deutschen Rettungshundewesens. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Mitwirkung von Institutionen, Organisationen und Vereinigungen gelegt, die Rettungshunde und ihre Führer nach einem vorgegebenen Qualitätsstandard auszubilden und einsetzen. Vereinheitlichung der zum Teil sehr unterschiedlichen Ausbildungsstandards sowie eine gegenseitige Anerkennung von Prüfungsabschlüssen sind zwei der wichtigsten Satzungsziele der BAG-RHV. Die Förderung von jugendlichen und erwachsenen Interessierten für die Rettungshundearbeit sind weitere Aufgabengebiete. Der Vereinssitz wird in der Bundeshauptstadt Berlin sein. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit wird angestrebt.

ne Kinder hat, will man ihr Schicksal nicht wahrhaben, weil es in diesen Dimensionen schier unfassbar ist.“

Die zweite und dritte Woche hat er im 150 km entfernten Bukavu, einer Stadt südlich am Kivu-See mit rund 170.000 Einwohnern, gearbeitet. Das Kommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen (UNHCR) errichtet dort ein Lager für 250.000 Vertriebene. Das THW versorgt mit sechs Helfern und drei Trinkwasseraufbereitungsanlagen 50.000 Menschen, die dort schon Zuflucht gesucht haben.

Für Rinas war das der interessanteste, weil abwechslungsreichste Teil seines Engagements. Da mit der Ankunft in Bukavu die Wasseraufbereitung erst begann, mußte echte Pionierarbeit geleistet werden. Anlagen aufstellen, Rohre verlegen, Verteilungswege erkunden und Unterkunft errichten, waren einige Aufgaben der ersten Tage. Und da der Rettungssanitäter nicht nur auf leichte Schürfwunden der THWler warten kann, hat er richtig mit angepackt. „Zum Schluß war er ein richtiger Pumpenfachmann“, bewertet einer der Wasserspezialisten seine Mitarbeit.

Medizinische Hilfe war aber dennoch vonnöten. Als auf einer vielbefahrenen Piste vor seinen Augen der Reifen eines normal besetzten Kleinlasters (mindestens 25 Menschen, unzählige Bananenstauden und sonstige Handelsgüter) platz-

te, gab es alle Hände voll zu tun. Wirklich schwerwiegende Verletzungen traten jedoch kaum auf.

Dennoch konnte der Lüdenscheider seinen Bekanntheitsgrad innerhalb kurzer Zeit derart steigern, daß sich sein Stützpunkt stetig zu einer „kleinen Landarztpraxis“ vergrößerte.

Neben Betreuung der Helfer hieß Hilfe leisten für Flüchtlinge der zweite Teil des Auftrages der Johanniter. Nach 14 Tagen Bukavu wurde die Gruppe ausgetauscht. Die Arbeit dort ist nicht nur schwierig, sondern auch die kritische Sicherheitssituation zerrt an den Nerven. Einen großen Teil des Lagers bewohnen 20.000 ruandische Soldaten samt ihrer Generäle. Diese formieren sich, rüsten auf und führen über die Grenze in Ruanda Guerillakämpfe durch. „Obwohl wir nie wirklich bedroht wurden, fühlte ich mich doch nicht sicher“, drückt sich Rinas vorsichtig aus.

Wieder zurück in Goma, bestand die Arbeit hauptsächlich darin, Durchfallerkrankungen der THW-Helfer zu kurieren. Durch die vielen Keime, denen die Mitarbeiter bei der Wasserverteilung in den Lagern ausgesetzt sind, muß fast jeder eine Zwangspause von zwei bis drei Tagen einlegen.

Es blieb für die Johanniter aber trotzdem ausreichend Zeit, sich ein genaues Bild von den Zuständen in den Flücht-

lingslagern zu machen. Die ganze Mannschaft formuliert es so: „Es ist immer wichtig, sich vor Augen zu halten, wofür wir hier sind.“ Das ist auch der Grund für die große Motivation der Helfer – trotz der hohen Arbeitsbelastung. Beim THW heißt es: 5.30 Uhr Aufstehen, Dienst bis 18.00 Uhr, 7 Tage die Woche. Die Johanniter werden sogar noch stärker belastet; oftmals werden sie auch nachts geweckt, um einem Helfer gegen Durchfall und Erbrechen zu helfen.

Olaf-Sebastian Warnemünde

Schnell passiert:

# Pflegefall

Alte Menschen sind oft völlig auf sich allein gestellt. Wenn der Pflegefall eintritt, stehen sie häufig vor scheinbar unlösbaren Problemen. Das muß nicht sein! Die Mobilen Sozialen Hilfsdienste der Johanniter kommen ins Haus, pflegen, machen den täglichen Haushalt, bieten Zuwendung und geben neuen Lebensmut.

Rufen Sie uns an. Die Rufnummer der Johanniter finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch.



**DIE JOHANNITER**



Menschen in Not zur Seite stehen. Eine Aufgabe der Johanniter. Unterstützen Sie uns. Ihre Spende lindert Not.

Spendenkonto: **43 43 43 43**  
bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 307 205 00)

## Korpsgeist statt Hilfskorps

### Gedanken zu einem aktuellen Thema

Die ideale Lösung für die sich scheinbar unaufhörlich häufenden Katastrophen, Krisen und Konflikte ist in Sicht: Das deutsche Hilfskorps. Nachdem wieder einmal die „deutsche humanitäre Hilfe“ am Beispiel Ruanda in Mißkredit geraten ist, wird der Ruf nach staatlichem Einfluß und zentraler Lenkung lauter. Dabei glaubten wir doch, mit dem Zerfall des eisernen Vorhanges das alles hinter uns zu haben. Die Idee des Hilfskorps ist nicht neu. Sie stammt aus einer Zeit, als die sozial-liberale Koalition glaubte, mit zentralen Lenkungsmechanismen Probleme in den Griff zu bekommen.

In der Diskussion, wie man es besser machen kann, geraten einige Dinge immer wieder durcheinander. Einmal bleiben die bisherigen Koordinierungsbemühungen und -erfolge in der Presse weitgehend unerwähnt. Nach Mißerfolgen und Sensationen heischend, dreht man die Dinge zum Negativen.

In nur einer Woche erhielt der Malteser-Hilfsdienst vor dem Hintergrund des ruandischen Flüchtlingsdramas von drei Rundfunk- und TV-Anstalten Anrufe, die ausschließlich bestätigt haben wollten, es herrsche Chaos, mangelnde Koordinationsbereitschaft und kontraproduktives Konkurrieren. Leider konnten wir nicht mithalten. Aber es gab viel Positives zu berichten. Gleich serienweise

tickerten die Meldungen nach draußen – auffallend wenige fanden in der Presse Resonanz.

Nicht Erfolge, echte Pleiten waren gesucht. Wen wundert es, daß daraufhin der CARE-Einsatz ein entsprechendes Echo fand, zeigte er doch, was Presse und Politiker schon immer wußten: In der deutschen humanitären Hilfe klemmt's.

Ein zweiter Aspekt, ein typisch deutscher wie ich meine, wird fast schon gar nicht mehr wahrgenommen. Es ist die Situation selbst. Die semantische Bedeutung des Wortes Katastrophe kommt den Begriffen „Chaos“, „Zusammenbruch“, „unbeherrschbare Situation“ gleich. In der Tat kann man die Situation mit Worten kaum beschreiben. Das bedeutet aber, daß eine Lage vorherrscht, die in jeder Hinsicht höchst problematisch, ja fast unbeherrschbar ist. Schon aufgrund dieser Tatsache wird Katastrophendarbeit nie optimal, geschweige denn maximal sein können. Sie birgt in sich ein gewaltiges Planungsdilemma, das wahrscheinlich auch bei wissenschaftlicher Untersuchung nur bedingt lösbar wäre. Zu viele, vor allem ungewisse Faktoren spielen mit. Wir müssen lernen, die Schicksalsdimension einer Katastrophe zu akzeptieren. Freilich entbindet uns das nicht von der Pflicht, nach besseren Lösungen zu suchen.

Brauchen wir wirklich das staatliche Hilfskorps?

Bevor solch schwerwiegende Eingriffe in die Subsidiarität der deutschen humanitären Hilfe vorgenommen werden, sollten eine Bestandsaufnahme gemacht und Alternativen geprüft werden. Dabei spielen folgende Faktoren eine Rolle:

1. Die Koordinierungsbemühungen der Hilfsorganisationen und des Auswärtigen Amtes sind bereits weit vorangekommen. Sowohl im Feld als auch in Bonn arbeiten Koordinierungsstäbe mit gutem Erfolg. In Goma und Bukavu hat diese Koordination hervorragend funktioniert, in Ex-Jugoslawien läuft sie bereits seit mehreren Jahren reibungslos. So kommt es nicht von ungefähr, wenn der UN-Flüchtlingskommissar die deutsche Wasseraufbereitung, an der wir ja beteiligt sind, als eine der effizientesten Hilfsmaßnahmen bezeichnet hat. Es gilt, diese guten Anfänge fortzuführen und zwar auch dann, wenn publicity-trächtige Showeinlagen eines Ausreißers störend wirken.

2. Die im Arbeitsstab Humanitäre Hilfe besprochenen Verhaltens- und Einsatzregeln müssen als Selbstverpflichtung der Hilfsorganisationen eingehalten werden. Dazu gehört nicht nur die Koordinationspflicht, sondern auch die Verpflichtung, durch gut vorbereitetes und qualifiziertes Personal bei größtmöglicher Einsatzkontinuität eine ange-

paßte Hilfe nachhaltig zu leisten.

3. Die Koordinierungsarbeit des Auswärtigen Amtes bedarf der personellen Verstärkung. Der vorgeschlagene Expertenpool, der im Bedarfsfall auch für die Führungs- und Koordinationsarbeit der Hilfsorganisationen zur Verfügung steht, ist ein wichtiger Schritt. Die Einbeziehung der GtZ (staats-eigene Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) als entwicklungspolitische Fachorganisation hat sich im Feld als sehr vorteilhaft erwiesen. Allerdings ist die GtZ noch nicht für die schnelle Kooperation mit den Hilfsorganisationen gerüstet. Verhandlungen ziehen sich unendlich hin und hohe finanzielle Vorausleistungen müssen derzeit noch verkraftet werden.

4. Die Hilfsorganisationen selbst müssen an sich arbeiten, da gibt es noch viel zu tun. Ein wenig von den Unsummen, die ein staatliches Hilfskorps verschlingen würde, wäre dabei hilfreich.

5. Auch einige internationale Aspekte spielen eine Rolle: Wir würden uns sehr wünschen, wenn das Auswärtige Amt die deutschen Hilfsorganisationen auf direktem Wege stärker fördern könnte. Dadurch würde nicht nur die Effizienz der deutschen humanitären Hilfe gesteigert, auch ein kräftezehrendes und bisher wenig erfolgreiches Wiedereinfangen der Gelder über die

Europäische Union oder den Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen könnte erspart bleiben. Die „Internationalisierung“ der Mittel für humanitäre Hilfe hat das Ansehen der deutschen Hilfe nicht unbedingt gefördert.

6. Der Bundeswehr kommt in der internationalen Hilfe weiterhin eine bedeutende, unterstützende Rolle zu. Mit den mangelnden Kapazitäten in der Luftlogistik werden wir uns wohl noch einige Jahre abfinden müssen.

Die Auflistung zeigt, daß es noch Schritte vor dem „deutschen Hilfskorps“ gibt. Es gilt, dazu beizutragen, daß der Korpsgeist in der deutschen humanitären Hilfe weiter wächst. Der Traum von mehr Staat ist auch hier ein Alptraum. Ohne uns!

Johannes  
Freiherr Heereman  
Geschäftsführender  
Präsident

# Wenn ein Drama Alltag wird

## Malteser helfen Flüchtlingen aus Ruanda

Zaire – ein Land so groß wie Westeuropa, aber mit desolatem wirtschaftlichem und sozialem Gefüge: Im Osten des Staates produzieren Malteser seit Anfang August über sieben Millionen Liter Trinkwasser für Flüchtlinge aus Ruanda. Hier, im Lager bei der Kathedrale von Bukavu, behandelt außerdem ein medizinisches Team 200 Patienten täglich. Der Präsident des Malteser-Hilfsdienstes, Dr. Constantin von Brandenstein-Zepelin, lobt bei einem Besuch der Helfer das großartige Zusammenspiel mit der örtlichen Caritas und den französischen und belgischen Maltesern. Auch zur Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GtZ), zum Internationalen Roten Kreuz (IRK) und zum Technischen Hilfswerk (THW) unterhalten die Malteser gute Kontakte. Die Logistik seitens der Bundeswehr sei gut. – Die folgende Reportage vermittelt Eindrücke aus der Arbeit der Malteser, die noch bis Ende des Jahres vor Ort sein werden.

Ein Klageschrei wie die Sirene eines Krankenwagens – auf- und abschwellend, durchdringend hallt er durch die Kathedrale von Bukavu im Osten Zaires. Eine Frau im Weinkampf. Eben noch haben die Frauen in dem halbgefüllten Kirchenschiff inbrünstig den Rosenkranz gebetet. Dann ist ein Priester im weißen Chormantel den Mittelgang herauf und hinuntergeschritten. Er spricht von Flucht; der Flucht der heiligen Familie nach Ägypten. Was Flucht heißt, wissen die Frauen. Ihre Heimat in Ruanda heißt, weiß die Welt seit spätestens einem halben Jahr.

An diesem Morgen ist längst keines der Kamerateams mehr mit den großen, dieselbetriebenen Satelliten-Übertragungseinheiten in der Grenzstadt Bukavu. Von dort hatten sie wochenlang berichtet. Über die Massenflucht, das Elend, immer die Brücke am Ruzinifluß im Bild, über die sich die Menschenströme nach Zaire ergossen. An diesem Morgen hat die Welt längst an-

dere Tragödien: Die Frühnachrichten auf der rauschenden Kurzwelle sprechen von Fluchtbewegungen aus Kuba und Haiti. Als gebe es die Tragödie am Äquator nicht mehr. Als hätte die Welt in einem Kraftakt von Helfern und ihrem Material die Not, das Chaos dort besiegt.

### Im Schatten der Kirche

Vor dem schweren Holzportal der Kathedrale kauern Menschen. Frauen, die schützend ihre Kinder an sich drücken; die auf ein paar Säcken mit ihren Habseligkeiten hocken. Am Ende der Straße, die von der Kathedrale weggeführt, bauen deutsche Malteser zwei Ambulanzzelte auf. Medizinische Hilfe für Tausende von Flüchtlingen. Ihr Weg führte sie in den Schatten der Kirche. Das Gotteshaus steht unweit der Grenze auf einer Anhöhe. Weithin sichtbar. Nachts erscheint es im gelblichen Licht von Scheinwerfern wie ein Hoffnungszeichen. Theresa, eine Malteserschwester aus Bad Nenndorf: „Viele Katholiken sind darunter, Frauen, die ihren Rosenkranz wie eine Halskette tragen. Sie sind sicher bewußt hierher gekommen. Sie wissen, hier wird man sie nicht vertreiben.“ Es mögen wohl 30.000 sein, die sich im Umkreis des Gotteshauses niedergelassen haben. Noch hocken die meisten von ihnen teilnahmslos vor den Zelten – einfachen blauen Plastikplanen mit der Abkürzung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNCHCR), die sie fast schutzlos der Kälte und dem Regen preisgeben. Geschwächt von der Flucht, eine Woche oder mehr, zu Fuß, bei Nacht, über Bergpfade, von Präfektur zu Präfektur. Die Asphaltstraße ist immer noch zu gefährlich. Keine Nahrung unterwegs, kein Wasser. Viele



Ständig hängt der Duft von Eukalyptus über den Lagern. Die Hügel sind nahezu kahl: Abgeholzt von den Flüchtlingen, die mit dem Holz heizen und ihre notdürftigen Unterkünfte aus Plastikplanen stabilisieren.



Der erste ECOM-Einsatz: Ihre medizinische Hilfe für die Flüchtlinge in Bukavu leisten die deutschen Malteser gemeinsam mit Franzosen und Belgiern.

Frauen sind schwanger. Philippe, ein Belgier, der bis zur Flucht in Ruanda lebte und eine Einheimische heiratete: „Meine Schwägerin hat unterwegs entbunden, als die Bomben fielen.“ Ihre Fluchtrichtung hatten sie nach dem Stand der Sonne eingeschlagen. Und waren doch meist nachts unterwegs, „weil das Risiko dann geringer war“, sagt Philippe, der den Maltesern jetzt mit Flucht- und Lagerleitererfahrung neben seiner Tätigkeit als Krankenpfleger als Dolmetscher dient: „Die acht Kinder, die mit uns flohen, mußten sich an einer Kordel festhalten, damit wir sie nicht verloren.“

Ein junges Mädchen ist an der Straße gefunden worden, wird zum Zelt geschleppt. Vera und Iris heben sie auf einer orangefarbenen Rettungsplane gleich in den Kleinbus des Malteserteams. Der Augsburger Michael Gebler startet zum Krankenhaus. Die Patientin ist ausgetrocknet, redet wirr, liegt fast im Koma. „Wo habt ihr sie gefunden?“ fragt die Helferin beim Hospital. Wo? Ja, wo? Irgendwo bei der Kathedrale.

Nur langsam gewöhnt sich das Auge in dem langgestreckten, beinah fensterlosen Flachdachbau an die Dunkelheit. Der strenge Geruch von Ausscheidungen und Medikamenten ist zuerst da. Dann sieht man sie, die Kranken; wie sie

auf ihren Pritschen in Löchern hängen, einen Eimer unter sich für die Notdurft. Menschenunwürdig. Aber ginge es hier tatsächlich auch anders?

Nach wohlriechenden Essenzen fast duftet der Rauch, der über der Region Bukavu liegt. Dauern. Es ist Eukalyptusholz, das die Flüchtlinge verfeuern. Der Bambuswald an der Straße zum Flughafen war innerhalb von fünf Tagen weg. Abgeholt. Allein zum Zeltbau braucht jede Familie vier Stangen. Die Hügel sind nahezu kahl. Eine ökologische Katastrophe bahnt sich an: „Wenn man jetzt zynisch wäre, könnte man sagen: Die Flüchtlinge haben die Fläche für ein neues Lager gerodet“, bemerkt eine der Helferinnen.

### „Weitgehend gesund“

Überall in den Lagern brennen Feuer. In der Nacht flackern sie unermüdlich von den Hügeln. Am Morgen, am Mittag, am Abend signalisiert ein ständiger Nebelschleier in den Tälern, daß die Flammen nicht verloschen sind. Vier Stunden kochen die roten Bohnen in den rußschwarzen, gußeisernen Töpfen auf den offenen Feuerstellen, bis sie eine Mahlzeit hergeben. Lebenswichtige, eiweißreiche Nahrung. Gestern hat Chantal Pinson, Krankenschwester des französischen Malteserordens,

in ihrem Lager die Essensration für eine Woche ausgegeben: zwei Kilo Maismehl pro Person, ein Kilo Bohnen, 500 Gramm Weizenmehl, einen Viertelliter Öl, einen Suppenlöffel Salz.

Wie die Verfassung der Menschen ist, kann Schwester Chantal schlecht beantworten. „Auf jeden Fall sind sie weitgehend gesund“. Um Bukavu herum gibt es keine Epidemien. Zur Zeit wenigstens. Und so gibt es auch nicht die bis zu 4.000 Toten pro Tag, wie sie Philippe auf dem Höhepunkt der Seuchen in Goma erlebt hat. „Nach Goma strömten innerhalb weniger Tage zirka eine Million Flüchtlinge.“ In Bukavu, einst Urlaubsziel am idyllischen Kivu-See, mit etwa 250.000 Einwohnern, soll die Bevölkerungszahl auf 600.000 gestiegen sein.

Die Einwohner von Bukavu versuchen, die Flüchtlinge zu begreifen. Aber die Preise gehen in die Höhe: Die Ruander – viele haben ihr Geld retten können – sind reicher als die Zairer. Und die wenigen Nahrungsmittel werden knapp, weil die Bevölkerung sich mehr als verdoppelt hat. Viele von unmittelbar jenseits der Grenze leben inzwischen bei Verwandten und Freunden in Bukavu. „Wer kümmert sich eigentlich medizinisch um diese Flüchtlinge?“, fragt besorgt die Malteserärztin Lucie Schmahl.

Im Ambulanzzelt herrscht allerdings keine ausgesprochene Dramatik. Halsweh, nein, keine Malaria. Hier holt sich jemand Streicheleinheiten ab. Wurmerkrankungen, Durchfälle, Unterernährung. Es geht bisweilen zu wie in einer Hausarztpraxis. Ärztliche Grundversorgung. Wehe, Regen und Kälte nehmen zu.

Und dann ist es doch wieder Malaria, eine 46jährige Mutter mit vier Kindern. Einer heißt „der Neunte“. Also muß sie mindestens neun Kinder haben. Die Frau hustet und spuckt. Nadja gibt die Medikamente nur für drei Tage aus, rollt sie in Papiertütchen. Größere Mengen wurden schon auf dem Markt verkauft. „Undi.“ Der Nächste bitte.

### Zwei für einen Dollar

Über der Kathedrale kommt tief ein tarnfarbenes Transportflugzeug herein. Ohne Kennzeichen. „Waffenschmuggler“, sagt einer. Nicht weit vom Zentrum der Stadt halten sich ruandische Militärs in einem eigenen Lager fit. Wollen sie irgendwann „als Sieger“ heim? Die Flüchtlinge zieht nichts nach Hause. Nicht wenige haben Angst vor dem Schritt. Aber das ist auch Hoffnung. Mit jedem Tag weicht die Teilnahmslosigkeit der Neuankömmlinge einer drängenden Aktivität. Die Flüchtlinge organisieren sich selbst. Vera imponiert das. Sie ist auf dem Weg zu Balthasar, will mit ihm ins Geschäft kommen. Der Vater von sieben Kindern arbeitet mit einigen Männern am Rande der primitiven Zeltstadt. Vorher geht es noch bei Albert vorbei, der auf zwei Getränkeboxen sitzt und Softdrinks – „zwei für einen Dollar“ – verkauft. Auch die Schneiderin an ihrer Nähmaschine – die muß sie auf der Flucht mitgeschleppt haben – ist unter freiem Himmel emsig. Ein Radioreparateur – wichtig wegen der Nachrichten eines von der Unesco mitfinanzierten Senders für Informationen über die Flüchtlingsregion – bietet seine Arbeitskraft an. Gemüse, Fleisch und Matten gegen die Kälte am Boden werden offeriert.

Und dann ist Balthasar erreicht, der aus weichem, weißem Jacarandaholz Madonnen schnitzt. Bei den internationalen Helfern finden die Statuen mit der afrikanischen Note großen Anklang. Maria hilft – daß Balthasar, seine Familie und die Männer überleben können. Nicht durch Almosen, sondern ihrer Hände Arbeit.

Wolfgang Rollik

## Förderpreis „Die Brandschutz 1“

– Ausschreibung –

### 1. Veranstalter

1.1 Die Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes GmbH und die Deutsche Feuerwehrverband Medien GmbH stiften für eine vorbildliche Initiative in der Brandschutzerziehung / Brandschutzaufklärung den mit den 2.000 DM dotierten Förderpreis „Die Brandschutz 1“.

1.2 Die Verleihung erfolgt am Donnerstag, dem 4. Mai 1995. Träger der Veranstaltung ist der Deutsche Feuerwehrverband e.V., Koblenzer Str. 133, 53177 Bonn, sowie die Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes GmbH und die Deutsche Feuerwehrverband Medien GmbH, Koblenzer Str. 133, 53177 Bonn.

1.3 Die Vorbereitung und Durchführung liegt beim Deutschen Feuerwehrverband e.V.

### 2. Teilnahme

2.1 Jeder besitzt das Recht, Vorschläge einzureichen, die der Förderung der Brandschutzerziehung / Brandschutzaufklärung dienlich sind.

2.2 Eine Teilnehmerbegrenzung besteht nicht.

### 3. Antragstermin

3.1 Vorschläge sind bis zum 1. März 1995 an die Bundesgeschäftsstelle des Deutschen

Feuerwehrverbandes e.V. einzusenden.

### 4. Bewertung

4.1 Die Bewertung der eingegangenen Vorschläge erfolgt durch das Fachreferat

„Brandschutzerziehung/-aufklärung“ des Deutschen Feuerwehrverbandes e.V.

### 5. Verleihung

5.1 Die Verleihung des Förderpreises „Die Brandschutz

1“ erfolgt durch einen Vertreter des Versandhauses des Deutschen Feuerwehrverbandes GmbH und der Deutschen Feuerwehrverband Medien GmbH sowie den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes e.V.

### 6. Schlußbestimmung

Diese Ausschreibung wurde vom Vorstand des DFV am 11. Februar 1994 beschlossen.

## Teilnahme deutscher Feuerwehren 1995 an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland

Meldeschluß: Ende Februar 1995

Für einen Start deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben 1995 im Ausland sind nachfolgende Bedingungen zu beachten:

### 1. Grundsätzliches

Die Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrleistungsbewerben im Ausland ist aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen der nationalen Feuerwehrverbände geregelt und möglich. Für die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür der Deutsche Feuerwehrverband zuständig.

### 2. Antrag

Anträge zur Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im Ausland sind zu richten an den Deutschen Feuerwehrverband, Koblenzer Str. 133, 53177 Bonn.

Für die Teilnahme an einem Feuerwehrleistungsbewerb im Ausland ist eine Starterlaubnis des DFV erforderlich.

An einer Teilnahme interessierte deutsche Feuerwehren können die Unterlagen bis Ende Februar formlos beim DFV anfordern.

Zusätzlicher Hinweis für bayerische Feuerwehren:

Teilnahmevoraussetzung für Feuerwehren des Freistaates Bayern ist gemäß Beschluß des Sprechergremiums, daß die Mitglieder der Bewerbungsgruppe mindestens die Stufe II (Silber) des Bayerischen Feuerwehrleistungsabzeichens besitzen. Diese Voraussetzung ist von den Abnahmeberechtigten des DFV zu prüfen. Liegt die Voraussetzung nicht vor, kann keine Abnahme der Trainingsleistung und Bestätigung im Anmeldebogen erfolgen.

### 3. Voraussetzungen

Allgemeine Voraussetzungen (gemäß österreichischen Bestimmungen) für die Zulassung sind, daß das Mitglied der Bewerbungsgruppe

– seit mindestens drei Monaten aktives Feuerwehrmitglied ist,

– am ersten Tag des Leistungsbewerbes (Stichtag) das 65. Lebensjahr nicht überschritten hat und

– einen gültigen Feuerwehrdienstausweis besitzt.

– Der Aktive darf im Bewerb um das FLA in Bronze und im Bewerb um das FLA in Silber bei jeder Bewerbungsveranstaltung nur einmal antreten,

– darf unbeschadet des Besitzes eines FLA aus einem früheren Feuerwehrleistungsbewerb erneut antreten.

Die Bewerbungsgruppe – muß in der Klasse A antreten, wenn das Gesamalter



der Aktiven weniger als 270 Jahre beträgt,

– darf bei einem Gesamtalter von 270 Jahren und darüber entweder in der Klasse A (ohne Alterspunkte) oder in der Klasse B (mit Alterspunkten) antreten.

Frauengruppen der Feuerwehren können nur dann eine Starterlaubnis erhalten, wenn das Gastland hierfür Bewertungsgruppierungen vorgesehen hat bzw. wenn dem DFV von dort eine Einwilligung zum Start (Sondergenehmigung) vorliegt. Jugendfeuerwehren können an diesen Wettbewerben nicht teilnehmen.

#### 4. Bedingungen

Bei den hier angesprochenen Feuerwehrleistungsarbeiten im Ausland handelt es sich um Wettbewerbe nach den Bestimmungen für den Wettbewerb um das FLA in Bronze/Silber des österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes bzw. den Bestimmungen für den Erwerb des FLA in Bronze und Silber des LFV Südtirol, die im wesentlichen den Bestimmungen des österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes entsprechen.

### Notruf-Schema nicht komplett

Wie denn – wo denn – was denn? Es ist offenbar gar nicht so einfach, den Aufbau von Notrufmeldungen bundeseinheitlich durchzusetzen. Der Hammer Bundestagsabgeordnete Jörg van Essen hat die Bundesregierung um schriftliche Beantwortung der Frage gebeten, ob sie bereit sei, „zusammen mit den im Brandschutz und Rettungsdienst beteiligten Institutionen und Organisationen ein bundeseinheitliches Notrufschema zu erarbeiten, das für alle Notrufe Gültigkeit hat“.

Konkreter Hintergrund dieser Anfrage ist ein Bericht des Bundesverkehrsministers über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr (Drucksache 12/8335 vom 25. Juli 1994).

Darin wird ein Notruf-Schema dargestellt, in dem der Baustein „Wer meldet“ völlig fehlt.

### „Werbung kommt nicht in Frage ...!“

Auffallendes Feuerwehr-Rot im Straßenverkehr läßt sich offensichtlich auch ganz gut „vermarkten“ – als rollende Werbefläche. Die Wuppertaler Berufsfeuerwehr hat's vorgemacht – und sich damit nicht nur Verwunderung und Kopfschütteln in Feuerwehr-Fachkreisen eingehandelt, sondern auch mächtigen Ärger mit NRW-Innenminister Herbert Schnoor. Der nämlich hält das, anders als Wuppertals Feuerwehrchef und vfdv-Vorsitzender Hans-Jochen Blätte, schlicht für eine „Schnaps-idee“ und ging ebenso spontan wie heftig dagegen vor. Per Pressemitteilung ließ er Ende September klarstellen, daß Werbung auf Einsatzfahrzeugen von Feuerwehr und Polizei „nicht in Frage kommt“ und fuhr gegen solcherlei Ideen schweres Geschütz auf: „Gemeinden sind als Hoheits-träger zu Wettbewerbsneutralität verpflichtet; eine Werbung für bestimmte Produkte oder Unternehmen würde diesem Grundsatz zuwiderlaufen.“

In einem Zeitungsbericht ging der Innenminister sogar noch weiter und warnte, man müsse „über den Wegfall der Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer nachdenken“, wenn „hoheitliche Fahrzeuge“ zu gewinnbringenden Werbeträgern würden.

Die Wuppertaler Feuerwehr hatte als ersten Werbekunden einem Hersteller von Kleinlöschgeräten die Löschfahrzeug-Fläche vermietet. Der Innenminister monierte, die „eindeutige Erkennbarkeit solcher rollender Reklametafeln als Einsatzfahrzeuge ist gefährdet“. Außerdem wäre der einzige erlaubte Schriftzug auf Feuerwehrfahrzeugen, nämlich der Hinweis auf den Notruf 112 für Feuer/Notfall, nicht mehr ohne weiteres erkennbar.

## Bundesentscheid: Jugendfeuerwehren im Wettstreit

Der diesjährige Bundesentscheid für den internationalen Jugendfeuerwehr-Wettbewerb (CTIF) der Deutschen Jugendfeuerwehr wurde in Heiligenstadt (Thüringen) ausgetragen. Zur Eröffnung war eigens der Kultusminister von Thüringen, Dieter Althaus, angereist. Bundesjugendleiter Schleaf betonte in seiner Ansprache, daß diese Wettbewerbe nicht nur den Sinn hätten, Sieger zu ermitteln, sondern auch immer eine Möglichkeit des Austausches und der Begegnung böten.

Unter der Leitung von Wettbewerbsleiter Gunther Born wurde der Zeitplan eingehalten. Pünktlich um 12.00 Uhr waren die Gruppen zur Siegerehrung angetreten. Der Vizepräsident des DFV, Rolf Schomann, konnte den Gruppen

Geschenke überreichen und für die Teilnahme danken. Aus der Hand von Innenminister Franz Schuster erhielten die drei erstplatzierten Gruppen Pokale.

Die Jugendgruppen aus Steinau/Marjöß (Hessen) und Charlottenthal (Mecklenburg-Vorpommern) jubelten am lautesten, denn sie dürfen als Erstplatzierte die DJF bei den nächsten Internationalen Wettbewerben, die vom 23. bis 29. Juli 1995 in Arco (Italien) stattfinden, vertreten.

#### Ergebnisliste

| Platz | Jugendfeuerwehr | Bundesland          | Punkte |
|-------|-----------------|---------------------|--------|
| 1     | Marjöß          | Hessen              | 1.030  |
| 2     | Charlottenthal  | Mecklenb.-Vorp.     | 1.028  |
| 3     | Oberneukirchen  | Bayern              | 1.028  |
| 4     | Adenbüttel      | Niedersachsen       | 1.028  |
| 5     | Grabow          | Mecklenb.-Vorp.     | 1.027  |
| 6     | Taufkirchen     | Bayern              | 1.022  |
| 7     | Dannenbüttel    | Niedersachsen       | 1.016  |
| 8     | Schallstadt     | Baden-Württemberg   | 1.015  |
| 9     | Oberdorla       | Thüringen           | 1.014  |
| 10    | Steinefrenz     | Rheinland-Pfalz     | 1.012  |
| 11    | Wohlmirstedt    | Sachsen-Anhalt      | 1.011  |
| 12    | Alflen          | Rheinland-Pfalz     | 994    |
| 13    | Gondsroth       | Hessen              | 994    |
| 14    | Markelfingen    | Baden-Württemberg   | 982    |
| 15    | Dassendorf      | Schleswig-Holstein  | 976    |
| 16    | Allerstedt      | Sachsen-Anhalt      | 973    |
| 17    | Schönebeck      | Bremen              | 966    |
| 18    | Wankendorf      | Schleswig-Holstein  | 966    |
| 19    | Wellingsbüttel  | Hamburg             | 951    |
| 20    | Mahndorf        | Bremen              | 950    |
| 21    | Hohendeich      | Hamburg             | 949    |
| 22    | Schlema         | Sachsen             | 947    |
| 23    | Westhausen      | Thüringen           | 947    |
| 24    | Bruchmühle      | Brandenburg         | 940    |
| 25    | Mahlsdorf       | Berlin              | 919    |
| 26    | Schulzendorf    | Brandenburg         | 876    |
| 27    | Millingen       | Nordrhein-Westfalen | 861    |

# Die Feuerwehr-Erholungsheime in der Bundesrepublik

Heute: Gudow bei Mölln (Niedersachsen)

Erholungsheim  
der Feuerwehr Hamburg  
Gudow bei Mölln  
Westphalensweg 1  
20099 Hamburg  
Telefon  
(0 40) 24 82 83 17 / 4 12



Direkt am Naturpark „Lauenburgische Seen“ und am Dorfrand liegt das Ferienhaus der Feuerwehr Hamburg auf einem ca. 5000 Quadratmeter großen Waldgrundstück.

Elf Doppel- sowie zwei Einzelzimmer, jeweils mit eigenem Sanitärbereich, Selbstversorgerküche, ein freundlicher Aufenthaltsraum mit gemütlichem Kaminzimmer, Sauna und andere Gemein-

schaftseinrichtungen erwarten den Gast.

In der Umgebung findet der Naturfreund ausgedehnte Wege zum Wandern und Radfahren, Naturseen zum Baden, Surfen und Gelegenheit, Tiere

auf freier Wildbahn zu beobachten. Auch einen Ausflug an die Ostsee (55 km) und nach Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin, Rostock) kann man einplanen.



# Lebensretter konzentrieren ihre Kräfte weltweit

## International Life Saving Federation gegründet

In einem Festakt wurde am 3. September in der walisischen Hauptstadt Cardiff die neue Weltorganisation für Wasserrettung, die International Life Saving Federation (ILS) aus der Taufe gehoben. Die Präsidenten der beiden früheren Weltorganisationen FIS und WLS, Klaus Barnitzke und Alan Ross, unterzeichneten die Gründungsurkunde. Erster Präsident der ILS ist der Australier Kevin Weldon, zum Generalsekretär wählte die Versammlung den Belgier Harald Venvaecke. An dem Gründungsakt nahmen Vertreter von 35 nationalen Rettungsorganisationen aus allen fünf Kontinenten teil.

Der neue Weltverband besteht aus vier Großregionen, die für die praktische Arbeit verantwortlich sind. Auf Vorschlag der DLRG wurden mit großer Mehrheit Klaus Barnitzke zum Präsidenten und DLRG-Schatzmeister Dr. Klaus Wilkens zum Generalsekretär der europäischen Sektion der ILS gewählt. Barnitzke wurde zudem zum Vizepräsidenten im internationalen Board der ILS gewählt. Als Finanzberater und Koordinator gehört Dr. Wilkens dem Gremium an. Europa ist mit 30 nationalen Organisationen die mit Abstand mitgliederstärkste Großregion des neuen Weltverbandes für Wasserrettung. Bei der Eröffnungsveranstaltung begründete Klaus Barnitzke die Entscheidung für eine neue Weltorganisation der Lebensretter: „Freizeitentwicklung und internationaler Tourismus, Gesundheitsvor-

sorge und die Gesundheitspflege durch Schwimmen und Wassersport sowie die erhöhte Wasserunfallgefahr fordern eine Fusion beider Wasserrettungsorganisationen und damit die Konzentration der Kräfte und Anstrengungen. Doppelgleisigkeit kann auf Dauer finanziell und administrativ nicht effektiv sein. Vorbeugend und aktiv zum Zweck der Rettung von Menschenleben vor dem Ertrinkungstod zu wirken, haben sich die Rettungsgesellschaften in der ganzen Welt als Aufgabe gestellt.“

Parallel zum Kongreß wurden die Weltmeisterschaften im Rettungsschwimmen ausgetragen. An den Titelkämpfen nahmen 16 Nationen und 104 Clubmannschaften aus 13 Ländern mit 1500 Aktiven teil. In den Hallenbaddisziplinen belegte Team Deutschland den zweiten Rang hinter der



An den Weltmeisterschaften im Rettungsschwimmen nahmen 104 Clubmannschaften aus 13 Ländern teil.

Surf Life Saving Australien (SLSAA). Weltmeister wurden Klaus Hermes und Barbara Götter über 100 m Schwimmen und Retten mit Flossen und das DLRG-Quartett in der 4 x 50 m Puppenstaffel. Den

vierten deutschen Titel sicherte sich Carmen Geisler. Austragungsort des Rescue '96 ist Durban, Südafrika. Die ILS vergab die Rescue '98 nach Neuseeland.



Klaus Barnitzke und Dr. Klaus Wilkens sind in der neuen Organisation an maßgeblicher Stelle tätig.

## Jetzt sind die starken Frauen dran

Die erfolgreiche Werbekampagne für die Rettungsschwimmabzeichen wird 1995 fortgesetzt. „Bei 9000 zusätzlichen Rettungsschwimmprüfungen und 46 Millionen Zuschauer-, Hörer- und Leserkontakten durch Werbung und PR-Aktionen waren wir uns schnell einig, weiterzumachen“, sagte der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit im DLRG-Präsidium, Bernd Schäfer.

Zu Michael Groß, Schirmherr der ersten Kampagne, gesellt sich eine junge Frau, die auf Plakaten, Handzetteln und Anzeigen an der Seite des Olympiasiegers wirbt: Bettina Lange (25), DLRG-Mitglied, siebenfache Weltmeisterin im Rettungsschwimmen und wie Michael Groß Trägerin des Silbernen Lorbeerblattes.

„Bei aller Freude über das Ergebnis mußten wir feststellen, daß nur ein Drittel Frauen ein Abzeichen in Bronze, Silber oder Gold erworben haben. Deshalb wollen wir ganz gezielt die Frauen ansprechen. Mit dem Slogan ‚Jetzt sind die Frauen dran‘ haben wir ein deutliches Signal gesetzt“, so Bernd Schäfer weiter.

Michael Groß und Bettina Lange werden die neue Kampagne für die Rettungsschwimmabzeichen der DLRG während der „Boot '95“ vom 21. bis 29. Januar 1995 der Öffentlichkeit vorstellen. Im Rahmen der größten Wassersportmesse der Welt wird „Notruf“ über die neue bundesweite DLRG-Aktion berichten.

## Neues Rettungsboot

Am 30. Oktober 1994 fand die offizielle Bootsübergabe für das neue Mehrzweckboot des DLRG-Landesverbandes Hessen statt. Landesverbandspräsident Peter Enders bekam symbolisch den Schlüssel von Ministerialdirigent Wolf von Hoerschelmann überreicht.



Michael Groß und Bettina Lange werben jetzt gemeinsam für das Rettungsschwimmen.

Peter Enders übergab den Schlüssel dann gleich in die Hände des Bezirksleiters des Bezirkes Starkenburg, wo das Boot für den Katastrophenschutz eingesetzt werden soll.

## Innenminister beim „Tag der offenen Tür“

Der Hessische Innenminister Gerhard Bökel benutzte den „Tag der offenen Tür“ in

Wiesbaden-Biebrich, um der DLRG einen Besuch abzustatten. In seinem Grußwort würdigte der Innenminister die Arbeit der DLRG.

Stadtrat Klaus Bensberg sicherte der DLRG zu, daß die Stadt Wiesbaden versuche, die kommunale Unterstützung aufrechtzuerhalten. Der Wiesbadener Stadtrat schloß auch eine Schließung der Schwimmbäder in Wiesbaden für die folgenden Jahre aus.

Die Biebricher DLRG-Vorsitzende Astrid Löber bedankte sich vor allem bei ihren aktiven Mitgliedern für die geleistete Arbeit, denn ohne „ihre“ Mannschaft wäre der „Tag der offenen Tür“ nicht möglich gewesen.



Nach der Taufe wird das neue Boot für eine erste Fahrt zu Wasser gelassen.

# Empfang der Landesregierung zum „Tag des freiwilligen Helfers“

Niedersachsens Innenminister Glogowski ehrte Helfer in Braunschweig

Zum „Tag des freiwilligen Helfers“ fand am Sonnabend, 17. September 1994, ein Empfang der Niedersächsischen Landesregierung im Braunschweigischen Landesmuseum statt. Umrahmt wurde der zwei-stündige Empfang von einer Großveranstaltung in der Braunschweiger Innenstadt unter dem Titel „Tag des freiwilligen Helfers“, dessen Schirmherrschaft Innenminister Glogowski übernommen hatte. Die Veranstaltung sollte die Staatsaufgabe Bevölkerungsschutz und ihre Bedeutung der Öffentlichkeit deutlich machen. Dazu dienten Ausstellungen zum Thema, Informationsstände und vor allem Vorführungen zu Selbstschutz-techniken und zur Nachbarschaftshilfe.

Ausgerichtet wurde die gemeinsame Veranstaltung vom Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinrichtungen des Katastrophenschutzes in Deutschland (ARKAT), dem Arbeiter-Samariter-Bund, dem Bundesverband für den Selbstschutz, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Landesfeuerwehrverband, der Johanniter-Unfall-Hilfe, dem Malteser-Hilfsdienst und dem Technischen Hilfswerk.

Das Grußwort für die Hilfsorganisationen zum Empfang der Landesregierung sprach der ARKAT-Bundesvorsitzende Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn.

**Hier seine Ausführungen im Wortlaut:**

„Die niedersächsischen Organisationen und Verbände des Katastrophenschutzes, die sich hier in Braunschweig zum ‚Tag des freiwilligen Helfers‘ gemeinsam mit einer Leistungsschau den Bürgerinnen und Bürgern präsentieren, danken der Landesregierung für die Würdigung ihres freiwilligen und ehrenamtlichen Einsatzes zum Schutz von Leben und Umwelt.

Die Artikel 1 und 2 unseres Grundgesetzes verpflichten den Staat auf einen umfassenden Schutz gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Es handelt sich also um eine Aufgabe, der wir nicht allein ‚nach Kassenlage‘ nachkommen sollten.

Die Qualität humanitärer Hilfeleistung innerhalb und

außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes gehört deshalb zweifellos zu den Visitenkarten unserer demokratischen Grundordnung und ist zugleich auch einer ihrer wesentlichen Stützpfeiler. Befinden sich aber Staat und Politik gegenwärtig noch im Konsens mit den auf bürgerschaftlicher Grundlage Schutz und Hilfe leistenden Aufgabenträgern des Bund-Länder-Katastrophenschutzes?

Gewiß, eine Neuorientierung tut not, und diese wurde von allen Hilfeleistungsträgern seit langem gefordert. So ist die Absicht von Bund und Ländern, ein integriertes multimodales Katastrophenschutzsystem zu schaffen, einhellig zu begrüßen. Die vielfach beklagte mangelnde Einbindung mobiler Komponenten des Katastrophenschutzes

wird so möglich und ein nach modularem Prinzip segmentierter Gefahrenschutz trägt dazu bei, die Gefahrenabwehr operativ flexibel und von der Reaktionsfähigkeit, der zeitlichen und örtlichen Verfügbarkeit her optimaler gestalten zu können.

Das Erweitern der modularen Funktionalität und die Konzentration der bisherigen Fachdienstaufgaben auf personell erheblich reduzierte Einsatzkomponenten verlangt jedoch, daß diese technisch, organisatorisch und logistisch aufeinander abgestimmt in eine einheitliche organisations- und fachdienstübergreifende Systematik für Führung und Kommunikation eingebunden bleiben. Auf eine bundeseinheitliche Struktur hinsichtlich Führung, Kommunikation und Logistik will der



ARKAT-Bundesvorsitzender Kühn (rechts) im Gespräch mit dem niedersächsischen Innenminister Glogowski. (Foto: Rienecker)

Bund künftig jedoch ganz verzichten.

Sie, Herr Minister Glogowski, haben am 18. Mai des Jahres anlässlich der Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf eine große Anfrage im Niedersächsischen Landtag mit Nachdruck erklärt, daß es aus Ihrer Sicht der Bundeseinheitlichkeit in diesen verbindenden Elementen im Sinne einer möglichst effizienten Bund-Länder-Gefahrenabwehr weiterhin bedarf und gefordert, daß sich der Bund hier entsprechend einbringt. Sie haben diese Beurteilung dem Bundesinnenminister auch höchstpersönlich deutlich gemacht und diesen Ihren Standpunkt anlässlich der Eröffnung der Interschutz 1994 vor internationalem Publikum nochmals bekräftigt. Und das leuchtet ja auch ein.

Wenn wir also den Gefahren- und Katastrophenschutz in Deutschland nach Art des ‚Lego-Prinzips‘ neu ordnen wollen, dann können wir für die jeweiligen Bausteine zwar die unterschiedlichsten Farben wählen. An den Nahtstellen benötigen wir jedoch Standards, sonst fügt sich das Ganze eben nicht mehr wirkungsvoll zusammen. Und das gerade muß berücksichtigt werden.

Wenn seitens der verantwortlich handelnden Politik nichts geschieht, werden wir binnen kurzem etwa die Hälfte der ehrenamtlichen Helfer des vom Bund getragenen Katastrophenschutzes, das heißt des für größere zivile Notstände unentbehrlichen gegliederten Einsatzpotentials, verlieren. Dabei wird voraussichtlich, als Folge fachlich und zeitlich unrealistischer, ja teilweise unsinniger Planungen und Vorstellungen über die künftigen Führungsaufgaben in der Katastrophenabwehr der größte Teil der vielfach über Jahrzehnte ausgebildeten und erfahrenen Führungseliten der Aufgabe verlorengehen.

Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer genießen Vertrauensschutz.

– Wenn jetzt über die Haushaltsgesetzgebung der Deutsche Bundestag an der Diskus-

sion des Programmwerfts ‚Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft‘ – unter Umgehung einer ausführlichen Sachdiskussion im Parlament – lediglich formal beteiligt werden soll und auf diese Weise für die Länder, Kommunen und die Trägerorganisation fast schon nicht mehr reversible Fakten geschaffen werden;

– wenn die Umsetzung des Konzeptes durch organisatorische Weisungen an die Bundesländer – vorbei am Parlament – noch 1994 Voraussetzungen schafft, die letztendlich eine Atomisierung der in mehr als drei Jahrzehnten geübten Rollenverteilung im Bevölkerungs- und Gefahrenschutz zur Folge haben müssen;

– wenn dabei seitens des BMI unzutreffend so getan wird, als hätten die auf Bundesebene zu beteiligenden Organisationen und Verbände mehrheitlich den Planungen hinsichtlich der Umsetzung bereits voll inhaltlich zugestimmt;

– wenn seitens der auf Bundesebene mit diesen Planungen befaßten Ministerialbürokratie sowohl gesetzliche Bestimmungen als auch einfachste Gebote der Fairneß immer wieder mißachtet werden,

so ist Vertrauen nicht mehr gegeben. Völlig unbeeindruckt vom gemeinsamen Beschluß von CDU/CSU, FDP und SPD im Innenausschuß des Deutschen Bundestages vom 3. Juni 1992, wonach selbst unter den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen der erweiterte Katastrophenschutz unvermindert seine Bedeutung behält und die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, eben dieser Verpflichtung auch weiterhin gerecht zu werden, müssen wir anhand des Regierungsentwurfes für den Bundeshaushalt 1995 feststellen, daß fast die gesamte Last der erneuten Kürzungen im Einzelplan 36 der Katastrophenschutz trägt, und es soll noch schlimmer kommen!

Die Neukonzeption des Katastrophenschutzes kann nach Auffassung vieler, die sich

damit auch verfassungsrechtlich beschäftigen, nicht allein durch Erlasse auf der Grundlage des vom Bund selbst noch ‚als erste konzeptionelle Überlegungen eingestuft und noch nicht abschließend abgestimmten Programmwerfts‘ erfolgen. Hierzu bedarf es einer Änderung der betreffenden Fachgesetze. Nach dem Prinzip ‚Haushaltsslage vor Rechtslage‘ wird hierzu von der Bundesregierung z. Zt. ein Gesetzesänderungsentwurf vorbereitet, der dem Vernehmen nach auch keine trägerschaftlichen Zuordnungen mehr enthalten soll, weil man – das betone ich einmal ganz eigennützig – offensichtlich erkannt hat, daß es ohne ‚Regie‘ und damit dem Erhalt des Subsidiaritätsprinzips künftig nur schwer möglich sein wird, ein regional einheitliches Schutzniveau überhaupt noch aufrechtzuerhalten. Insofern geht mir das Land Niedersachsen in der Umsetzung des Konzeptentwurfes der Bundesregierung z. Zt. auch etwas zu forschen an die Dinge heran.

Insbesondere hinsichtlich der Verteilungskriterien bei der Zuweisung von Ausstattungskomponenten sollten Gefahren- und Gefährdungsschwerpunkte besser berücksichtigt werden.

Mitunter gewinnt man den Eindruck, daß gerade die kommunalen Gebietskörperschaften, die in den vergangenen Jahren teilweise erhebliche Finanzmittel für die Unterbringung und zusätzlichen Ausstattungen der Bundesfahrzeuge sowie die Sicherstellung der Ausbildung der Helferinnen und Helfer aufgewendet haben, besonders benachteiligt sind.

So macht es im Zuge der Umdislozierung auch kaum einen Sinn, Einheiten an bestimmten Standorten aufzulösen, um diese dann nur 15 km weiter neu aufbauen zu müssen, oder durch unnötige Trägerschaftswechsel zusätzliche Unruhe in die Helferschaft zu tragen.

In meinen Ausführungen haben aus naheliegenden Gründen zunächst die Bundesverpflichtungen für den Kata-

strophenschutz etwas im Vordergrund gestanden. Gestatten Sie mir deshalb einige Anmerkungen zur Verantwortung des Landes selbst.

Bei der Gestaltung des zukünftigen Katastrophenschutzes ist zweifellos eine Verschiebung der Lastenverteilung in dem bisherigen Verbund der Aufgaben des Bundes, die fortbestehen, und den Aufgaben der Länder vonnöten. Diese Verteilung ist ‚rechtsschief‘, wenn man sie in ihrem Finanzierungsanteil einmal von den Ländern auf den Bund bezieht.

Nun ist Katastrophenschutz nicht allein eine Frage der Finanzierung. Wir benötigen auch kein Nebeneinander von Bundeskonzeption und verschiedenen Länderkonzeptionen, sondern eine Gesamtkonzeption, die als integriertes Schutzsystem sowohl den Schutz vor äußeren Gefahren als auch die deutlich gewachsenen Risiken im Bereich zivilisatorischer Großschadenspotentiale lokal, regional, länder- und staatenübergreifend bis hin zur humanitären Hilfeleistung in fernerer Regionen berücksichtigen. Die Erwartungen und Wertvorstellungen an die gesamte Bandbreite der Gefahrenvorsorge sind hier eigentlich eher wieder umfassender und politisch nachdrücklicher geworden.

Derart integrierte Schutzkonzepte schaffen nicht nur mehr Schutz, sie reduzieren auch deutlich die Kosten. Durch integrierte Organisation, Technik und Ausbildung lassen sich nämlich auch die finanziellen Aufwendungen in den jeweiligen Verantwortungsebenen insgesamt erheblich reduzieren und damit ein mehr an Leistung gewinnen.

Hier in der Stadt Braunschweig ist das Bewußtsein für Zerstörung und Not der Menschen bei vielen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern noch besonders ausgeprägt. Die Ausstellung ‚Bomben auf Braunschweig‘ im Forum des Landesmuseums, die den Opfern der größten aller denkbaren Katastrophen gewidmet ist, mahnt uns in diesen Tagen der 50. Wiederkehr der Zer-

störung Braunschweigs zu besonderer Wachsamkeit.

Demokratie ist die verwundbarste unter den politischen Ordnungen. Sie ist zerbrechlich und stets gefährdet.

In den Organisationen und Verbänden des Katastrophenschutzes

- den Feuerwehren
- dem Technischen Hilfswerk
- dem Deutschen Roten Kreuz
- der Johanniter-Unfall-Hilfe
- dem Malteser-Hilfsdienst
- dem Arbeiter-Samariter-Bund
- der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft
- dem Bundesverband für den Selbstschutz u.a.

widmen sich Bürgerinnen und Bürger überwiegend ehrenamtlich, gemeinsam mit den Katastrophenschutzbehörden, Berufsfeuerwehren, Rettungsdienst, Polizei, Bundesgrenzschutz und den Streitkräften, dem Schutz vor Gefahren der Technik, der Natur und der Anwendung von Gewalt. Durch die ehrenamtliche Mitwirkung an öffentlichen Aufgaben kann so in besonderer Weise zur demokratiebewahrenden Bindung zu Staat und Gesellschaft aktiv beigetragen werden.

Ich sehe deshalb nicht nur den Katastrophenschutz gefährdet, wenn die von der Bundesregierung vorgelegten Planungen die parlamentarischen Hürden so tatsächlich passieren würden und die Umsetzungsmaßnahmen weiterhin mit dieser Plötzlichkeit und Radikalität vorangetrieben werden.

Sowohl die Kommunalbehörden auf Kreisebene als auch die Trägerorganisationen müssen sich zeitlich angemessen auf den geplanten Strukturwandel einstellen können. Die Chancen der Neugestaltung der Aufgaben dürfen auch nicht durch einen Verlust an Kompetenz und Professionalität in der Ausbildung vertan werden.

Bei der ausschließlichen Übertragung der Gesamtausbildung auf die Trägerorganisationen wäre eine integrierte Ausbildung von Angehörigen verschiedener Hilfsorganisationen an einer Ausbildungsstätte nicht mehr möglich. Dies ließe negative Auswirkungen auf die organisations- und fachdienstübergreifende Zusammenarbeit im Einsatz befürchten. Insbesondere aus den Reihen der Helferinnen

und Helfer in unserem Land wird beklagt, daß bei einer Verwirklichung dieser Konzeption die Katastrophenschutzschulen als Stätten für die Begegnung und den überregionalen Erfahrungsaustausch von Führungs- und sonstigen Fachkräften zur Disposition gestellt werden.

Die im Zeitbezug begrenzten Kapazitäten, z. B. der Landesfeuerwehrschulen, ließen zunächst auch keine Ausbildung von zusätzlichen Kräften aus dem Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes zu.

Besonders die Kurzfristigkeit der Umsetzungsmaßnahmen gefährdet gegenwärtig in vielen Bereichen die Aufrechterhaltung der personalen Grundlage für die weitere Aufgabenwahrnehmung. Durch die im Detail noch wenig durchdachte Umsetzung unter ausschließlicher Beachtung finanzieller Zwänge geht uns insgesamt zuviel verloren. Dieses staat- und demokratieerhaltende Humankapital und fachlich für die Gefahrenabwehr in Katastrophenfällen entwickelte Know-how wäre für gesellschaftliche Aufgaben dann auch nicht mehr reaktivierbar.

Gerade deshalb haben wir uns dazu entschlossen, hier in Braunschweig im Rahmen einer Gemeinschaftsveranstaltung aller mitwirkenden Organisationen und Verbänden darzustellen, welcher Leistungsstand im Katastrophenschutz des Landes Niedersachsen insgesamt erreicht werden konnte.

Durch vielfältige Aktivitäten, die von den Mitarbeitern des Bundesverbandes für den Selbstschutz koordiniert und vorbereitet worden sind, wollen die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer stellvertretend für den Regierungsbezirk Braunschweig durch Information, Vorführungen, Sicherheitswettbewerb, Musikdarbietungen und die Ausstellung ‚Wir helfen gemeinsam‘ ihre vielseitigen Angebote der Hilfeleistung in der Öffentlichkeit darstellen.“

## „Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer genießen Vertrauensschutz“

**Anfang Oktober nahm der ARKAT-Bundesvorsitzende, Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, in einem Schreiben an die Bundestagsfraktionen zur Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes in Deutschland Stellung. In seinen Zeilen führte Kühn aus:**

„Ich beziehe mich auf das dem Innen- und Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vorgelegte Konzept ‚Zivilschutz in Deutschland –

Programm für die Zukunft‘, die Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes betreffend.

Diese ersten konzeptionellen Überlegungen wurden bisher seitens des Bundesministers des Innern stets als Entwurf und mit allen zu beteiligenden Organisationen noch im Detail abzustimmendes Papier gekennzeichnet. Nunmehr wende ich mich an Sie, weil ich aus jüngsten Erlassen des BMI, so LZV 6 vom 23.

Juni 1994 sowie den Ausführungen von Herrn Ministerialdirektor Dr. Kass zum Fortgang des Neukonzipierungsprozesses gegenüber den Hilfeleistungsorganisationen am 20. September 1994 ersehen muß, daß man dort in Form einer ‚Mitteilung‘ an die Bundesländer – vorbei am Parlament und vor Abschluß des laufenden Haushaltsgesetzgebungsverfahrens – nicht mehr reversible Voraussetzungen schaffen will.

Die Mehrheit der Verbände und Organisationen hat gegenüber dem BMI am 20.09.1994 erklärt, daß schon aus Art und Umfang der bisher praktizierten Beteiligung keine generelle Zustimmung zur geplanten Umsetzungen des Konzeptes abgeleitet werden könne. Nach meinem Eindruck werden von den handelnden Bürokratien gegenwärtig sowohl gesetzliche Bestimmungen als auch einfachste Gebote der Fairneß immer wieder mißachtet.

Artikel 1 und 2 unseres Grundgesetzes verpflichten den Staat auf einen umfassenden Schutz gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Ich halte es deshalb für unerlässlich, daß der Deutsche Bundestag derart einschneidende Veränderungen in der Vorsorge zum Schutz von Leben und Gesundheit, der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Sicherung lebensnotwendiger Sachgüter zunächst im Parlament einer ausführlichen Sachdiskussion unterzieht. Es ist jedenfalls dem Stellenwert der Aufgabe absolut nicht angemessen, wenn das Parlament über die Haushaltsgesetzgebung lediglich formal beteiligt werden soll. Darüber hinaus erfordern auch nach Auffassung des BMI mehrere Maßnahmen erst noch weitere gesetzgeberische Aktivitäten, so die Änderung des Gesetzes über den Zivilschutz und die Anpassung des 1990 erst vom Deutschen Bundestag grundlegend novellierten Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes.

Die Bundesregierung verläßt insgesamt in wesentlichen Elementen der Neukonzeption den Rahmen, den ihr diese Gesetze vorgeben. Es ist weiterhin festzustellen, daß sich mit dem Wechsel in der Leitungsverantwortung im BMI von Bundesinnenminister Seiters und Staatssekretär Dr. Priesnitz zu Bundesinnenminister Kanther und Staatssekretär Prof. Dr. Schelter seit April 1993 die politischen Vorgaben für die Neukonzeption entscheidend verändert haben. Völlig unbeeindruckt von dem gemeinsamen Beschluß von CDU/CSU, FDP und SPD im Innenausschuß des Deutschen Bundestages vom 3. Juni 1992, wonach selbst unter den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen der erweiterte Katastrophenschutz unvermindert seine Bedeutung behält und die Bundesregierung aufgefordert wurde, eben dieser Verpflichtung auch weiterhin gerecht zu werden, müssen wir heute anhand des Regierungsentwurfes für den Bundeshaushalt 1995

feststellen, daß fast die gesamte Last der erneuten Kürzungen im Einzelplan 36 der Katastrophenschutz trägt.

Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz genießen Vertrauensschutz. Wenn nichts geschieht, werden wir binnen kurzem etwa die Hälfte der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes verlieren. Dabei wird voraussichtlich als Folge fachlich fehlerhafter Planung über die künftigen Führungsaufgaben der größte Teil der vielfach über Jahrzehnte ausgebildeten Führungseliten nach Hause geschickt werden.

Nachdem Bundesinnenminister Kanther bereits zum 31.12.1993 bundesweit mehr als 2441 Einheiten und Einrichtungen aus den Bereichen Führung, Veterinär- und Betreuungsdienst, Kommunikation und Logistik mit mehr als 20.000 Helferinnen und Helfern zur Disposition gestellt hatte, sollen bis zum 31.12.1994 auch der Brandschutz und Sanitätsdienst im erheblichen Umfang reduziert sowie die Bundesfinanzierung für den Fernmeldedienst, Instandsetzungsdienst, Technische Einsatzleitungen, Verpflegungstrupps und ABC-Melde- und Auswertestellen völlig zurückgenommen werden. Insgesamt wären mehr als 80.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer von den 'Einsparungen' betroffen.

Zu diesen 'ersten' Maßnahmen zur Umsetzung der Neuordnung des erweiterten Katastrophenschutzes zählt ebenfalls die Rücknahme der Bundesfinanzierung für rd. 7.770 nicht mehr 'konzeptkonforme' Feuerwehr-, Sanitäts-, Instandsetzungs-, Führungs- und Fernmeldefahrzeuge, die aus der Wartung herausgenommen und für deren Unterbringung keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden sollen.

Besonders schwerwiegend ist dabei die weitgehende Aufgabe der Helferausbildung an den Katastrophenschutzschulen des Bundes und der Länder sowie die völlige Aufgabe der Bundeseinheitlichkeit hinsichtlich Führung, Kommuni-

kation und Logistik. Im Sinne einer möglichst effizienten Bund-Länder-Gefahrenabwehr ist zu fordern, daß sich der Bund hier weiter entsprechend einbringt.

Alle Hilfsorganisationen haben gegenüber dem BMI am 20.09.1994 erklärt, daß sie sich weder finanziell noch im Zeitbezug in der Lage sehen, das bewährte schulische Ausbildungssystem durch eine integrierte Ausbildung der Organisationen zu substituieren. Sowohl die Kommunalbehörden auf Kreisebene als auch die Trägerorganisationen müssen sich zeitlich angemessen auf Strukturveränderungen einstellen können.

Die Chancen der Neugestaltung der Aufgaben im Bund-Länder-Verbund dürfen nicht weiter durch unvermeidbare Verluste an Schutzqualität sowie Kompetenz und Professionalität in der Führung und Ausbildung vertan werden.

Ein integriertes multimodales Gefahrenschutzsystem, das den Schutz vor äußeren Gefahren und den deutlich gewachsenen Globalrisiken im Bereich zivilisatorischer Großschadenspotentiale sowohl lokal, regional, länder- als auch staatenübergreifend bis hin zur humanitären Hilfeleistung im Ausland operativ flexibel, zeitlich und örtlich optimal verfügbar gestalten könnte, ist nach den bekanntgewordenen Abbauvorschlägen jedenfalls nicht mehr zu erwarten.

Durch derart integrierte Schutzkonzepte ließe sich nicht nur mehr Schutzqualität schaffen, sondern auch deutlich die Kosten reduzieren und damit ein Mehr an Leistung gewinnen. Statt dessen gefährden die Kurzfristigkeit und die fachlich im Detail nicht durchdachte und ausschließlich finanziellen Vorgaben folgenden Planungen die personale Grundlage für die künftige Wahrnehmung der Aufgaben im Katastrophenschutz. Hinzu kommt, daß mit der Reduzierung der Wehrdienstdauer auf zehn Monate die Attraktivität der alternativen Dienstleistung im Katastrophenschutz weiter sinken wird.

Alle Katastrophenschutzorganisationen und -Verbände müssen in dieser Situation darauf hinweisen, daß sie den Bürgerinnen und Bürgern künftig nicht mehr den gewohnten Schutz bieten können, wenn der Vollzug der seitens des BMI bereits in Vorbereitung befindlichen weiteren Erlassen nicht unverzüglich ausgesetzt wird, bis die gebotene Sachdiskussion im Parlament und die Anpassung der geltenden Gesetzgebung abgeschlossen und im offenen Dialog mit den Hilfeleistungsträgern und den inzwischen kritischer gewordenen Ländern und kommunalen Spitzenorganisationen geklärt ist, wie die künftigen Strukturen einer möglichst einheitlichen Bund-Länder-Gefahrenabwehr beschaffen sein müssen.

Ich bitte Sie, unsere Sorge über die künftige Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Schutzsystems den Mitgliedern Ihrer Fraktion zuzuleiten, um weiteren Schaden zu verhindern.

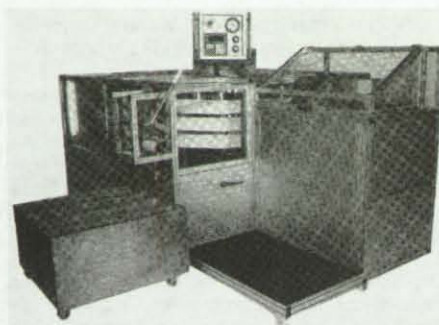
Der vom BMI durch organisatorische Weisungen an die Länder bereits eingeleitete Abbau von Schutzressourcen wird sonst letztendlich zu einer Atomisierung der bisher gültigen Rollenverteilung von Bund, Ländern und Hilfeleistungsträgern führen und ist sofort zu unterbinden.

So sollte vor einer Neuordnung das Gesamtkonzept zuvor im Parlament beraten und die in den Haushaltsansätzen 1995 ff. veranschlagten Mittel wieder den von der Verfassung geforderten Rang hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger einnehmen."



## Kompakte Schlauchpflege

Ein neuentwickelter Haspelschlauchprüfstand mit integrierter Hochdruckschlauchwaschanlage ist für Feuerwehrschläuche der Größen B, C und D ausgelegt. Die Installation der Anlage erfordert keine besonderen Baumaßnahmen. Um eine optimale Schlauchpflege zu gewährleisten, wird in Verbindung mit den anderen notwendigen Komponenten ein Raum von nur ca. 5 m x 6 m Größe



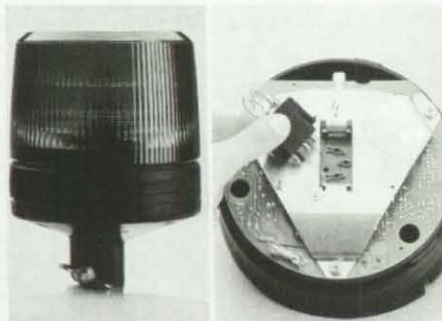
benötigt. Die Anlage ermöglicht die Druckprüfung auf einer Haspel und die Reinigung eines Schlauches mit Hochdruck in ca. 2-3 Minuten. Die Durchlaufgeschwindigkeit ist, je nach Verschmutzungsgrad, variabel einstellbar. Das Prüfwasser wird nach Gebrauch in einem Reservoir aufgefangen und erneut zu weiteren Druckprüfungen verwendet. Der Haspelprüfstand ist ohne Gefahr für den Bediener (Spritzwasser etc.) von allen Seiten einsehbar. Die gesamte Anlage wird computergesteuert, mit Anschlußmöglichkeit eines Druckers zur Karteführung, und ist mit anderen Techniken kombinierbar. (Hafenrichter)

## Doppelblitz erhöht Warnwirkung

Erhöhte Warnwirkung durch Doppelblitz, niedrige Bauhöhe, bauartgeprüfte und gesockelte Xenon-Blitzröhre X1 sowie geringe Leistungsaufnahme (38,4 Watt) – das sind die besonderen Vorteile der neuen elektronischen Blitzkennleuchte KLX. Mit einer Bauhöhe von nur 140 Millimetern (maximale Sockelbreite: 165 Millimeter) bietet sie deutliche Vorteile hinsichtlich der Durchfahrthöhe bei gleichzeitig erhöhter Warnwirkung. Denn die kugelförmigen Blitze sind sowohl rundum als auch aus der Luft gut zu erkennen.

Dazu trägt die mit zwei Optiken versehene Lichthaube bei. Die innenliegende Prismenoptik ist so ausgelegt, daß die vom Gesetzgeber geforderten Mindestlichtstärken übertroffen werden. Außenliegende Zylinderlinsen vergrößern die leuchtende Fläche.

Die steckbar gesockelte Blitzröhre ist bauartgeprüft und kann vom Anwender gewechselt wer-



den. Das ist neu, denn bisher sind Blitzröhren für Rundumkennleuchten versiegelt und müssen vom Hersteller ausgetauscht werden. Die KLX ist ohne mechanische Verschleißteile aufgebaut und somit wartungsarm. (Hella)

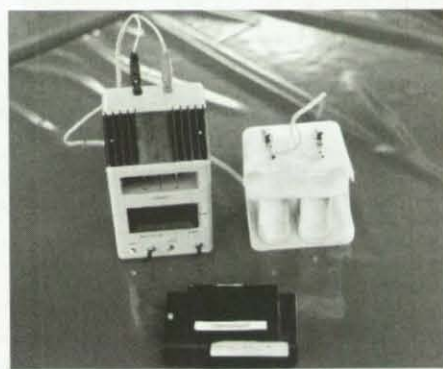
## Akkus ohne Probleme

In einer Feuerwehr am unteren Niederrhein machte man sich Gedanken darüber, weswegen die Akkus der Handsprechfunkgeräte trotz regelmäßiger Aufladung im Einsatz immer nur kurzfristig einsatzfähig bleiben, besonders wenn viel mit den Geräten gesendet wird.

Als Ergebnis wurde festgestellt, daß durch Entladen und Laden der Akkus dieses Problem beseitigt wird. Damit war die Idee eines Akkuentladergerätes geboren, mit dem alle Akkus der 2-m-Funkgeräte regelmäßig gewartet werden. Ab dem Zeitpunkt gab es keine Probleme mehr mit den Funkgeräten.

Der Prototyp erhielt den Namen „Akkufit“. Durch das relativ einfache Gerät können in Verbindung mit den üblichen Ladegeräten, die selbst in der kleinsten Feuerwehr vorhanden sind, schon abgeschriebene Akkus nach bis zu drei Lade-/Entladezyklen wieder voll regeneriert werden. Dies ist zum Beispiel für die Einheiten interessant, bei denen der gesamte Akkubestand meist nur in Bereitschaft gehalten wird, das heißt, wo im Jahr nur verhältnismäßig wenige Einsätze gefahren werden.

Selbst bei den Fahrzeugstationen für Erhaltungsladung, z. B. im RTW, werden die Akkus immer nur nachgeladen, nie aber belastet und entladen. Aber nur durch kontrolliertes Entladen des Akkus kann die Kapazitätssperre durchbrochen



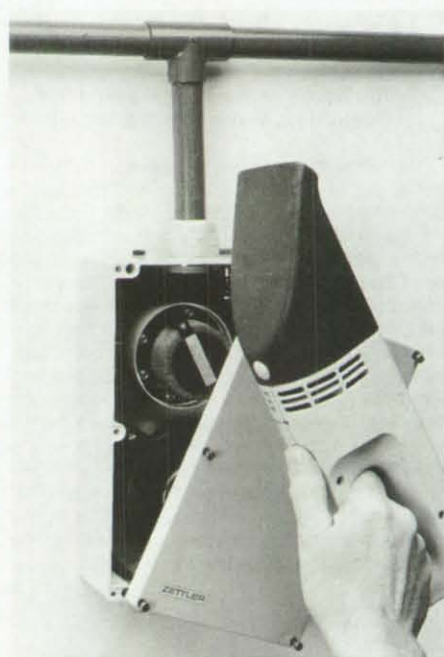
werden, die durch Überladen, geringe Belastung bei kurzen Einsätzen oder längere Zeit ohne Belastung mit regelmäßigem Nachladen aufgebaut wird.

Um den „Akkufit“ vor Nachahmern zu schützen, wurde die Idee beim Deutschen Patentamt angemeldet. Das Foto zeigt zwei „Akkufit“-Versionen: oben das Gerät für 4,8-V-Akkus, unten das für die 9,6-V-Akkus. (Bruckmann)

## Rauchschnüffler mit Ansaugsystem

Eines der ersten Anzeichen für den Ausbruch eines Brandes ist die Rauchentwicklung. Sie wird in der Regel durch punktförmig montierte Streulicht-Rauchmelder detektiert. Wo dies aus ästhetischen, technischen, klimatischen oder Gründen der Betriebssicherheit ausscheidet, ist der Rauchmelder RAS 51 die ideale Alternative.

Er besteht aus einer Auswerteeinheit und einem linienförmigen Luftansaugsystem, das unauffällig in die Decke des zu überwachenden Raumes ver-



legt werden kann. Der in der Auswerteeinheit eingebaute langlebige, geräuscharme Ventilator sorgt dafür, daß durch Ansaugöffnungen ständig neue Luftproben aus dem überwachten Bereich entnommen werden. Ein opto-elektronischer Sensor untersucht die Luftproben auf das Vorhandensein von Rauchpartikeln. Durch die konstante Luftzufuhr wird jede für einen Brandfall typische Überschreitung eines bestimmten Grenzwertes sofort erkannt, mit LED angezeigt und an die Brandmeldezentrale weitergeleitet. Störungen, z. B. durch verstopfte Ansaugöffnungen, undichte oder unterbrochene Saugrohre, Veränderungen der Luftdurchlaufmenge oder Ausfälle des Ventilators, werden ebenfalls optisch signalisiert und an die Zentrale gemeldet. (Zettler)

## Eine praktische Kombination

Eine neue, mobile Licht- und Stromstation mit zwei Halogenstrahlern (IP 44, spritzwassergeschützt) mit je 250 Watt sorgt für taghelle Ausleuchtung. Die Halogenstrahler sind einzeln schaltbar und stufenlos schwenkbar sowie in jeder Stellung zu arretieren.

Der integrierte 3fach-Stromverteiler mit spritzwassergeschützten Schutzkontaktsteckdosen ermöglicht den Einsatz mehrerer Werkzeuge und Maschinen ohne zeitaufwendiges Umstecken. Der Stromanschluß erfolgt über ein 5 m langes, außenbeständiges Gummikabel. (Brennenstuhl)



## Fahrzeuge der Feuerwehr und des Rettungsdienstes seit 1900

Von Werner Oswald und Manfred Gihl  
Motorbuch-Verlag, 70180 Stuttgart

Die Erstauflage dieses Buches, erschienen 1976, galt lange Jahre als einzige Typenkunde deutscher Feuerwehrfahrzeuge. Mit der Neuauflage des längere Zeit vergriffenen Standardwerkes ist nun der gesamte Fuhrpark der Feuerwehr und des Rettungsdienstes seit 1900 wieder lückenlos dokumentiert. Die stark erweiterte, auf den aktuellen Stand gebrachte Neuauflage erfaßt mit reichhaltigem, bisher noch nicht veröffentlichtem Bildmaterial (1277 Abbildungen auf 476 Seiten) und mit detaillierten Beschreibungen und zahlreichen Tabellen die gesamte Bandbreite: Dampfspritzen und Elektromobile, Drehleitern, Kran-, Rüst- und Einsatzleitwagen, Lösch-, Tanklösch- und Rettungsfahrzeuge. So bietet der neue „Oswald/Gihl“ auch die Hintergrundinformation zu sämtlichen Fahrzeugvarianten, zu Aufbau und Farbgebung unter Einschluß der Geschichte und Organisation.

## Handbuch der Ersten Hilfe

2. Auflage  
Von M. und A. Buchfelder  
F. K. Schattauer Verlagsgesellschaft mbH,  
70192 Stuttgart

Seit seinem Erscheinen vor fünf Jahren ist das „Handbuch der Ersten Hilfe“ ein fundierter Ratgeber bei der Erstversorgung von Unfällen und akuten Erkrankungen. Um diesem Anspruch weiterhin zu genügen, mußte die 2. Auflage vollständig durchgesehen, erweitert und mit zahlreichen Änderungen versehen werden. Es galt, neue Ergebnisse der klinischen und präklinischen Forschung in den vorgegebenen strukturierten Zusammenhang einzuarbeiten. Dabei wurden auch die neuesten Richtlinien für die Durchführung der Herz-Lungen-Wiederbelebung berücksichtigt. Das Literaturverzeichnis wurde mit Zitaten aus jüngster Zeit ergänzt. Der Rahmen wurde dabei gewahrt. So hat sich an Form und Umfang nicht viel geändert. Alle Adressenangaben wurden aktualisiert; Adressen von Gift-Notrufstellen in den neuen Bundesländern und in Österreich und der Schweiz wurden eingefügt.

Wichtig erscheint der Hinweis, daß die Maßnahmen der Ersten Hilfe nicht durch Lesen eines Textes erlernt werden können. Nur die praktische Tätigkeit und das Üben unter kundiger Anleitung in einem Lehrgang gibt dem potentiellen Helfer die nötige Sicherheit, um im Ernstfall wirkungsvoll eingreifen zu können.

## Die Feuerwehr im Gefahrguteinsatz

2. Auflage  
Von Lothar Schott und Manfred Ritter  
S & W Druckerei und Verlag GmbH,  
35037 Marburg

Als Ratgeber für vielfältige Berufszweige präsentiert sich die 2. überarbeitete und erweiterte Auflage des Handbuches. Herausgegeben von erfahrenen Feuerwehrmännern bietet das Handbuch durch seine übersichtliche Anordnung jedermann die nötigen stoffbezogenen und geräte-technischen Informationen.

Ergänzt um weitere gefahrgutspezifische Themengebiete mit mehr als 200 farbigen Darstellungen gehen die Autoren auf 360 Seiten umfassend auf das immer aktueller werdende Thema ein. Ein umfangreiches Stichwortregister führt den Leser schnell zum Ziel.

## Praxis des Rettungsdienstes

2. Auflage  
Von Bernd Walter und Peter Meyer  
F. K. Schattauer Verlagsgesellschaft mbH,  
70192 Stuttgart

Das vorliegende Buch ist eine Beschreibung der Anforderungen an Mitarbeiter im Rettungsdienst und Krankentransport. Die hier aufgezeichneten Überlegungen und Lösungen wurden aus Erfahrungen der Praxis für Praktiker entwickelt. Einsatzverfahren ist nicht nur in außergewöhnlichen Situationen notwendig, auch bei der Bewältigung „einfacher“ Situationen können Fehler passieren. Fehler lassen sich vermeiden, wenn mehr Informationen über Standardsituationen im Rettungsdienst verfügbar sind.

Das Buch interpretiert für den Rettungsdienst wichtige Gesetze, Bestimmungen und Erlasse, es ist keine neue Dienstvorschrift, sondern eine Hilfe für den täglichen Dienst, vor allem für Anfänger. Es wird der Versuch unternommen, die Aufgaben des Rettungsdienstes in der Praxis zu beschreiben. Dabei wurde auf die Darstellung spezieller medizinischer Aufgaben bewußt verzichtet.

In der 2. Auflage wurden aktuelle Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen eingearbeitet. Dabei wurde erneut darauf geachtet, einen Bezug zur Praxis herzustellen und mögliche Auswirkungen zu kommentieren. Angesichts der Entwicklungen im Gesamtsystem Rettungsdienst erlauben sich die Autoren auch einige kritische Anmerkungen.

## Notfallmedizin

Manual 2  
2. Auflage  
Von F. W. Ahnefeld, A. Geistler  
und H. Moecke  
Verlag W. Kohlhammer, 70549 Stuttgart

Ein Manual kann und soll keinen Lehrbuchersatz darstellen. Grundkenntnisse müssen hier vorausgesetzt werden. Es soll Informationen und Entscheidungshilfen vermitteln, den heute gültigen Standard in der Sofortdiagnostik und -therapie umreißen. Auch in der Notfallmedizin gibt es keine Norm. Die individuelle Situation des Patienten erfordert Variationen einer schematisierten Darstellung.

Der Notarzt muß mit einem Minimum an Geräten und Medikamenten sowie einer begrenzten personellen Ausstattung bei einem breiten Spektrum von Notfallpatienten und in kürzester Zeit Entscheidungen treffen. Das Manual soll dafür die Grundlage liefern.

## Taschenkalender für die Feuerwehren 1995

Verlag W. Kohlhammer, 70549 Stuttgart

Der bereits im 46. Jahrgang erscheinende Taschenkalender bietet neben dem Kalendarium und zahlreichen Tabellen eine Vielzahl von prakti-

schen Hinweisen und sachlichen Informationen. Der in elf Regionalausgaben erschienene Kalender enthält darüber hinaus umfangreiches länderbezogenes Adressen- und Zahlenmaterial. Durch seine Informationsvielfalt ist er eine nützliche Hilfe für Theorie und Praxis der Feuerwehr.

## Der Zweiradfahrer und sein Recht

Von Wolfgang Berr und Michael Ludovisy  
ADAC Verlag GmbH, 81373 München

Weil die Rechtslage für Zweiradfahrer oft nicht sofort verständlich ist, wurde der Ratgeber herausgegeben. In dem handlichen Leitfadens beschreiben zwei Verkehrsjuristen auf 204 Seiten leicht verständlich die gesamte rechtliche Situation. In einer Übersicht sind zudem alle wichtigen Urteile zusammengefaßt.

Weil Zweiradfahrer neben den Fußgängern zu den schwächsten Verkehrsteilnehmern gehören, sind sie durch besonders viele Vorschriften geschützt. Die Autoren haben alle geltenden Rechtsregeln für Zweiradfahrer zusammengetragen. Ausrüstungsvorschriften und Verhaltensregeln im Straßenverkehr werden ebenso behandelt wie der Transport von Fahrrädern. Die Autoren beschäftigen sich mit den Voraussetzungen für die Eignung zum Radfahren. Motorisierte Zweiradfahrer werden über Fahrerlaubnis und Führerschein aufgeklärt und über die Besonderheiten bei Kraftfahrzeugen wie Erste-Hilfe-Material und die Ausrüstung von Fahrer und Beifahrer. Spezielle Kapitel befassen sich mit Versicherung, Kraftfahrzeugsteuer und dem Verhalten nach einem Unfall.

## Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Grafe/Schürmann/Steegmann  
Feuerschutzrecht in Nordrhein-Westfalen  
1. und 2. Ergänzungslieferung  
R. v. Decker's Verlag, G. Schenck GmbH,  
69018 Heidelberg

\*

Brauer  
Handbuch Atemschutz  
42.-44. Ergänzungslieferung  
ecom ed verlagsgesellschaft,  
86887 Landsberg

\*

Schmidt  
VbF-TRbF  
26. Ergänzungslieferung  
Forkel-Verlag GmbH, 69018 Heidelberg

\*

Vogelbusch  
Katastrophenschutz in Arbeitsstätten  
55. und 56. Ergänzungslieferung  
ecom ed verlagsgesellschaft,  
86887 Landsberg

**Krankentransportwagen  
(KTW-4-Tragen)**

Den KatS-Sanitätszügen der Hilfsorganisationen sind sogenannte 4-Tragen-Wagen zugeordnet. Sie decken mit vier Fahrzeugeinheiten pro Zug den Transportbedarf für Verletzte nach dem geltenden Stärke- und Ausstattungsnachweis (STAN). KTW-4-Tragen wurden vom Bund bisher in unterschiedlichen Ausführungen geliefert: Ford-Transit (langer Radstand), Mercedes-Benz 309 D, VW-LT 28 (siehe auch „Minimagazin“ 6/90). Seit 1991 wurden 4-Tragen-Wagen auf der Basis des neuen Ford-Transit 100 D an die Sanitätszüge ausgeliefert. Sie unterscheiden sich von den bisherigen Ausführungen optisch vor allem durch eine rote Warnbestreifung rund um das Fahrzeug.

**Das Modell**

Als Grundlage für den KTW-4-Tragen des Katastrophenschutzes bietet sich das Modell des Ford-Transit der Firma Busch/Praline an (Nr. 43773 oder 43725; Hochdachversion). Hier gilt es zunächst, einige Umbauten vorzunehmen. So muß zunächst das Seitenfenster im Aufbau links (in Fahrtrichtung) mittels eines Plastikplättchens und Spachtelmasse verschlossen werden (anschließend mit dem Aufbau plan feilen), die auf dem Dach vorhandenen Blaulichtsockel werden entfernt und die entsprechenden Öffnungen verspachtelt. Entfernt wird zudem der auf dem Modell angebrachte Dachlüfter. Er wird durch einen Lüfter aus dem Herpa-Programm (Zubehör) ersetzt. Ebenfalls entfernt werden die am Modell befindlichen Rückspiegel.

Im zweiten Schritt des Umbaus wird der gesamte Fahrzeugaufbau mattweiß grundiert und in Elfenbein (RAL 1014; Müller-Farbe) lackiert. Die Innenseite der Fensterausschnitte erhalten eine mattschwarze Farbgebung („Dichtungsgummis“). Vor dem Zusammenbau des Modells empfiehlt es sich, auch die Inneneinrichtung des Fahrzeugs vorbildentspre-

Das Modellvorbild: Der neueste Typ eines 4-Tragen-Krankentransportwagens (KTW-4-Tragen) des Katastrophenschutzes.

(Foto: Hase)



Klein, aber fein – das Modell des KatS-KTW.



chend zu lackieren (mattes Grau oder Schwarz).

Nach dem Lackieren und dem Zusammenbau erfolgt die Detaillierung wie folgt: Ansetzen von Rückspiegeln (aus den Zubehörprogrammen verschiedener Hersteller), Aufsetzen einer Kennleuchte im Front-Hochdachbereich (ebenfalls aus den Herstellerprogrammen, z. B. Roco-KTW), Ansetzen von Rückleuchten am Hochdach-Heck (seitlich unterhalb der Dachkante) und Anbringen von Blaulichtsockel (mattschwarz) auf dem Dach vorn links sowie hinten rechts (Herpa-Sockel, dünn). Verwendet werden Blaulichter aus dem Herpa-Programm („eckige“ Ausführung). Unterhalb der Frontstoßstange (unter die Scheinwerfer) werden zusätzliche Fernleuchten aus dem Herpa-Zubehör angebracht.

Der dritte Schritt erfordert die farbliche Detaillierung des Modells. So müssen zunächst die Radkappen des Fahrzeugs geschwärzt werden (der KTW verfügt im übrigen hinten über

Einfachbereifung). Eine mattschwarze Lackierung erhalten – neben den bereits genannten Fensterausschnitten und den Blaulichtsockeln – auch die Scheibenwischer, die Rückspiegel (Spiegelseite silber) und die Türgriffe. Die Dachblinker erhalten eine silberne Umrandung, das Blinkerglas (wie die anderen vier Blinker) werden orangefarben lackiert, die Rückleuchten rot.

Aus diversen Beschriftungssets (z. B. Müller) werden im Mittelbereich des Modells (Verlauf unterhalb der Fenster) rote/leuchtrote, ca. ein Millimeter breite Streifen angebracht (Seiten, Rückseite), im unteren Hochdachbereich ein umlaufender Streifen gleicher Art. Die Front-Motorhaube erhält einen 1,5 cm langen geraden Streifen zwischen Lüftungsschlitzen und Fahrscheinwerfer. Beschriftung: Nach Vorbild, z. B. Embleme der jeweiligen Hilfsorganisationen, Türbeschriftung „Katastrophenschutz“. Kennzeichen: 8000er Nummer.

## **Kurzum: Eine gelungene Übung**



Ein großer Erfolg war die Katastrophenschutzübung des Malteser-Hilfsdienstes der Diözese Köln am 27. August 1994 in der Freiherr-von-Gersdorf-Kaserne in Euskirchen. Wie schon bei ähnlichen Übungen in den vergangenen Jahren standen auch diesmal der Ausbildungsstand der Führungskräfte und Helfer sowie das Zusammenspiel von Rettungsdienst/Notarzt/Leitender Notarzt mit dem Sanitäts- und Bergungsdienst des Katastrophenschutzes bei einer Großschadenslage mit einer Vielzahl von Verletzten auf dem Prüfstand. Das Übungsdrehbuch sah eine Gasexplosion in einem Wohnblock vor, bei der rund 100 Personen zum Teil schwer verletzt wurden.

Das wirklichkeitsnahe Szenario sowie die gekonnt geschminkten Verletztendarsteller und das realistisch gespielte typische Verhalten der „Verletzten“ trugen dazu bei, daß sich die Einsatzkräfte voll gefordert fühlten. Sie bewältigten die „Katastrophe“ mit beeindruckendem Engagement und Know-how. Die zahlreichen Gäste waren angetan von der gut inszenierten Übung und den Leistungen aller Beteiligten.

Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite geben einen Einblick in das vielseitige Übungsgeschehen (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes). (Fotos: Sers)

